DIE MONATSZEITUNG FÜR SELBSTVERWALTUNG

CONTRASTE

POSTFACH 10 45 20 – 69035 HEIDELBERG
TELEFON 0 62 21 - 16 24 67

126 12. JAHRGANG März '95 8,00 DM

SCHWERPUNKTTHEMA:

Unbezahlte Arbeit

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Von Ricarda Buch, Redaktion Berlin ● -Deine Armut kotzt mich an-, las ich neulich auf einem Aufkleber und war empört. Das klingt, als sei Armut selbstverschuldet und sei Ausdruck eines unterschwelligen Sozialdarwinismus. Was haben wir da vom Weltgipfel für Soziale Entwicklungen zu erwarten, der in diesem Monat in Kopenhagen stattfindet? 3.000 Journalisten und 120 Staats- und Regierungschefs haben sich angekündigt. Eine Deklaration über soziale Gerechtigkeit, Solidarität, Harmonie und Gleichheit innerhalb und zwischen den Staaten soll verabschiedet werden. Von menschlicher Sicherheit wird gesprochen. Besteht tatsächlich Aussicht, die schwindenden Ressourcen unseres Planeten gerechter zu verteilen? Vor einem Zeitalter der Knappheiten warnt Isidor Wallimann in dieser Ausgabe der CONTRASTE (siehe Beitrag unten), wenn das Projekt Weltindustrialisierung zugunsten einer kleinen Zahl von Privilegierten auf Kosten der natürlichen Lebensgrundlagen und weiter Teile der Weltbevölkerung aufrecht erhalten wird. Wird der Sozialgipfel Strategien entwickeln, um die drohende Katastrophe abzuwenden? Wird sich Selbsthilfe und Selbstverwaltung ausweiten, wenn die kapitalistische Marktwirtschaft immer weniger Menschen Überlebenschancen bietet?

Armut und sozialer Ausschluß nehmen weltweit drastisch zu – in Nord und Süd, in den Entwicklungsländern und den Industrienationen: Laut -ZEIT- vom 10.2.95 wird seitens der UN weltweit mit 1,3 Milliarden Armen gerechnet. Etwa 30% der arbeitsfähigen Weltbevölkerung (120 Millionen) sind erwerbslos oder unterbeschäftigt (700 Millionen). In den USA und der Europäischen Union leben 15% der Menschen unterhalb der Armutsgrenze und nach Schätzungen des DGB und der Wohlfahrtsverbände sind allein in der Bundesrepublik 7,25 Millionen Menschen arm und ca. 850.000 obdachlos.

Das ist die eine Seite der Medaille. Auf der anderen Seite steht die sehr viel kleinere Gruppe der Reichen und Superreichen. Allen Unkenrufen zum Trotz wachsen die Renditen aus Geld und Grundbesitz. Wer über sie verfügt, braucht nicht zu arbeiten. Wenn anläßlich des *Sozialgipfels Strategien einer gerechten Verteilung zwischen Arm und Reich, Süd und Nord,* Ost und West, Frauen und Männern sowie Nichterwerbsfähigen und Erwerbsfähigen entwickelt werden sollten, so darf das Thema Arbeit nicht ausgeblendet werden. Es sollte auch um eine gerechte Verteilung des Ertrages aus Arbeit gehen, denn nach wie vor wird dieser vielen vorenthalten. Den wenigen Privilegierten, die nicht auf Einnahmen aus eigener Arbeit angewiesen sind, steht die große Zahl derjenigen gegenüber, die unbezahlt arbeiten und die derzeit sinkende Anzahl derjenigen, die ihre Existenz über entsprechende Erwerbsarbeit sichern können. Während die Entwicklungen im Bereich der Lohnarbeit statistisch gut erfaßt sind, fristet die unbezahlte Hausarbeit ihr Schattendasein und auch vom freiwilligen unbezahlten Ehrenamt hören wir wenig.

Private Verschuldung führt zu Armut und einem Absinken des Lebensstandards, die Verschuldung der öffentlichen Hand zu Sozialabbau und der Abwälzung gesellschaftlich notwendiger Arbeiten in den Privatbereich oder den Freiwilligensektor. Es ist damit zu rechnen, daß sich die unbezahlte Arbeit ausweiten wird, z.B. die Privatisierung von Pflegediensten. CONTRASTE nimmt dies zum Anlaß, den Schwerpunkt dieser Ausgabe der unbezahlten Arbeit zu widmen.

Unbezahlte Arbeit – eigentlich wird sie vorrangig von Frauen in der Familie bei der Betreuung von Kindern und älteren Angehörigen geleistet. Laut WoZ-Studie vom 4.3.94 wird in der Schweiz rund 75% der Hausarbeit von Frauen verrichtet. Dies entspricht jährlich einem Gegenwert von 75 Milliarden Franken oder rund einem Viertel des Schweizer Bruttoinlandprodukts. Ähnliches dürfte für die Bundesrepublik auch zutreffen, da Frauen hier nicht weniger Familienarbeit leisten. Die Nichterwerbsarbeit lastet nicht nur vorwiegend auf Frauen, sie führt auch zur Diskriminierung der erwerbstätigen Frauen -vor dem Markt-. 226 Milliarden Franken hat die Schweiz laut o.g. WoZ von 1981 bis 1992 an der Lohnungleichheit zwischen Männern und Frauen verdient.

Es wird Zeit mit Carola Möller, eine andere Definition von Arbeit zu fordern, die unbezahlte Arbeit in den Sprachgebrauch zurückzuholen, sichtbar zu machen und damit die Grundlagen für eine Neubewertung von Arbeit und für die Aufwertung sozialer Tätigkeiten zu legen.

Unbezahlt wird auch im Freiwilligensektor gearbeitet. Vorgestellt wird das Ergebnis einer Studie aus der Schweiz zur freiwilligen Gratisarbeit. Isidor Wallimann vermittelt in einem zweiten Artikel dieser Ausgabe einen detaillierten Einblick darüber, wer, warum, in welchen Bereichen und zu welchen eingesparten Kosten Gratisarbeit verrichtet und welche sozio-ökonomischen Folgen unbezahlte Ehrenarbeit haben kann und hat.

Nur wer Zeit übrig hat, kann gratis in gemeinnützigen Organisationen oder politischen Parteien tätig sein. So ganz uneigennützig geschieht das nicht: es geht immer auch um das Durchsetzen von Interessen und in der politischen Arbeit um Wählerstimmen. Auf welche Lobby können soziale Projekte rechnen, in denen – häufig sehr zum Leidwesen der dort Tätigen – unbezahlte Arbeit geleistet wird? CONTRASTE befragte Jochen Esser – der jahrelang politische, unbezahlte Arbeit bei den GRÜNEN geleistet hat – zur Finanzierbarkeit von Projektarbeit und damit zu den fließenden Grenzen von gesellschaftlichem Engagement und der Entwicklung neuer Dienstleistungsangebote. ●

Unser Schwerpunktthema auf den Seiten 7 bis 9

AUS DEM INHALT:

VERKEHR UND KLIMA

Unser Klima ist nicht erst schlecht, wenn im Sommer die ersten Orte Ozonalarm melden, denn auch jetzt fahren ständig noch mehr Autos in dieser Republik rum. Der UN-Klimagipfel und der alternative Klimagipfel -The Greenhouse Gathering- Anfang April in Berlin werfen ihre Schatten voraus, die wir etwas aufhellen wollen auf auf Seite 2.

EIN ÖKOLOGISCHES ZENTRUM,...

...wo es alles zu kaufen gäbe, was sich der/die KonsumentIn an ökologischen Produkten und Dienstleistungen so vorstellen kann: Diese Vision soll schon bald Realität werden, damit aus einer solchen Zentrierung von alternativen Einrichtungen alle Beteiligten in solidarischer Zusammenarbeit erhöhten Nutzen daraus ziehen, meint unser Autor auf Seite 3.

SOLIDARITÄT MIT CUBA

Seit fünf Jahren arbeitet die Solidaritätswerkstatt (Taller de la solidaridad) für cubanische Betriebe, deren Maschinen und Anlagen aus der ex-DDR stammen. Ohne die teilweise kleinen Ersatzteile würden ganze Fabriken stillstehen. Andreas Küstermann hat zwei AktivistInnen aus Darmstadt zu ihrer Arbeit interviewt Seite 4.

REISE NACH NICARAGUA

Welche Formen sozialer Organisation, der Selbstverwaltung und der kollektiven Organisation von Eigentum und Produktion sind im Verlauf der letzten fünf Jahre nach der Wahlniederlage der SandinistInnen entstanden? Antworten auf diese Fragen notierte eine Delegationsreise des Informationsbüro Nicaragua auf Seite 5.

BESETZERiNNENKONGRESS

In Leipzig gibt es eine Menge Hausbesetzungen, die seit 1989 existieren – jedoch werden keine neuen mehr geduldet. In anderen Städten gibt es unterschiedliche Erfahrungen, Verhandlungstaktiken und Perspektiven. Wir dokumentieren die Einladung aus Leipzig zum BesetzerInnenkongreß vom 12. bis 14. Mai auf Seite 6.

BANANENKAMPAGNE

Die Banane ist teurer geworden – na gut! Aber gehen die zusätzlichen Pfennige wirklich an die ProduzentInnen? Hat eine Ausweitung des alternativen Bananenhandels stattgefunden? Nach den ersten Erfahrungen wurde nun von alternativen Handelsorganisationen – u.a. gebana, BanaFair und Liberación - die bundesdeutsche Bananenkampagne
für soziale und ökologische Standards gestartet. Seite 12

KOOPERATION IN DER LANDWIRTSCHAFT

Was in den neuen Bundesländern nahezu üblich ist, existiert im Westen kaum: Die durch die LPGs kooperationserfahrenen LandwirtInnen schließen sich zu großen Einheiten zusammen und können somit die Arbeitsproduktivität steigern. Vom Strukturwandel in der Landwirtschaft und den Schwierigkeiten in Kooperationen berichtet unser Autor Bernd Hüttner auf Seite 12.

WEIBERWIRTSCHAFT

Zur bemerkenswerten Buchbeschreibung innerhalb unseres Schwerpunktes paßt die gleichnamige Genossenschaft in Berlin: Weiberwirtschaft e.G. schafft als weiblicher Gewerbehof Wohn- und Arbeitsplätze für Frauen und will damit sowohl Lobbyarbeit für Frauen machen wie auch ein Beispiel geben für andere Wirtschaftsformen mit neuer Bewertung von Arbeit. auf Seite 14.

P 8008 E

KANN DAS PROJEKT WELTINDUSTRIALISIERUNG WEITERGEFÜHRT WERDEN?

Vor dem Zeitalter der Knappheiten

Sowohl aus sozialen ebenso wie aus ökologischen Gründen kann die Industrialisierung der Welt nicht weitergeführt werden. Doch auch die Alternative, sich von der Industriegesellschaft abzuwenden, birgt das Risiko sozialer Katastrophen. Der Soziologe Isidor Wallimann stellt sechs grundsätzliche Fragen zur Weltgesellschaft.

Von Isidor Wallimann* ● Das hier angesprochene Thema ist sicherlich eines der dringlichsten und bewegendsten, mit dem die Menschheit je konfrontiert worden ist. Es gibt jedoch nur wenige Versuche und Anstrengungen, die drohenden Gefahren zu analysieren und Strategien zu entwickeln, um die bevorstehende Katastrophe abzuwenden. Ich bin der Ansicht, daß Weltindustrialisierung und Urbanisierung mit den dazugehörigen Sozialsystemen und sozialen Techniken – wie etwa dem universalen Marktsystem oder den zentralistischen Planungsbürokratien – nicht aufrechterhalten werden können. Es sei denn für eine relativ kleine Zahl von Privilegierten und mit der Konsequenz von Massensterben – oder sogar Völkermord. Die Alternative dazu, nämlich die globale Industrialisierung aufzugeben und uns von der heute praktizierten Industriegesellschaft abzuwenden, würde ebenfalls das Risiko eines ungeheuren Massensterbens mit sich bringen.

Wie präsentiert sich die Problemsituation? Welche Engpässe kann man voraussehen, aufgrund deren zu erwarten ist, daß das zu Ende gehen wird? Welche Engpässe könnten zu einem Massensterben führen? Diskutieren wir zunächst kurz über den Prozeß der Industrialisierung.

Die Industrialisierung und ihre Wechselwirkungen

Es ist wichtig, sich wieder bewußt zu werden, daß der Übergang von Agrargesellschaften zu modernen, urbanen und industriellen Gesellschaften sowohl im 19. Jahrhundert (auf dem Gebiet, das heute als Zentrum bezeichnet wird) als auch im 20. Jahrhundert (auf dem Gebiet, das heute als Peripherie bezeichnet wird) schon immer auf dem Rücken der bäuerlichen Bevölkerung finanziert worden ist. Ob dieser Werttransfer aus dem Agrarsektor durch politische und bürokratische Machtmittel oder durch indirekte und anonyme Marktzwänge erreicht worden ist – eins bleibt gleich: Es war allein der Mehrwert der Landwirtschaft, der die finanzielle Basis für die industrielle Produktion schuf und gleichzeitig städtisches Leben ermöglichte. Es soll nicht geleugnet werden, daß gleichzeitig auch die Landwirtschaft zunehmend produktiver wurde, zum Teil dank der Entwicklung der in den Städten konzentrierten Wissenschaften und der industriellen Produktion, die diese finanzierte. Dieser Wandel ist jedoch (und war immer schon) mit ungeheuren Entbehrungen verbunden, sowohl für diejenigen, die auf dem Land verblieben, als auch für diejenigen, die als LohnarbeiterInnen in die wachsenden Städte zogen.

Die am häufigsten angewandten Methoden zur Transformation von Agrargesellschaften sind einerseits der mit dem Kapitalismus verbundene Marktmechanismus und andererseits die zentralistische Planung, die sich primär auf autoritär-bürokratische Mittel stützt. Bei letzteren wiederum kann zwischen einer Förderung der Urbanisierung (wie in Osteuropa) und dem Verhindern einer breiten Landflucht unterschieden werden. Auf diese Weise förderte die Volksrepublik China eine selektive Industrialisierung der ländlichen Gegenden. Trotz dieses Unterschieds haben aber die sozialistischen Lösungsmodelle eines gemeinsam, das sie klar vom kapitalistischen Weg der Industrialisierung unterscheidet: den Glauben an eine Entwicklung, die ein soziokulturelles Existenzminimum für alle garantiert. Nur gerade während einer kurzen Zeit, von etwa 1795 bis 1834, und das nur in England während der Speenhamland-Bestimmungen, griff der Kapitalismus auf eine Art Politik des Mindesteinkommens zurück. ...

Fortsetzung Seite 10/11

ALTERNATIVER KLIMAGIPFEL:

»The Greenhouse Gathering«

Parallel zum UN-Klimagipfel in Berlin wird ein alternativer Klimagipfel »The Greenhouse Gathering« vom 1.-8. April stattfinden. Er bildet den Höhepunkt der internationalen Jugendklimakampagne »The Climate is Right for a Change«. Es soll den Politikern unmißverständlich klar gemacht werden, daß die erste Nachfolgekonferenz des Umweltgipfels von Rio kein Flop werden darf. Der weltweite Anstieg der Kohlendioxid-Konzentration in der Luft muß durch völkerrechtlich verbindliche Verträge gestoppt werden.

Auf der »Greenhouse Gathering« werden die Themen diskutiert, die auf dem UN-Klimagipfel vermieden werden. Es sollen für Nord und Süd machbare Entwicklungswege und die politischen Schritte aufgezeigt werden, die uns ein Überleben auf der Erde für lange Zeit sichern.
Die **Themen** sind:
- die Klimaveränderungen und internationale Klimapolitik – wissenschaftliche Fakten,
- Verkehr und Transport – Verkehrsstrategien aus der Betongesellschaft,
- Energie – Wege zur effektiven Nutzung erneuerbarer Energien,
- Lebensstil und Konsum – Verändern wir unser Verhalten, nicht das Klima!

Unter den **ReferentInnen** im Plenum sind:
- Prof. Ernst U. von Weizsäcker: »Ökologische Steuerreform – CO2 Reduktion ist möglich«
- Atiq Rahman, Bangladesh: »Wie die »Entwicklungsländer« zum Treibhauseffekt stehen«
- Pene Lefall, Samoa: »Das AOSIS Protokoll – eine Frage des Überlebens«
- Liz Barratt-Brown, USA: »Das Kreditverhalten von Weltbanken in der Energiefrage«

Auf dieser Konferenz wird es jede Menge Möglichkeiten geben, sich selbst in Form von Workshops, Musik, eigenen Ideen einzubringen.
Hier einige Beispiele:
- »Erfolgreiche Anti-Straßen-Kampagnen«, Earth First (UK), Vallee d'Aspe (Frankreich)
- »Frauen und Verkehr«, Maike Spittner, Wuppertal Institut, Deutschland
- »Antiatomkampagnen im ehem. Ostblock«, Hnuti DUHA, Tschechische Republik
- »Erneuerbare Energieformen-Ausstellung und Workshop«, Sustainable Energy Truck
- »Wie europäische JugendNGOs Entwicklungsländer unterstützen können«, Grace Akumu, Afrika

Desweitern kann mensch lernen, wie Pizza aus dem Solarbackofen schmeckt, wie ein Windrad funktioniert, wie mensch Geld besorgt, alles über effektive Medienarbeit und wie mensch die Oma in der Nachbarschaft von seinen Ideen überzeugen kann.

Die Konferenz wird getragen und organisiert von den vier europäischen Jugend-Umwelt-und Entwicklungs-Netzwerken und in Deutschland von verschiedenen Jugendumweltverbänden und Entwicklungsgruppen. ●

Gundula Bischoff

Näheres über die Anmeldung und den Teilnahmebetrag erfahrt Ihr über das:
Jugendklimabüro, Postfach 65, D-10001 Berlin
☎ (0 30) 202 203 63-64, Fax 202 203-62

DAS KLIMA-AKTIONSBUCH

Im Rahmen der Klimakampagne wurde ein Klima-Aktionsbuch erstellt, das ab sofort im Jugendklimabüro erhältlich ist. Dieses Heft richtet sich besonders an Jugendumweltgruppen, die aktiv werden wollen. Darin befindet sich zu den Themen Energie, Verkehr, Regenwald und Dritte Welt, Landwirtschaft und Lebensstil eine kurze Themeneinführung und jeweils eine Menge Aktionsvorschläge. Die Broschüre soll den Gruppen vor Ort das nötige Handwerkszeug geben, um besonders auf kommunaler Ebene ihren Forderungen Nachdruck verleihen zu können. Gegen einen Unkostenbeitrag von 2 DM in Briefmarken ist das Klima-Aktionsbuch erhältlich im Jugendklimabüro, Postfach 65, 10001 Berlin ●

AUFRUF ZUM MITMACHEN

Total tote Dose

Bundesweiter Aktionstag gegen den Grünen Punkt am 6. November 1995

In den letzten zwei Jahren ist das Duale System Deutschland (DSD) – genau wie die gesamte Müllproblematik – zunehmend aus dem Bewußtsein der Öffentlichkeit gerückt. Dabei ist das Problem aktueller als jemals zuvor, nur kann das DSD spätestens seit der Novellierung der Verpackungsverordnung (VVO) tun und lassen, was es will – ohne daß daraus Skandale entstehen. Nach wie vor sinken die realen Mehrwegquoten und anstatt werkstofflich wiederzuverwerten wird der Müll exportiert und verbrannt. Es besteht also dringender Handlungsbedarf – nur über öffentliche Diskussion und Kritik kann Veränderung erwirkt werden.

Den vielversprechensten Ansatz gegen das DSD bieten die Freistellungsverträge, die die einzelnen Bundesländer 1992 mit dem DSD abgeschlossen haben. Diese erlauben dem DSD die Einsammlung der Verpackungen von den Haushalten. In einigen Bundesländern sind aber hohe Auflagen mit der sogenannten Freistellung verbunden, die vom DSD nicht bzw. nur sehr unbefriedigend erfüllt werden können. Dieses ermöglicht den betreffenden Ländern, die Freistellung zurückzuziehen, was das Inkrafttreten der VVO zur Folge hätte (Rückgabe aller Verpackungen in den Läden, belegen der Verpackungen mit Zwangspfand). Hier müssen wir also ansetzen. Am 6. November 1995 wird es in allen Landeshauptstädten Aktionen geben, die genau diese Rücknahme der Freistellungsverträge fordern werden. Zusätzlich sind möglichst viele Aktionen (auch im Vorfeld) nötig, um die Öffentlichkeit und die Medien für dieses Problem zu sensibilisieren. Ein wichtiger Punkt dieser Kampagne, an der sich jedeR beteiligen kann, ist die Sammlung von Unterschriften, die den einzelnen Ländern am Aktionstag überreicht werden.

Die Aktion »Total tote Dose« hofft auf möglichst große Teilnahme an der Aktion. Dazu wird das Aktionsbündnis aus dem Jahr 1993 (Dosenvorhang in Bonn) aktiviert und erweitert. Nur mit vielen Aktionen können wir es schaffen, eine breite öffentliche Diskussion zu erreichen. In diesem Sinne rufen wir Euch auf, sich an der Aktion zu beteiligen.

Kampagnenmaterial (Jugendaktionshandbuch »Abfall«, Unterschriftenlisten-Vordruck, Musterartikel, Kernaussagen/Forderungen, Länderkontakte, Freianzeigen, Hausarbeit »Das Duale System«, Informationen zu den Freistellungsverträgen der einzelnen Länder, Flugblätter/Plakate zu der Aktion - noch nicht vorliegend) könnt Ihr gegen DM 3,– in Briefmarken bei der Aktion Total tote Dose, Güterbahnhofstr. 10, 37081 Göttingen bestellen. Bitte gebt an, welche Materialien Ihr benötigt. Für Rückfragen: 0551/487103. ●

VERKEHRSCLUB:

Service im Dienst der Umwelt

Der Verkehrsclub Deutschland (VCD) verbindet Serviceleistungen wie Pannenhilfe und Rechtsschutz mit dem Engagement für eine umweltbewußte Verkehrspolitik. Beim VCD gibt es deshalb nicht nur Schutzbriefe für AutofahrerInnen, sondern auch für FußgängerInnen, RadfahrerInnen und BenutzerInnen öffentlicher Verkehrsmittel (GoCard-Schutzbriefe). Der Jahresbeitrag für Einzelmitglieder beträgt 66 DM. Besonders günstig ist die Familien- und Hauhaltsmitgliedschaft, die für 84 DM pro Jahr bis zu sechs Personen und alle Clubleistungen umfaßt.

Seit Jahresbeginn ist im Mitgliedsbeitrag eine neue Leistung enthalten: die VCD-Assistanze. 24 Stunden am Tag können Mitglieder die Notfall-Reisezentrale und weltweit 80.000 Kooperationspartnern in Anspruch nehmen. In Notfällen und bei unverhergesehenen Ereignissen organisiert die VCD-Assistance die erforderlichen Hilfeleistungen – ganz gleich, mit welchen Verkehrsmitteln die Mitglieder unterwegs sind.

Die »VCD-Assistance« kann je nach Bedarf durch Auto-, Fahrrad- und Personenschutzbriefe ergänzt werden. Bei Panne, Unfall und Krankheit sind dann auch Kosten für den Pannendienst oder Fahrkarten zur Fortsetzung der Reise abgedeckt. Die Schutzbriefe gibt es für 39 bis 89 DM pro Jahr.
Eine Infobroschüre gibt es über: VCD e.V., Eifelstr. 2, D-53119 Bonn, Tel. (02 28) 8 85 85 0. ●

dp

INTERNATIONALES FRAUENFORUM:

»Solidarität in Treibhaus«

Vom 28.3. bis 7.4.95 tagt die bisher größte in Berlin stattgefundene Konferenz, das Vertragsstaatentreffen der Klimakonvention von Rio. Erfahrungsgemäß sind Frauen auf der staatlichen Entscheidungsebene aber kaum vertreten. Dabei tragen v.a. sie – neben den Kindern – die Folgen der ökologischen Zerstörung und der Klimapolitik.

Umso wichtiger ist es, daß wir ihren Stimmen auf der Nichtregierungsebene stärkeres Gewicht verschaffen und ihre breite Partizipation in Fragen der Umwelt- und UN-Politik einfordern, auf die sich 178 Unterzeichnerstaaten in der Agenda 21 Kapitel 24 in Rio geeinigt haben.

Frauen für Frieden und Ökologie organisiert deshalb ein internationales Frauenforum unter dem Titel »Solidarität im Treibhaus«, zu dem wir Klimaexpertinnen aus Politik, Wissenschaft, Medien und NGOs einladen. Die Veranstaltung ist Teil der Aktivitäten von deutschen und internationalen Umweltschutzverbänden, die im Klimaforum '95 vereint sind.

Das Forum bietet die Möglichkeit für gemeinsame überparteiliche Aktivitäten und die Bildung von Zukunftsperspektiven im Rahmen einer internationalen Konferenz. Es dient einerseits dem Dialog und der langfristigen Zusammenarbeit zwischen Frauen des Nordens, Südens, Westens und Ostens. Andererseits erarbeiten die Teilnehmerinnen konkrete Positionen von Frauen zur UN-Rahmenkonvention und deren Umsetzung bis zum Jahr 2005 und darüberhinaus.

In sechs Arbeitsgruppen werden folgende Schwerpunkte behandelt:
1. Debatte von Parlamentarierinnen aus Ost und West, Nord und Süd zu den Entscheidungen der Vertragsstaatenkonferenz.
2. NGO-Forderungen zu einem Berliner Protokoll der UN-Konferenz '95.
3. Ein energiepolitischer Konsens für den Klimaschutz? Kommunalpolitikerinnen und Energieexpertinnen im Gespräch.
4. Feministische Perspektiven für die Verkehrspolitik in Europa, Japan und den USA.
5. Was tun für die Umsetzung der Agenda 21? Von Rio nach Peking und wieder nach Hause.
6. Armutsbekämpfung im Süden, Lebensstiländerung im Norden – Welche Projekte sind zukunftsträchtig, welche Denk- und Handlungsmuster müssen wir ändern?

Mit Blick auf die UN-Weltfrauenkonferenz in Peking '95 werden die Arbeitsergebnisse am 2.4.95 auf einem abschließenden Podium vorgestellt. ●

Termin: 1. und 2. 4.1995 im Haus der Kulturen der Welt, John-Foster-Dulles-Allee 10, 10557 Berlin

Die Konferenz wird organisiert von
Frauen für Frieden und Ökologie, Behrenstr. 23, 10117 Berlin, Tel. (0 30)20 22 03 86, FAX 20 22 03 33

10. BUNDESKONGRESS DER VERKEHRS-BÜRGERINITIATIVEN:

»Ohne uns läuft nichts !«

Seit mehr als 20 Jahren sammeln ca. 4.000 Verkehrs-Bürgerinitiativen in Deutschland Erfahrungen und Wissen für ihren Kampf um eine menschenfreundliche Fortbewegung. Die einst angeblich »zu radikalen« alternativen Konzepte der Initiativen gehören mittlerweile zum Standard-Repertoire der Parteien; die Kompetenz der Bürgerinitiativen ist größer als die der Verkehrsminister – ihre Lebensdauer auch. Die besseren Experten kommen allemal von der Basis.

»Trau keinem über Tempo 30«, »Stop dem Autowahn!« oder »Geh zu Fuß, sooft es geht!« sind Parolen, die ihre Wirkung nicht verfehlt haben. Ohne die Bürgerinitiativen wäre Deutschland heute zum totalen Autoland verkommen, würde das Fahrradfahren nicht wieder so populär und planerisch ernst genommen und wäre die Debatte über geschwindigkeitssenkende Maßnahmen im Autoverkehr zur Verhinderung von Unfällen noch in den Kinderschuhen. Die Bürgerinitiativen und Verbände im Verkehrsbereich sind heute eine nicht mehr wegzudiskutierende gesellschaftspolitische Kraft in Deutschland, die einen Vergleich mit z.B. Gewerkschaften oder Parteien nicht zu scheuen brauchen.

Ein wichtiger Bestandteil der kontinuierlichen Zusammenarbeit der Bürgerinitiativen, Verkehrsökologie-Gruppen und Verbände ist der alle zwei Jahre stattfindende Bürgerinitiativen-Verkehrskongreß. 1995 findet dieses Arbeits- und Aktionstreffen vom 25. bis 28. Mai in Hamburg zum 10. Mal statt.

Während dieses Jubiläum nach außen unter dem selbstbewußten und doppeldeutigen Motto »Ohne uns läuft nichts!« steht, lautet die thematische Gliederung: »VERKEHR überLEBEN durch KÄMPFEN!« Die ca. 20 Arbeitsgruppen gliedern sich zu den verschiedenen Verkehrsteilnehmer-Gruppen im Block »VERKEHR«, zu Themen rund um Gesundheit, Umwelt und Sicherheit im Block »(über)LEBEN« sowie zu Aktionen und Methodik der Bürgerinitiativen-Arbeit im Block »KÄMPFEN«. Zwei volle und zwei halbe Tage lang bietet der Kongreß den Rahmen, MitstreiterInnen kennenzulernen, über die Zukunft nachzudenken und auch Detailprobleme fachlich zu diskutieren.

Es gibt wohl keinen vergleichbaren Kongreß mit einer traditionell so breiten Mischung von Themen und Programm-Punkten. Den TeilnehmerInnen werden alternative Hafenrundfahrten angeboten, ein Abend mit einem Profi-Kabarett aus einem Planer-Büro, gemeinsame Aktivitäten in der ganzen Stadt, zahlreiche Exkursionen, Begehungen, Rundfahrten, diverse Aussprache-Plenen, Podiumsdiskussionen z.B. über Autofreies Wohnen oder die Zusammenarbeit von Gewerkschaften und Bürgerinitiativen, mehrere Vorträge mit breitem Themenangebot wie z.B. die besonderen Probleme Sehbehinderter oder über eine grundsätzlich andere Verkehrspolitik. Filmveranstaltungen, Lesungen, Musik, Sketche und Theater zwischendurch oder in den Abendveranstaltungen werden die Stimmung ganz entscheidend mit prägen.

Es werden 300 bis 500 TeilnehmerInnen erwartetet und dies werden auch diesmal Menschen aus Bürgerinitiativen und Verbänden, aus Parteien und Gewerkschaften, aus anderen Verbandsbereichen wie z.B. Kinderschutzgruppen, Behindertenverbänden usw., aber auch viele anerkannte VerkehrswissenschaftlerInnen sein. Im übrigen steht der Kongreß allen Interessierten offen. Veranstalter sind das Hamburger Verkehrsbüro in Zusammenarbeit mit dem AStA der Hochschule für bildende Künste und der Arbeitskreis Verkehr und Umwelt (UMKEHR) Berlin. ●

dp

Nähere Informationen und Anmeldeunterlagen (Anmeldeschluß: 8.5.): UMKEHR e.V., Exerzierstr. 20, 13357 Berlin, Tel. (0 30) 492 74 73, Fax 492 79 72.

BROSCHÜRE:

Fahrradförderung ist Klimaschutz:

Wege für mehr Radfahrer

Jeder Weg, der mit dem Auto zurückgelegt wird, belastet die Atmosphäre mit dem Treibhausgas Kohlendioxid CO 2. 1/5 des Ausstoßes verursacht der Straßenverkehr. Die Förderung des ZuFußgehens, des Fahrradfahrens und der Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel ist aktiver Klimaschutz. »Wege für mehr Radfahrer« ist eine Argumentationshilfe für alle, die sich für bessere Radfahrmöglichkeiten einsetzen wollen.

Die 40-seitige Broschüre ist erhältlich gegen 7 DM in Briefmarken oder im Infopaket (+ 20 Infoblätter + 1 Plakat) für 12 DM bei: UMKEHR, Exerzierstr. 20, 13357 Berlin, Tel. (0 30) 492 74 73. ●

dp

Anzeige

Unser
KLIMA-Tip

Etwa 20 % der Treibhausgase werden in Deutschland vom Straßenverkehr verursacht.
Deshalb:

Geh zu FUSS e.V. sooft es geht!

Fußgängerschutzverein FUSS e.V. Bundesverband
Exerzierstraße 20 - 13357 Berlin - Tel.: 030/492 74 73

SELBSTDARSTELLUNG:

Ein Ökologisches Zentrum – Vision oder baldige Realität?

Solidarische Zusammenarbeit, praktische Vernetzung und gegenseitige Ergänzung einmal anders: wir stellen Idee und schon konkret formulierte Einzelheiten eines ökologischen Zentrums vor – auch um die Diskussion zu Visionen weiterzutreiben.

DIE IDEE

Von Gerhard Lehnert, Berlin ● Adelheid braucht ein Paar neue Schuhe, Bernd und Clementine wollen ein Haus bauen, Detlef will bei Greenpeace mitmachen, Erika braucht eine homöopathische Arznei, Fritz eine Schadstoffanalyse seines Teppichs und Gustav ein Brot; Hans will alte Batterien loswerden, Ingrid denkt an den Kauf eines Solarmobils, Jürgen braucht Urlaub auf einem Bauernhof und Klaus ein neues Regal; Lisa möchte vegetarisch essen, Moni sucht nach einer sinnvollen Geldanlage, Norbert will ein neues Bett und Otto ein neues Outfit; Petra steht auf Sojamilch und Resi auf Tomaten mit Geschmack, Stefan liebt Regenwürmer im alternativen Blumenbeet; Theo hat vom »sanften Tourismus« gehört und Uwe interessiert sich für esoterische Literatur, Veronika hat Ärger mit ihrem Vermieter, Werner möchte sich in einer Tierschutzgruppe engagieren; Xaver braucht eine Krankenversicherung, die auch Kosten für alternative Heilweisen übernimmt und Zarah möchte sich über die Möglichkeiten der Nutzung von Solarenergie informieren. In einem Ökologischen Zentrum sollte all dies möglich sein – eine Vision oder baldige Realität?

Ich stelle mir ein Zentrum vor, in dem verschiedene Menschen mit unterschiedlichen Aufgaben unter einer Zielsetzung zusammenarbeiten. Man könnte dort sämtliche Produkte und Dienstleistungen anbieten, die ökologische Qualität haben. Sozial und ökologisch engagierte Gruppen könnten dort ihren Sitz haben. Der Effekt wäre die »Zentrierung« (räumliche und organisatorische Vernetzung) von alternativen Einrichtungen zum Zweck und auf der Grundlage solidarischer Zusammenarbeit.

Ich bin sicher, daß sehr viel mehr Menschen als bisher ökologische Waren kaufen und Dienstleistungen in Anspruch nehmen würden,

- wenn sie wüßten, daß es sie gibt,
- wenn sie wüßten, wo es sie gibt,
- wenn sie preisgünstiger wären,
- und wenn sie nicht wegen verschiedener Dinge verschiedene Einrichtungen aufsuchen müßten.

Und ich bin davon überzeugt, daß sozial und ökologisch engagierte Gruppen einen erheblich größeren Wirkungsgrad hätten, wenn sie zusammenarbeiten und gemeinsam handeln würden.

Das Angebot an alternativen Produkten und Dienstleistungen ist inzwischen reichlich vorhanden. Die Händler sind aber nur vereinzelt etabliert (»Einzelhändler«) und deshalb den meisten KonsumentInnen nicht bekannt. Ein im Bewußtsein der Öffentlichkeit »verankertes« Zentrum kann dieses Problem lösen. Es könnte eine Adresse sein für alle, die ökologische Produkte und Dienstleistungen kaufen wollen, sich in ökologischen, sozialen und Verbraucherfragen informieren wollen sowie Kontakte zu sozial engagierten Gruppen suchen. Ich stelle mir vor, daß ein Ökologisches Zentrum aus drei Bestandteilen besteht: einem Kaufhaus, einem Dienstleistungszentrum und einem »Aktionszentrum«:

1. EIN KAUFHAUS

Das Angebot umfaßt das gesamte ökologische Warensortiment:

a) Nahrungsmittel (und alle sonstigen herkömmlichen Bioladen-Artikel);
b) Bio-Artikel für die Bereiche Wohnen, Kleidung, Haushalt, Garten usw.;
c) Produkte angepaßter Technologie-Systeme (vom Fahrrad über Kraft-Wärme-Koppler bis zum Solarmobil);
d) alle übrigen Waren, wie sie im alternativen Branchenbuch (ALTOP-Katalog) angeboten werden.

Ferner sind folgende Einrichtungen vorhanden:
eine Buchhandlung (mit den Angebotsschwerpunkten »Alternativ-Szene« und Ökologie); ein Kiosk mit Zeitschriften und Zeitungen (dito); eine Apotheke (homöopathische Arzneien, pflanzliche Heilmittel usw.); ein Restaurant, in dem biologische Produkte verarbeitet werden; ein Esoterikladen; ein Reisebüro; eine (Öko)bank; eine Versicherungsagentur usw.

2. EIN DIENSTLEISTUNGSZENTRUM

mit folgenden Angeboten:

1. Alle Waren werden auf Wunsch nach Hause geliefert.
2. Sondermüll usw. wird auf Wunsch von zu Hause abgeholt. Einrichtung einer Sammelstelle für Recycling- und Sondermüll.
3. Es werden Mitfahr- und Mitwohngelegenheiten vermittelt.
4. »Statt«-Betriebe bieten ihre Dienste an (Statt-Car, Statt-Bau, Statt-Reisen etc.)
5. Es werden Beratungsbüros für folgende Themen bzw. Personenkreise eingerichtet:
   Mieter, Verbraucher, Energiefragen, Rechtsfragen, Hausbau und -sanierung, soziale Randgruppen usw.; hier könnten auch »herkömmliche« Einrichtungen (z. B. die Verbraucherzentrale) mitarbeiten.

3. EIN »AKTIONSZENTRUM«

für folgende Bereiche und Gruppen:
Bürgerinitiativen, Bildungswerke, ökumenische Initiativen, selbstverwaltete Betriebe, Umwelt-Institute, soziale Einrichtungen, Naturschutzverbände usw.; hier können also alle Gruppen und Verbände mitmachen, die sozial und ökologisch engagiert sind (greenpeace, amnesty international, BBU, Gesellschaft für bedrohte Völker u.a.).

GRUNDSÄTZLICHE ÜBERLEGUNGEN

Die Idee ist, daß wir an einem gemeinsamen Ort gemeinsam handeln – zum gegenseitigen Nutzen und im Interesse aller, – auf der Grundlage einer »ethischen Ökonomie«,

- mit gemeinsamen Zielen,
- mit einer lebendigen Vielfalt unterschiedlicher Auffassungen und Aufgaben,
- ohne unsere Energien in destruktivem Konkurrenzdenken und -kampf unnötigerweise zu verschwenden.

Gemeinsames Handeln ist erforderlich, weil die durch Kapitalund Ego-Interessen geprägte Entwicklung der ökonomischen, gesellschaftlichen und ökologischen Verhältnisse bekanntlich in den letzten Jahren immer gefährlicher und überlebensfeindlicher für uns und unseren Planeten geworden ist. Die grundlegende Idee eines ökologischen Zentrums ist, daß sich möglichst viele Waren- und Dienstleistungsanbieter sowie eine möglichst große Zahl sozial und ökologisch engagierter Gruppen zusammenfinden und sich als gemeinsames Forum etablieren, um (jeder im Rahmen der eigenen Möglichkeiten) einen Beitrag dazu zu leisten, diese Abwärtsspirale (zunächst einmal) zu verlangsamen bzw. (mittelfristig) zu stoppen und (langfristig) eine »qualitative Wende« von Entwicklungen zu ermöglichen. Die Idee ist, daß sich die vielen alternativen und ökologisch orientierten sowie selbstverwalteten Betriebe aus allen Produktions- und Distributionsbereichen sowie die sozial und ökologisch engagierten Gruppen organisatorisch und »ideell« zu großen Aufgaben-, Aktions- und Funktionseinheiten miteinander verbinden. Räumliche Nähe in einem Ökologischen Zentrum und Zustimmung zu einem entsprechenden Konzept kann dafür der erste Schritt sein.

Zusammenarbeit beinhaltet trotz vieler Probleme vor allem Chancen. Kooperation ermöglicht es, gegenüber den Mächtigen und Etablierten, den Monopolen und Herrschenden existenzfähig zu bleiben bzw. unsere Existenzfähigkeit zu erhöhen. Die Konzentration unserer Kräfte erhält und erhöht die Effektivität unserer Arbeit. Eigene Energien können wirkungsvoller eingesetzt werden; man senkt den Energieeinsatz und kommt gleichzeitig zu größeren und besseren Erfolgen und Arbeitsergebnissen. Ökonomische Kooperation schafft neue Märkte, bessere Absatzchancen, größere Gewinne und höhere Umsätze für ökologische Produkte und Dienstleistungen. Soziale Kooperation fortschrittlicher Gruppen und Verbände schafft gute Voraussetzungen dafür, die »Macht der Konsumenten« für koordinierte und zielgerichtete Aktionen zu stärken.

Es sollte klar sein, daß es nicht einfach nur um die Etablierung eines mit anderen Einrichtungen vergleichbaren – Kaufhauses geht. Ein Ökologisches Zentrum im hier konzeptionierten Sinne ist ein Ort der Vernetzung von ökonomischem, ökologischem und fortschrittlichmenschlichem sozialpolitischen Handeln. Die dort arbeitenden Menschen werden nicht projezierenderweise andere kritisieren, sondern bei sich selbst mit konkreter Veränderung beginnen. Es ist ein Platz der Kooperation all der Kräfte, für die Ökologie weder Schlagwort, Alibi, Ego-Trip oder nur (zwar auch, aber eben nicht nur) eine Angelegenheit des Portemonnaies ist, sondern eine Sache des Herzens und der Vernunft.

Gewiß ergeben sich eine Menge Fragen, und es wird eine Menge unterschiedliche Auffassungen geben über Konzept, Ausstattung, MitarbeiterInnen, Kapitalverteilung usw.. Von besonderer Bedeutung wird die Frage sein, wie wir mit Geld umgehen. Eines steht fest: Die Gründe für unsere Umweltmisere liegen in erster Linie im (Schein-)Bedürfnis nach unbegrenzter Profitmaximierung der Großkonzerne und (in dessen Folge) an der Ausbeutung der Menschen, der Natur und der Ressourcen. Aber das ist nicht das einzige Problem. Wir sollten darüber nachdenken, inwieweit wir selbst die Durchsetzung (scheinbarer) finanzieller Eigeninteressen auf Kosten oder zu Ungunsten anderer (Lebewesen) zulassen bzw. praktizieren (würden). Die Betreiber eines Ökologischen Zentrums werden nicht unreflektiert sich derselben ökonomischen Mechanismen bedienen, die uns in eben die Misere geführt haben, deretwegen ethische Wirtschaft und ökologische Politik so wichtig geworden sind. Deshalb werden nur Menschen mitarbeiten können, die bereit sind, offen und ehrlich über Bilanzen, Umsätze, Einkommensgrenzen und Verteilung erwirtschafteten Reichtums zu reden. Wir werden bei uns selbst mit Änderungen beginnen, und quasi modellhaft zeigen, daß es sinnvollere Alternativen zum Umgang mit Geld gibt, als die Haltung des »möglichst heimlich, möglichst schnell, möglichst mehr«. Trotzdem – oder gerade deswegen – wird »das Geld stimmen« – die Opferrolle liegt uns ebensowenig wie die Täterrolle. Ferner wird die Frage des Umgangs der MitarbeiterInnen miteinander von Bedeutung sein. Dabei wird das Sich-bewußt-sein individueller Ego-Bedürfnisse und der Akzeptanz unserer eigenen Stärken und Schwächen und der unserer Partnerinnen und Partner eine entscheidende Rolle spielen.

Eine Vision – oder baldige Realität?

Wenn Sie sich angesprochen fühlen und Lust haben mitzumachen, melden Sie sich doch einmal bei mir! ●

Initiative »Ökologisches Zentrum« c/o G. Lehnert, Stubenrauchstr. 73, 12161 Berlin Fon (0 30) 852 22 72; Fax 851 55 84

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

VOLLJÄHRIGKEIT

21 Jahre LIVOS

Die »Volljährigkeit« nimmt LIVOS-Pflanzenchemie, der älteste Hersteller von Farben und Lacken auf natürlicher Rohstoffbasis zum Anlaß, am 1. und 2. April seine Tore zu öffnen und zahlreiche Informationen sowie praktische Anwendungstechniken anzubieten.

Am ersten Tag werden schwerpunktmäßig die Themen nachwachsende Rohstoffe, der Einsatz von Öllein und Hanf in der industriellen Produktion diskutiert. LIVOS hat in einem Pilotprojekt den Leinanbau in der Lüneburger Heide wiederbelebt und preßt seit Ende 1994 in der eigenen Ölmühle das Hauptbindemittel für seine Farben und Lacke selbst. Denn kontrollierte Qualität und ökologische Produktionswege gehören zur Firmenphilosophie.

Aus diesem Grunde arbeitet und forscht das Unternehmen mit dem Rohstoff Hanf, der sich bei der Herstellung von Farben durch hervorragende Qualitäten auszeichnet.

Am zweiten Tag wird Götz Keitel, Malermeister und Farbphilosoph aus Bielefeld, über die Wirkung der Farben auf Menschen referieren. Es werden Techniken zur Wandgestaltung und verschiedene Malerarbeiten praktisch demonstriert und BesucherInnen können unter Anleitung diese selbst testen.

An beiden Tagen bilden die Demonstrationen zu Verlegearbeiten von Fußböden und deren Oberflächenbehandlung einen weiteren Schwerpunkt. Auf dem Programm stehen das Verkleben von Linoleum, Teppich-, Kork-, Holzfußböden und Fließen. Desweiteren wird die Praxis in Tischler- und Möbeloberflächen angeboten, die einzelnen Arbeitsschritte zur Oberflächenbehandlung der saugfähigen Untergründe von Fachkräften gezeigt, nicht zu kurz kommen auch die Pflegehinweise. ●

dp

Programme & Informationen:
LIVOS-Pflanzenchemie, D-29568 Wieren-Emern
Tel. (05825) 8 80, Fax 88 60

Anzeige

ökowerk

Unser Konzept für Ihre Altersversorgung

★ Wir kümmern uns um Ihre Rente!
★ Wir versichern Sie gegen Berufsunfähigkeit!
★ Wir informieren Sie regelmäßig über wichtige Änderungen im betrieblichen Bereich!

Öko-Versorgungswerk
Fichtenstr. 42 • 4000 D'dorf 1 • 0211 – 9737151

e.V. Interessengemeinschaft ökologisch orientierter Betriebe und Selbständiger

HILFE FÜR SARAJEVO

La Benevolencija, die humanitäre Organisation der jüdischen Gemeinde Sarajevos, wurde 1892 gegründet. Bis zum zweiten Weltkrieg war sie die kulturelle, soziale und humanitäre Institution für Juden in Jugoslawien. Von den mehr als 3.500 Juden, die vor dem Krieg in der Stadt wohnten, sind heute nur noch 700 übrig, der Rest einer stolzen sephardischen Gemeinde, die seit 500 Jahren als wichtiger Kulturträger das Leben der Stadt mitbestimmt hat.

1990 hat LA Benevolencija gemeinsam mit moslemischen, kroatischen und serbischen humanitären Organisationen einen Rat gebildet, der die Stadt Sarajevo mit lebensnotwendigen Gütern versorgt.

La Benevolencija hat aufgrund ihrer Neutralität eine besondere Stellung bei der Versorgung der Stadt eingenommen, da ihre Hilfstransporte allen ethnischen Gruppen zugute kommen, während die anderen Organisationen von den jeweiligen feindlichen Armeen behindert werden.

- 1993 waren darunter 358 Tonnen Lebensmittel und 4.200 Versorgungspakete.
- La Benevolencija unterhält eine Suppenküche und verteilt ca. 360 Essen pro Tag.
- Drei Apotheken der La Benevolencija verteilen auf Rezept an alle BewohnerInnen der Stadt kostenlos Medikamente und versorgen damit bis zu 40 Prozent der Stadt.
- Der ärztliche Dienst der La Benevolencija versorgt mit Hausbesuchen die besonders Hilflosen, die sonst keine ärztliche Versorgung hätten.

Im Juli 1994 haben wir, eine Gruppe Konfessionell nicht gebundener BürgerInnen, die Benevolencija Deutschland e.V. gegründet, die als mildtätig und gemeinnützig anerkannt ist. Wir weigern uns, die Katastrophe vor unserer Haustüre zu verdrängen. Durch das abflauende Medieninteresse drohen die Menschen hier zu vergessen, daß Sarajevo immer noch eine belagerte Stadt ist. Nun bereits im dritten Kriegswinter. Die Menschen leiden unter Not, Hunger und Kälte.

Wir tun etwas dagegen: Die Benevolencija Deutschland e.V. stellt einen Konvoi mit Hilfsgütern wie Winterkleidung, Lebensmitteln, Medikamenten und Dingen des täglichen Bedarfs zusammen. Wir kooperieren mit La Benevolencija, die ein Zwischenlager in Split unterhält und von dort die waren nach Sarajevo bringt und verteilt.

Wer helfen will, kann das durch Geld- und Sachspenden tun. ●

dp

Kontaktadresse:
Benevolencija e.V., Großbeerenstr. 86, 10963 Berlin, Tel. (0 30) 683 79 28
Spendenkonto:
1315555, Commerzbank, BLZ 100 400 00

SOLIDARITÄTSWERKSTATT

Taller de la solidaridad

Ein großer Teil der cubanischen Industrie besteht aus Maschinen und Anlagen der DDR. Im Jahr 1990 wandte sich erstmals eine in der praktischen Solidarität für Nicaragua tätige Gruppe an die cubanische Botschaft, um in der neuen Situation zu helfen. Ersatzteillisten aus verschiedenen Bereichen der cubanischen Industrie waren die Antwort auf das Hilfsangebot. Taller de la solidaridad entstand. Aus der mittlerweile 7 köpfigen Gruppe standen Gisela Oertwig und Michael Bühne Rede und Antwort zu ihrer Arbeit. Das Interview führte Andreas Küstermann.

»Gramma Sonderausgabe« als Präsent für die Bäckerei Weber — Foto: Andreas Küstermann

CONTRASTE: Das US-Wirtschaftsembargo wirkt sich weiterhin verheerend auf die cubanische Wirtschaft aus. Taller de la solidaridad, auf deutsch Solidaritätswerkstatt, versucht auf technischem Gebiet zu helfen. Wie?

Gisela: Seit fünf Jahren, ziemlich zur gleichen Zeit, als die DDR kaputt gemacht wurde, hat sich eine kleine Gruppe hier in Darmstadt überlegt, daß das für Cuba bestimmt ein großes Problem sein würde, Maschinen und Ersatzteile, die es früher über Austauschgeschäfte aus der Ex-DDR gab, zu beschaffen. Wir sind zur Botschaft gegangen, haben vorgeschlagen, zur Lösung des Problems beizutragen, indem wir über Spendengelder und unseren persönlichen Einsatz einige Industriebetriebe mit Ersatzteilen zu versorgen. Die Botschaft ist darauf eingegangen und wir bekamen aus verschiedenen Betrieben Ersatzteillisten. Ganz klein fingen wir an und versuchten, über eine erste Spendenkampagne die Gelder und dann die Teile zu beschaffen. Inzwischen haben wir ein Büro, in dem eine Person die ganzen Kontakte zu den Betrieben macht, die Ersatzteile beschafft. Ansonsten bespricht und koordiniert die Gruppe die ganzen Arbeiten.

Ihr seid eine kleine Gruppe und Cuba ein großes Land. Konzentriert ihr euch auf bestimmte Bereiche?

Michael: Zunächst kann man sagen, daß wir uns auf die Industriebereiche konzentrieren, die Maschinen oder Technologie aus der DDR haben. Von daher sind unsere Aufgaben schon etwas eingeschränkt, obwohl die DDR der zweitgrößte Handelspartner nach der Sowjetunion war. Die zweite Bedingung ist, daß die meisten Betriebe und Fabriken, die wir unterstützen in Havanna liegen. Das hat sich so ergeben.

Was sind das konkret für Fabriken?

Gisela: Es ist zum Beispiel die Textilfabrik Werner Lamberz, die Kinder- und Schulkleidung herstellt, aber auch T-Shirts für den Export. Dann die Industriegasfabrik Primera de Mayo, die vor allem Sauerstoff für Krankenhäuser produziert aber auch Argon zum Schweißen. Und die Molkerei Complejo Lacteo, die im Moment die gesamten Kindergärten Havannas mit Yoghurt und Milch versorgen. Eine Buchbinderei ist auch dabei.

Und eure Unterstützung konkret? Wie bekommt ihr die Anforderungen, wie sucht ihr die Teile und wie kommt dann alles nach Cuba?

Gisela: Also die ganze Sache hat sich jetzt so eingespielt, daß wir natürlich gewachsene Kontakte haben. Entweder direkt in die Fabriken oder über Ministerien. Auch auf unseren Reisen in Cuba gehen wir oftmals direkt irgendwo hin oder werden angesprochen. Da bekommen wir dann neue Ersatzteillisten, die vor Ort mit den Arbeiterinnen und Arbeitern besprochen werden. hier fällt dann die Entscheidung, wieviel Geld wir haben, wie wir das technisch bewältigen können und was besonders dringend ist. Natürlich haben wir finanzielle Schranken. Anschließend wird das Material hier gekauft. Für den Transport gibt es eigentlich drei Wege: Die kleineren Sachen nehmen Leute im Handgepäck mit, die sich bei uns melden oder die wir über Annoncen suchen. Die Materialien werden dann direkt in der Fabrik abgegeben. Der zweite Weg ist Luftfracht mit AirCubana , wobei dann die Cubanische Seite die Frachtkosten bezahlt oder mit dem Schiff, wo es genauso läuft. Bisher haben wir einen Container nach Cuba geschickt und den Rest eben mit Kisten.

Was war drin im Container?

Michael: In dem Container waren große Teile für das Landwirtschaftskombinat Valle de Peru. Das liegt so ca. 40 km östlich von Havanna. Der Hauptbedarf waren Teile für einen Feldhäcksler der Marke Fortschritt – die hießen früher so – für den wir Keilriemen, Schneidemesser und Auswurfbögen, über die das gehäckselte Grünfutter auf die Lkw,s geworfen wird, besorgt haben. Die Schneidemesser waren 4m lang und die Auswurfbögen hatten ein ziemliches Volumen. Darum der Container. Normalerweise wird der gemietet, doch wir haben ihn günstig gekauft und dem Behindertenverband geschenkt. Beim Füllen war noch mehr als zwei drittel Platz. Da machten wir eine Aktion und sammelten Rollstühle, Gehhilfen, Krücken und Ersatzteile für Rollstühle bei Firmen und Krankenkassen. Aber im Container war immer noch Platz.

Im neuen Rehabilitationszentrum des Verbandes außerhalb von Havanna fehlten noch Matratzen. Die alten waren völlig durchgelegen. Also haben wir 30 Matratzen bestellt und den Container damit vollgestopft.

Wie ist eure Einschätzung? Ist diese Arbeit mehr als der Tropfen auf den heißen Stein?

Michael: Also wenn man den ganzen Bedarf sieht ist das so. Außerdem gibt es viele Fabriken, die haben sowjetische Technologie. Da können wir garnicht helfen. Und aus der breiten Palette der DDR Maschinen können wir auch nur einen kleinen Teil am laufen halten. Andererseits, wenn wir zur Sauerstoffproduktion ein Ersatzteil beitragen, ohne das die Produktion komplett ausgefallen wäre, ist das schon mehr. Diese Kleinbeiträge, wie z.B. die neuen Spulen für den Hauptmotor der Industriegasfabrik oder ein paar tausend Nadeln für die Textilfabrik bewirkten doch ganz klar, daß die Fabrik am laufen blieb. Wenn aber etwas sehr teures benötigt wird, der Hauptmotor z.B. völlig ausfällt, das übersteigt auch unsere Möglichkeiten. Da mußten sie dann den Motor komplett zerlegen und für alle 105 Spulen Kupfer kaufen um sie neu zu wickeln.

Konkret bei unserem letzten Besuch in Cuba haben wir gesehen, warum es auch noch wichtig ist, daß die Fabriken weiterlaufen. Da hängt ja nicht nur die Produktion dran und die Beschäftigung, sondern das ganze soziale Umfeld. Bei der Molkerei, haben wir diesmal den von den ArbeiterInnen gebauter Kindergarten, ein Erholungszentrum mit Swimmingpool und kleinem Gemeinschaftsgebäude zum abends treffen und feiern besichtigt. Dazu kommt, daß die meisten Fabriken kleine landwirtschaftliche Anbauflächen haben, wodurch sich die Belegschaft teilweise mit Lebensmitteln versorgen kann. Das alles zusammengenommen heißt, daß über eine Fabrik die soziale Versorgung und die mit Lebensmitteln der ArbeiterInnen einer Fabrik gesichert ist.

Gisela: ... teilweise...

Michael: ..besser gesichert zumindest. Über die Grundversorgung.

Es dreht sich immer wieder um Preise und große Summen – wo bekommt ihr das Geld her, das alles zu bezahlen? Wer unterstützt »Taller de la solidaridad?«

Gisela: Zu Beginn unserer Arbeit haben wir einfach Spendenaufrufe in linken Zeitungen und Dritte Welt Zeitschriften veröffentlicht, in denen stand, daß wir Ersatzteile für die Cubanische Basisindustrie besorgen wollen. Wir wußten auch nicht, ob das Erfolg haben wird, aber der Beginn der Aktion kurz vor Weihnachten brachte doch 20.000 DM zusammen, da alle ganz spendenfreudig waren. Davon haben wir die ersten Ersatzteile gekauft. So machen wir das auch weiterhin mit den Kampagnen. Außerdem reisen wir natürlich rum, machen Veranstaltungen und berichten über die Situation in den Betrieben. Das ist auch sehr wichtig, weil uns viele Leute kennenlernen und neue Kontakte entstehen.

Und andere?

Michael: Da gibt es SpenderInnen und Fördermitglieder, die regelmäßig überweisen. Auch solche mit großen Beträgen, 5000.- DM z.B. oder Gruppen, die keine eigenen Projekte entwickeln wollen oder können und die sich dann an uns wenden mit ihrem Wunsch, ein Projekt zu übernehmen, das nach außen zu tragen und Geld zu sammeln. Das Jahresaufkommen an Spenden sind 80.000 bis 100.000 DM.

Ich hörte da von einer Bäckerei in der Nähe Stuttgarts.....

Gisela: Ja, das ist das Bäckereikollektiv Weber in Winnenden. Das ist nun wirkliche eine ganz tolle Geschichte. Ich weiß garnicht, wie die uns eigentlich genau entdeckt haben. Die haben uns dann angerufen und erzählt, daß sie einen Diavortrag machen wollten in der Bäckerei. Wir waren natürlich begeistert, sind da hin gefahren und haben in der Backstube, was wir ganz toll fanden, eine Veranstaltung gemacht. Am Ofen hing dann die Leinwand so mitten drin, auf der wir Dias zeigten. Daraufhin hat sich das Kollketiv entschieden, auf ein Gebäck, sogenannte »Seelen«, (im schwäbischen natürlich »sääla«. der autor) etwas draufzuschlagen und als Spende abzuführen. Das haben sie schon früher gemacht, da waren des die Sandino Seelen. Nachdem das Sandinistische Nicaragua nicht mehr existierte, wollten sie das Geld, 10 Pfennig pro Gebäck, der Cuba Arbeit zukommen lassen. So bekommen wir seit drei Jahren von ihnen kontinuierlich fast 10.000 DM im Jahr gespendet.

Solidarität ist die Zärtlichkeit der Völker heißt es so schön – muß man mit Fidel Castro solidarisch sein, um Cuba zu unterstützen?...

Michael: Warum nicht? Ansonsten find ich das ne ziemlich bescheuerte Frage.

Was sind bei den derzeitigen Entwicklungen für 95 eure Ziele, Prioritäten?

Michael: Erstmal weitermachen, immer weitermachen...

Weitermachen womit?

Michael: Mit der normalen Arbeit. Spenden sammeln, Transporte organisieren, schreiben, Veranstaltungen organisieren... .

Gisela: Wir sind ja jetzt in Cuba gewesen, haben die Fabriken besucht, haben natürlich mit unheimlich vielen Leuten gesprochen und wollen einfach erlebtes und gesehenes weitergeben. Das was uns an Cuba ja auch begeistert, hier zu vermitteln, wo wir Gelegenheit haben. ●

Für Spenden die Bankverbindung:
Solidaritätswerkstatt e.V.
Postbank Frankfurt/Main
BLZ 500 100 60
Kto-Nr. 48 78 02-603

Solidarisch handeln –
Cuba unterstützen

Wir beschaffen Ersatzteile für die cubanische Basisindustrie, z. B.:

- Druckindustrie
- Textil
- Ernährung
- Industriegase
- Landwirtschaft

Taller de la solidaridad

Infos bei:
Solidaritätswerkstatt e.V.
Ludwigshöhstraße 42
64285 Darmstadt
Telefon und Fax: (0 61 51) 6 40 66
Spendenkonto: Postgiro Frankfurt
BLZ 500 100 60 Kto 48 78 02-6 03
Bitte angeben, ob Spendenbescheinigung erwünscht

IWF

Tagung der »anderen Stimmen des Planeten«

ipc ● Das belgische Komitee zur Streichung der Schulden der Dritten Welt (CADTM) organisiert am Sonnabend, den 18. März in der Freien Universität Brüssel eine internationale Tagung. Sie steht in der Kontinuität des alternativen Forums von Madrid im September 1994. Es handelt sich um eine Versammlung der Gruppen, Gewerkschaften und Parteien, die sich in der Kampagne »IWF, Weltbank – 50 Jahre sind genug« engagiert hatten. Eine Versammlung aller Menschen, welche die auf der Macht des Geldes beruhende Ordnung ablehnen und sich für soziale Gerechtigkeit auf dem ganzen Planeten einsetzen.

Am Vormittag finden parallele Foren zu den Fragen »Politik und Militär«, »Finanzen« und »ökonomische Macht« statt, am Nachmittag sechs Foren zur Situation in einzelnen Regionen und zum Widerstand der Völker (Schwarzafrika, Indien, Mexiko, Rußland/Osteuropa, Brasilien und UNO-Politik). Als Referenten sind u.a. Vandana Shiva, Michel Chossudovsky, Catherine Samary, Adam Novak und Rosario Ibarra eingeladen. Den Abschluß bildet eine große Debatte über die kommende Welt-Gipfelkonferenz der UNO in Kopenhagen. ●

Genaues Programm und weitere Information:
CADTM, 29 rue Plantin, B-1070 Bruxelles,
Tel: 0032-2-5234023, Fax: 0032-2-5226127.

8. MÄRZ 1995:

Gedenken an Nabila Diahnin

Am Mittwoch, den 15. Februar 1995 wurde im Zentrum von Tisi Usu (Kabylei, Algerien) die 35jährige Architektin Nabila Diahnin getötet. Die unter den Berbern bekannte Feministin war Präsidentin der Vereinigung Tigrinet Nettouth (Schrei der Frauen), in der 300 bis 400 Frauen organisiert sind und die in den Dörfern Versammlungen und Diskussionen zur Lage der Frau veranstaltet.

Nabila Diahnin war ebenfalls Mitglied der »Bewegung für eine Berber-Kultur«. Sie befand sich zu Fuß auf dem Weg zum Zentrum Tisi Usu (110 km östlich von Algier), als sie durch eine Gewehrsalve aus einem abgesägten Jagdgewehr, eine der Waffen der islamischen Gruppen (Mahschuscha) am Kopf getroffen wurde.

Sie ist die erste Führerin einer Frauenvereinigung, die seit Beginn der Gewalttaten im Jahr 1992 ermordet wurde. Sie war Mitverfasserin eines volkstümlichen »Alphabetisierungstuches für die Frau«. Der Verein »Schrei der Frau« gehört zur Koordination der algerischen Frauenbewegung. Dies ist ein politischer Mord an einer Frau, bei dem die Täter religiöse Gründe vorgeben - und das im Fastenmonat Ramadan, der nach den Regeln des Islam eigentlich Friedenspflicht gebietet.

Nabila vertraute auf die weltweite Solidarität der Frauen untereinander. Für den 8. März war sie nach Frankreich eingeladen, um vom Kampf der algerischen Frauen, für ihre Emanzipation und für bessere Verhältnisse in Algerien zu berichten.

An diesem anderen Algerien baute Nabila Diahnin, die Architektin. Sie wurde auf dem Weg zur Arbeit feige erschossen. Dieses abscheuliche Verbrechen trägt die Handschrift jener politischen Kräfte unter den Fundamentalisten, die Schulen verbrennen, junge Mädchen ohne Schleier töten und eine Architektin ermorden, die sich für die Rechte der Frauen einsetzte.

Am diesjährigen 8. März werden wir Anlaß zur Trauer haben, was jedoch unseren Glauben an die Richtigkeit des Engagements von Nabila Diahnin nicht erschüttern kann. ●

»Auf dem Weg zu jener Würde, die wir Gleichheit nennen und die so teuer erkauft wird, wirst Du mit uns allen sein, Nabila!«

Europäische FrauenAktion, Friedrichstr. 165, D-10117 Berlin

NICARAGUA ZUR JAHRESWENDE 94/95:

Ohne Land und ohne Arbeit

In unserer Nicaragua-Serie heute wie angekündigt Eindrücke der vierwöchigen Delegationsreise. Die TeilnehmerInnen waren auf der Suche nach neuen Formen sozialer Organisation und Selbstverwaltung sowie kollektiver Organisation von Eigentum und Produktion, die seit der Wahlniederlage der Sandinisten vor fünf Jahren entstanden sind.

Besuch beim Frauenkollektiv — Fotos: Archiv Infobüro Nicaragua

Ulla Peters, Informationsbüro Nicaragua ● Als wir von der Hauptstraße, der Straße zwischen Chinandega und der Pazifikküste, abfahren, sind es noch sieben Kilometer durch Schlaglöcher und Staub, bis wir unser Ziel erreichen. Viele der Straßen Nicaraguas lassen ein Auto als Fortbewegungsmittel eher lächerlich erscheinen. Wir besuchen an diesem Tag, dem 3. Januar 1995, eine Frauenkooperative im Nordwesten Nicaraguas, nur wenige Kilometer von der honduranischen Grenze entfernt. Wir, das sind drei Frauen und drei Männer, die eine Delegationsreise des Informationsbüro Nicaragua (Wuppertal) unternommen haben, um mit NicaraguanerInnen in unterschiedlichen Arbeits- und Organisationszusammenhängen über die aktuellen Kämpfe um Land und Produktionsmittel und über Widerstandsformen gegen die neoliberalistische Wirtschaftspolitik zu sprechen. Wir führen auf dieser Reise Gespräche mit VertreterInnen des ArbeiterInneneigentumssektors (APT), der Industrie- und Landgewerkschaften (CST und ATC), der Zusammenschlüsse der Kooperativen (FENACOOP), dem Verband der Klein- und MittelbäuerInnen (UNAG) sowie mit ArbeiterInnen von besetzten Fincas und mit Kooperativenmitgliedern.

Unser Anliegen ist es, zu sehen und zu erfahren, welche Formen sozialer Organisation, der Selbstverwaltung und der kollektiven Organisation von Eigentum und Produktion nach der Wahlniederlage der Sandinisten 1990 entstanden sind. Eine unserer Frage, die uns die vier Wochen begleitet, ist die danach, wo in diesen Kämpfen und in den sozialen Formen und Orientierungen, die darin wachsen, Anknüpfungspunkte zu finden sind für unsere Diskussionen hier, für eine internationalistische Politik, für Ansätze einer nicht ausbeuterischen Ökonomie?

Das Ziel unserer Reise an diesem Tag ist eine Landkooperative von Frauen, die 1993 entstanden ist. Die 17 Frauen, die sich in der Kooperative zusammengeschlossen haben, waren bis Anfang der 90er Jahre Landarbeiterinnen auf den Baumwollfeldern. Allein in der Baumwollproduktion sind in den vergangenen vier Jahren in Nicaragua 20.000 Arbeitsplätze dem Weltmarkt zum Opfer gefallen. Dadurch haben viele Frauen nicht nur ihre Lohn-Arbeitsplätze verloren, sondern oft auch ein Essen pro Tag für sich und ihre Kinder und eine minimale medizinische Versorgung. Sichtbare Zeichen des Niedergangs der Baumwollproduktion sind die – noch mit vor allem osteuropäischer »Entwicklungshilfe« gebauten – riesigen »desmantadoras«; Fabrikanlagen, in denen die Baumwollblüte von Holz und Schale getrennt wird. Sie sind wie nicht mehr zu reparierende Traktoren und Mähdrescher, die in der Landschaft wie vergessen herumliegen, Relikte des mißglückten Versuchs einer Industrialisierung nach den Erfordernissen des internationalen Marktes und der internationalen Warenproduktion. Die sozialen und ökologischen Folgen dieser Politik, der in den letzten 30 Jahren rücksichtslos ausgeweiteten Baumwollproduktion und der u.a. damit verbundenen radikalen Abholzung weiter Landstriche, werden im Nordwesten Nicaraguas noch lange zu spüren sein.

RÜCKSICHTSLOSE ENTWICKLUNGSPOLITIK

So werden wir auch bei unserem Besuch der Frauenkooperative ein weiteres Mal bei dieser Reise ganz sichtbar und sinnlich mit den Folgen des ökologischen und ökonomischen Raubbaus konfrontiert. Die erste Ernte 1994 ist vertrocknet. Die verdorrten Maisfelder zeichnen ebenso wie die verwaisten Industrieanlagen ein Bild von den Grenzen und des Scheiterns von Entwicklungen und einer Entwicklungspolitik, die sich rücksichtlos gegenüber der Natur und den Menschen verhält. Das Vertrocknen der ersten, in eigener Verantwortung gesäten Ernte war die Erfahrung, mit der diese Kooperative ihre Kollektivgeschichte begonnen hat.

Die Frauen empfangen uns freundlich und ein wenig aufgeregt, letzteres sind wir auch. Wir haben an diesem Tag Mühe mit unseren vorbereiteten Fragen, nicht nur weil die Antworten der Frauen viel kürzer als bei allen anderen Gesprächen ausfallen. Wir sitzen auf einem Baumstamm zwischen einer Vielzahl neugieriger und gleichzeitig schüchterner Kinder. Manche unserer Fragen haben etwas Befremdliches in dieser Umgebung, in der das Überleben, der Hunger, das nicht vorhandene Geld und die nicht vorhandenen Möglichkeiten, überhaupt mit irgendetwas, irgendeiner Arbeit, irgendeinem Handel, Geld zu beschaffen, zum täglichen Problem geworden sind.

Die Frauen erzählen, wie sie die Kooperative 1993 in einer aussichtslosen Situation gegründet haben. Die meisten von ihnen waren Saisonarbeiterinnen auf den Baumwollfeldern gewesen. Sie besaßen weder Geld noch Land. Der Zusammenschluß als Kooperative war für sie die Möglichkeit, den Ort, an dem sie bisher gelebt hatten, nicht verlassen zu müssen, um sich in der Stadt zu verdingen. Jede mußte einen bestimmten gleichen Anteil Land in die Kooperative einbringen. Das Land haben sie gekauft, gepachtet oder von ihren Männern bekommen. Nur wenige Frauen haben im Zuge der Privatisierung Anteile an ehemaligen Kollektiv- und Kooperativbetrieben erhalten. Außerdem sind von der knapp 1 Mio. ha Land, die während der sandinistischen Regierungszeit an Kooperativen vergeben wurde, nur 2/3 mit legalen Titeln versehen, weil das Land zwar von der sandinistischen Regierung konfisziert, aber nicht immer juristisch auf die neuen Besitzer, die Kooperativen, überschrieben worden ist.

Die Frauen berichten, daß sie alle Aktivitäten gemeinsam entscheiden und sie reden von der Hoffnung, mit ihrer gemeinsamen Arbeit überleben zu können. Stolz zeigen sie ihre Hirsefelder, die sie für den Eigenverbrauch angebaut haben und die sie – wie andere Kooperativen auch – fast in vollständiger Handarbeit ernten und verarbeiten. Und sie sprechen von ihrer Entschlossenheit, sich diese Überlebensmöglichkeit, das eigene Land bearbeiten zu können, trotz aller Schwierigkeiten nicht nehmen lassen. In einer Situation, in der die Dürre und die klimatischen Veränderungen ihre landwirtschaftliche Produktion zu einem ungewissen und schwierigen Versuch machen und in der sie gesellschaftlich mit dem Rücken an der Wand stehen, weil sie keine Unterstüzung von offizieller Seite erwarten können, im Gegenteil eher behindert werden, erzählen sie dennoch mit viel Würde von ihrem Leben und ihren Lebensbedingungen. Unterstützt werden sie von einem Landfrauenkomitee, das weitere 14 Frauenkollektive betreut.

RADIKALE KRITIK

Das Landfrauenkomitee, 1992 von Aktivistinnen der LandarbeiterInnengewerkschaft (ATC) gegründet, ist ein weiteres Projekt, das wir auf unserer Reise besucht haben. »Die Revolution hat ihre Spitze verloren, aber nicht ihre Basis« sagt Olga Maria Espinoza, eine der Gründerinnen des Komitees und langjährige Frauensekretärin der ATC. Sie formuliert als eine der wenigen GesprächspartnerInnnen, die wir auf dieser Reise treffen, eine radikale Kritik an den bisherigen Entwicklungsmodellen und den damit einhergehenden Abhängigkeiten und ökologischen wie menschlichen Zerstörungen und Ausbeutungsverhältnissen – Abhängigkeiten von Banken, von Saatgut- und Düngemittelmultis, die einen Großteil der Ernteerträge für sich verlangen.

Das Komitee unterstützt die 15 von ihm betreuten Kollektive darin, ökologische und damit weniger kostenintensive Methoden im Anbau von Lebensmitteln für den alltäglichen Verbrauch anzuwenden und darin Kenntnisse und Erfahrungen zu erwerben. Das Landfrauenkomitee hat ein Büro in Leon, weil die Frauen auch schon früher in dieser Region gearbeitet haben und hier die Kooperativen und die Frauen aus deren Zeit als Landarbeiterinnen kennen. Mit ihrer Arbeit, die zentral Bildungs- und Gesundheitsprogramme umfaßt, wollen sie den Bezug der Menschen zu den Orten an denen sie leben stärken. Es sollen Orte werden, an denen sie sich auch ernähren können und an denen ihnen ein Leben in Würde möglich ist. Sie kritisieren, daß viele APT-Betriebe keine Produkte zur Selbstversorgung mehr anbauen, obwohl sie dazu die Flächen haben; stattdessen haben sie sich ganz dem Markt verschrieben.

Das Landfrauenkomitee erstellt mit den Kollektiven gemeinsam Produktionspläne für jede Aussaat und Ernte, in denen auch Mengenbegrenzungen von Dünger und Pestiziden festgelegt werden. Ganz bewußt versteht sich das Landfrauenkomitee als politisches und nicht rein ökonomisches Projekt, die politischen Orientierungen bilden den Rahmen der ökonomischen Strukturen. Dazu gehört neben der Kritik an den bisherigen Entwicklungsmodellen die Auseinandersetzung mit der diskriminierten Rolle von Frauen in der nicaraguanischen Gesellschaft und mit der Gewalt von Männern, der die Frauen ausgesetzt sind. »Frauen werden nur wertgeschätzt, wenn sie gebraucht werden, damit wollen wir brechen, das heißt aber auch mit der Unterwürfigkeit der Frauen gegenüber den Männern.«

Auch die Frauen des Landkomitees Maria Christina Rodriguez und Olga Maria Espinoza fragen wir nach den Themen, die uns bei dieser Reise interessieren: Nach der Organisationsform des Komitees, nach den Entscheidungsprozessen, den Konflikten, dem Verhältnis zwischen Komitee und Kollektiven; nach dem Verhältnis zu den gesellschaftlichen Massenorganisationen, zur Frente, zu den Gewerkschaften; nach den Vorstellungen von gesellschaftlicher Entwicklung, von einer Ökonomie, die den Menschen in Nicaragua ein würdiges (Über-)leben ermöglicht; nach dem ökonomischen und kulturellen Druck, der sich über die Brutalität der neoliberalistischen Zurichtung aller Bereiche der nicaraguanischen Gesellschaft vermittelt.

Stolzer Rundgang über die Felder

NEUE DEMOKRATIEVORSTELLUNGEN

Hier erhalten wir überraschende Antworten, die das Komitee auch für unsere Diskussionen zu einem der interessantesten Projekte machen, das wir besucht haben. Die Frauen des Komitees konfrontieren uns mit ihren Vorstellungen von Demokratie, die brechen mit Formalismen von Delegation und Abstimmung. Sie lehnen einen Repräsentationsanspruch gegenüber den Kollektiven, mit denen sie arbeiten, ab. Formale demokratische Regeln und Entscheidungsverfahren verschleiern – so ihre Erfahrung – häufig die dahinter wirkenden Macht- und Herrschaftsbeziehungen. Sie möchten als Komitee die Macht behalten über die inhaltliche und organisatorische Ausrichtung ihres Projekts und reklamieren für sich die Entscheidung über die Aufnahme und den Ausschluß von Kollektiven.

Sie halten nichts von einer Basisdemokratie, die auf individueller Unverantwortlichkeit gründet und die Verantwortung delegiert. Man prallte in der sandinistischen Regierungszeit »gegen eine Wand von Konsens, gegen eine vereinte Kollektivität« (Olga Maria Espinoza), die keinen Widerspruch und keine Eigenständigkeit duldete – das wollen sie nicht fortsetzen. Es soll klar sein, wer, warum, mit welchem Recht über was entscheidet, die Strukturen sollen den Situationen angemessen sein und nicht eine formale Struktur auf alle Situationen verallgemeinert werden. Das Komitee ist auch ein Experiment, ein Versuch neue Formen zu entwickeln, wobei der Ausgang noch offen ist, weil sich die Formen im Prozeß der Auseinandersetzung zwischen Komitee und Kollektiven und der gesamtgesellschaftlichen Situation herausbilden. Es geht – so Olga Maria – auch darum, Formen zu finden, die Konflikte überleben.

Die Frauen entwickeln Gedanken, wie sie Abhängigkeiten, die zu der jetzigen Situation von Arbeitslosigkeit und Hunger geführt haben, verringern können und wie sie durch ihre Arbeit die Spielräume erweitern, ihre Produktions- und Lebensmittel von den Zwängen des Geldes und der Waren zu entkoppeln. Deshalb wollen sie sich ebenso Erfahrungen in der Produktion von Saatgut wiederaneignen wie in der Verbreiterung des Anbaus von Grundnahrungsmitteln, im Erwerb von Wissen über Verarbeitungsmethoden von Nahrungsmitteln, über den Gebrauch von Nahrungsmitteln zur Gesundheitsvorsorge, über die gemeinschaftliche Nutzung von Verarbeitungseinrichtungen.

Ähnliche Vorstellungen formulierte auch Jaime Picado Zamora, ein Vertreter der nicaraguanischen Umweltbewegung MAN bei einem Gespräch, als wir ihn nach Perspektiven befragten: Eigen-Verantwortlichkeit für das eigene, das kollektive Land, für die eigene Versorgung, für die gesellschaftliche Entwicklung, eine individuelle Verantwortlichkeit, die anderes meint als der westliche Individualismus. Die vielmehr Basis ist für das gemeinsame verantwortliche Arbeiten und Produzieren, das sich unabhängig zu machen vermag von hierarchischen Kontrollinstanzen, mögen sie noch so organisations-psychologisch aufgemotzt als neue Firmenphilosophie und ganzheitliche Unternehmensberatung daherkommen. Eine Art des Produzierens, die sich auch unabhängig machen will von aufgezwungenen Entwicklungsvorstellungen und den damit einhergehenden Identitäts-, Kollektiv-, Demokratie- und Organisationskonzepten. Wir hören vorsichtige, tastende und gleichzeitig selbstbewußte Vorschläge für eine andere Ökonomie, die mehr ist als ein Reflex auf die derzeitige Notsituation. Wir hören von der Bedeutung der Verfügung über Existenzmittel für die Beendigung der Entmündigung und der Ausbeutung und des Hungers.

Auf der anderen Seite werden wir mit einer massiven Kritik an den sandinistischen Massenorganisationen konfrontiert, die den Schock der Wahlniederlage im Machtkampf um die Sicherung partei- und gewerkschaftlicher Pfründe verlängern. Und immer wieder stellen wir uns dabei die Frage nach gesellschaftlich wirksamen und kampffähigen Zusammenschlüssen, die nicht in einem patriarchalen Paternalismus und Klientelismus enden. Sind diese und wie sind diese möglich? Viele Gespräche handeln von der Verrohung und Verwahrlosung dieser Organisationen, die sich am spürbarsten zeigen im Umgang mit KritikerInnen und im fast völligen Fehlen einer gesellschaftlichen Perspektive, die dem Neoliberalismus etwas entgegenzusetzen vermöchte. Damit wird der Vertretungsanspruch, über den sich diese Großorganisationen legitimieren, immer brüchiger. Um so mehr verweigern sie jegliche Diskussion und sind erstarrt im schon tragischen Versuch der Bestandssicherung. Tragisch, weil er in vielen Fällen auf dem Rücken von denjenigen geschieht, die in den Regionen für ihr eigenes Überleben und das Überleben ihrer Kooperativen und Kollektive kämpfen und auch von denjenigen, die einen Teil ihres Lebens eingesetzt haben für andere gesellschaftliche Verhältnisse. ●

In der nächsten Ausgabe wollen wir zum Abschluß dieser Serie ein Gespräch mit den Mitgliedern mehrerer Kooperativen wiedergeben, in dem es um Bewußtseinsformen und Entwicklungsperspektiven geht.

LEIPZIG LÄDT EIN:

Zum BesetzerInnenkongreß

Seit 1989 gab es in Leipzig eine Menge Hausbesetzungen, von denen immer noch einige existieren. Gegen die seit 1992 angewendete »Leipziger Linie«, die besagt, daß keine neuen Hausbesetzungen geduldet werden, konnte sich bisher noch kein neues Projekt durchsetzen. Um die Geschichte der BesetzerInnenbewegung zu reflektieren und Perspektiven zu diskutieren, lädt eine Vorbereitungsgruppe nach Leipzig zum BesetzerInnenkongreß vom 12. bis 14. Mai ein.

Kongreßvorbereitungsgruppe Leipzig ● Die »Alt«-Besetzungen wurden im Zuge der Straßenschlachten vom November 1992 in Leipzig-Connewitz, bis auf einige Ausnahmen, zu Mietvertragsabschlüssen gezwungen. Die »Leipziger Linie« akzeptiert, daß Menschen auf der Straße erfrieren, während es in dieser Stadt ca. 40.000 leerstehende Wohnungen gibt.

Die Situation gestaltet sich in vielen Städten ähnlich. Und auch die Situationen innerhalb einer jeden »BesetzerInnen-Szene« und ihrem Umfeld, die Probleme und Diskussionen sind ähnlich. BesetzerInnen-Räte scheitern und entstehen zu einem anderen Zeitpunkt, unter veränderten Bedingungen neu. BesetzerInnen streiten sich, ob sie mit Besitzenden und Behörden verhandeln oder ihnen die nackte Stirn bieten sollen. BesetzerInnen grenzen sich von ihren Nachbarn ab oder wollen mit ihnen gemeinsam leben und gegen verfehlte Wohnungspolitik der Herrschenden kämpfen.

Der Abschluß von Verträgen, die konsequente Repression des Staates gegen neue Besetzungsversuche, der Verlust der Motivation und etliche andere Punkte:

- ist die ehemalige Besetzerbewegung am Tiefpunkt?
- Welche Attraktivität und Notwendigkeit haben Hausbesetzungen heute für uns? etc.

Wir haben uns überlegt, einen bundesweiten BesetzerInnenkongreß durchzuführen, um mit möglichst vielen Leuten von außerhalb Grundzüge einer von Kontinuitäten und Brüchen gekennzeichneten »BesetzerInnenbewegung« noch einmal nachzuvollziehen, d.h. uns historische Momente zu vergegenwärtigen, ferner über (anderswo) oft besprochene Probleme und Perspektiven sowie Handlungsstrategien zu diskutieren.

Der Kongreß soll vom 12. bis 14.5.1995 in Leipzig stattfinden. Ein Kongreßreader ist in Vorbereitung, schriftliche Beiträge können bis zum 1.4.95 an folgende Anmeldeanschrift gesandt werden:

Vorbereitung BesetzerInnenkongreß, c/o Conne Island, Koburger Str. 3, D-04277 Leipzig, Tel./Fax. (03 41) 31 10 44

THESEN ZUR THEMATIK:

»Verweigerungshaltung und Freiraumkultur«

Diese Thematik umfaßt zunächst zwei Ebenen. Auf der einen Ebene spielt sich der Kampf um die Schaffung von sogenannten Freiräumen zur Realisierung von Strukturen ab, die als »Gegenwelt« zu dem begriffen werden, was die gesellschaftliche Norm darstellt. Eine wie auch immer näher beschriebene BesetzerInnenbewegung lebt neben dem Streben nach billigerem Wohnraum und gewaltsam erkämpften Mietverträgen für Einzelne auch meist von dem Wunsch, den Privatbereich »Wohnen« nicht länger als Reproduktionszelle in Form der verfassungsgemäß geschützten Ehe und Kleinfamilie zu sehen, sondern vor allem gemeinschaftliche Wohnformen auszuprobieren, die über die konventionelle Klein-WG hinausgehen. Daneben haben »Freiräume«, die im Laufe der Zeit mehr oder weniger stark vom Staat formalisiert wurden und denen die Rahmenbedingungen mittels Staatsgewalt und der Verhandlungsstrategien der EigentümerInnen und Besitzenden diktiert wurden, große Bedeutung für kulturelle Projekte: Einrichtungen wie Volxküchen und Kneipen, Druckereien und Kopierstuben, Fahrradwerkstätten, Kinderläden, Hundefrisiersalons etc. Gewohnt, getanzt, gekocht und gedruckt wird letztlich für sich selbst.

Die Ghettoisierung setzt ein und mit ihr die Überheblichkeit über die angeblich »Normalen« außerhalb des Ghettos, die uns zwangsläufig genauso bedrohlich erscheinen wie wir ihnen selbst. Derweil führt die Eigendynamik von Wohn- oder anderen Projekten oft auch dahin, daß gesellschaftliche Strukturen einfach reproduziert werden:

- in der großen WG findet sich schon eine große Schwester/ein großer Bruder, der für alles die Verantwortung tragen soll;
- ökonomische Projekte kommerzialisieren sich oder/und gehen nicht nur wegen der geringen Überlebenschancen mit Selbstausbeutung oder der Ausbeutung anderer einher.

Der Staat indes braucht kontrollierbare Nischen, in denen unsere Wut auf reale gesellschaftliche Verhältnisse und den Druck von oben kanalisiert werden kann. Ein Rückzugsgebiet ist erobert, aus dem heraus Bewegung zur gesamtgesellschaftlichen Kritik und sozial-politischer Aktion nicht mehr möglich ist.

Besetzungen zur Vergrößerung dieses Gebietes oder als Ersatz für verlorene Häuser werden immer weniger möglich, denn Besitzende haben ihre eigenen Interessen. Besetzungen haben maximal eine individuelle und eine kommunale Bedeutung. Kurzzeitiges (über)regionales Interesse wecken sie erst, wenn sie von besonders dreisten Bulleneinsätzen oder Repression begleitet werden.

Rückzug in die Nischen oder eine Politik, die an den realen gesellschaftlichen Realitäten in diesem Land orientiert ist? Verweigere ich mich nur der gesellschaftlichen Norm und lebe mich in meinen angeblich selbstbestimmten Freiräumen aus oder verweigere ich mich aufoktroyierten Zwängen? Verzichte ich auf (Kleingruppen-)egoistische Zugeständnisse des Staates und meiner selbst zu Gunsten einer breiteren, solidarischen Bewegung gegen Mietenwucher, Wohnraumspekulation und kommerzieller Umstrukturierung?

Kiezpolitik und Öffentlichkeitsarbeit

Dieser thematische Schwerpunkt ist natürlich nicht völlig losgelöst von »Verweigerungshaltung und Freiraumkultur«, »Projekte« und »BesetzerInnenräte« zu betrachten, besitzt jedoch eine eigene Bedeutung, welche sich zum Beispiel schon in einer Diskussion um das anzusprechende Zielpublikum des BesetzerInnenkongresses zeigte und bei der es darum ging, ob denn der »Nachbar« und die »Nachbarin« eines besetzten Objektes diesem zugerechnet werden können. Doch Unterschiede in den Auffassungen zu »Kiezpolitik und Öffentlichkeitsarbeit« entstehen schon in der jeweiligen Motivation für eine Besetzung. Besonders latent werden sie, ist diese Besetzung in ein Netzwerk anderer Projekte eingebunden, liegt also im sogenannten »Kiez«. Für viele wird dieser dann zur Ersatzheimat, in der sonst kritisierte gesellschaftliche Mißstände wegen übertriebenen Harmoniebedürfnissen weggeschwiegen, übersehen und geduldet werden.

Aus welchen Gründen soll nun aber der Bürger und die Bürgerin mit den Zielen und Vorstellungen der Besetzung agitiert werden? Ist diese nicht Ausdruck für eine grundlegende Differenz zwischen »alternativ denkenden Menschen« und »stillschweigend zustimmendem, nationalistisch angehauchtem Mob«? Ragt der »Kiezbürger« aus dem rassistischen deutschen Alltag heraus? Unterstützen die »einfachen Bürger« bei akuter Gefahr der Räumung ein besetztes Objekt? Ist die Orientierung auf den »normalen« Stadtteilbewohner nicht eine pure Vereinnahmung, die nicht zu rechtfertigen ist?

Aber Kiezpolitik ist auch der Umgang untereinander, unter BesetzerInnen und SymphatisantInnen und unterschiedlichen Projekten. Ist ein genereller Informationsaustausch notwendig und wie ist er zu gewährleisten? Einigt man sich auf eine einheitliche politische Linie im Kiez und wann ist der Zeitpunkt für Gegenwehrmaßnahmen gekommen? Wenn »der Typ von dort und dort« beim Drogendealen festgenommen wird? Wenn ein neues Einkaufszentrum errichtet werden soll?

Bei diesem Komplex handelt es sich um mehr als nur um die Wahl zwischen Abgrenzung und Einbeziehung, es geht auch um den Umgang mit Öffentlichkeit, sowohl der bürgerlichen als auch der szenespezifischen. So ist zumindestens bei akuten Gefahrensituationen bekannt, daß ein Einschalten der Öffentlichkeit – wie zum Beispiel bei anstehender Razzia oder Räumung – erfolgreich sein kann. Ebenfalls hat sich gezeigt, daß ein angekündigter Krawall sich in die Aufmerksamkeitsschemen der Medien und die Rezeptionsgewohnheiten der NutzerInnen hervorragend einpasst. Öffentlichkeit als Mittel und als Waffe? Ein negatives Medienbild positiv ausnutzen oder Beschränkungen auf die eigenen Möglichkeiten von Gegeninformation?
Eure Erfahrungen und Meinungen sind gefragt.

Rechtliche Möglichkeiten und Grenzen

Der einleitende Text unserer Einladung sagt ja schon, daß es zumindest in Leipzig keine neuen Hausbesetzungen gibt, da sofort geräumt wird. Es gibt aber in anderen Städten andere Erfahrungen oder Gesetzeslücken. Keine Frage, daß alle KongreßteilnehmerInnen Interesse daran haben zu erfahren, wie solche Gesetze umgangen werden können!

Da nun aber die meisten Hausbesetzungen »legalisiert« sind, stehen ständig Verhandlungen mietrechtlicher Art mit den städtischen Behörden und den Hauseigentümern an. Für die Verhandlungen ist es von Vorteil, genau informiert zu sein, was in den einzelnen Gesetzen und deren Auslegungen z.B. bezüglich Mieterhöhungen, Mietdauer, abverlangte Eigenleistungen und Unseriosität von Vertragsklauseln und Verträgen steht, um nicht total über den Tisch gezogen zu werden. Natürlich spielen hier alle »verhandlungsbegleitenden« Maßnahmen auch eine Rolle!

Desweiteren sollte darüber gesprochen werden, wie unproblematisch in einem Hausprojekt ein Treffpunkt mit Café oder Volxküche eingerichtet werden kann. Auch da gibt es Tricks, im Rahmen rechtlicher Möglichkeiten die Behörden zu ärgern!

Was für Rechte hat ein/e »Neu«-Hausbesetzer/in? Gemäß »Leipziger Linie« gar keine: Es wird im Auftrag der Stadt geräumt. Aber damit stehen auch schon die »Gesetzeshüter« parat. In so einem Fall ist es wichtig zu wissen, wofür man strafrechtlich verfolgt werden kann. Was für »Spiel«regeln sind einzuhalten, wo bekommt mensch Unterstützung, welche Paragraphen treffen zu? Sofort steht auch die Frage: Wann ist die Stadt, der Hauseigentümer verpflichtet, Ersatzwohnraum zu stellen? In dieser Arbeitsgruppe soll es möglich sein, solche Fragen zu klären.

Wenn dann immer noch Zeit ist, können auch noch Überlegungen angestellt werden, was es für Möglichkeiten gibt, im Kiez gegen das Umwandeln von Wohn- in Gewerberaum oder den Bau eines monströsen Geschäftshauses am Ende der Straße vorzugehen. Wir stellen uns vor, daß zu diesen Themen juristisch Gebildete und rechtsanwaltlich Erfahrene sprechen und Fragen beantworten.

BesetzerInnenrat

Nach unserer Vorstellung kommt ihm eine wichtige Rolle im Häuserkampf zu. So dient er der Abstimmung des Vorgehens der verschiedenen besetzten Häuser untereinander, insbesondere was Beratungen mit AnwältInnen und das Verhalten sowie die Verhandlungsstrategie gegenüber der Stadt angeht. Er ist ferner Anlauf- und Informationsstelle für die BesetzerInnen und dient dem Erfahrungsaustausch und der Beratung. Gleichfalls ist er Sprachrohr nach außen, was Verhandlungen mit der Stadt und die Schaffung einer Öffentlichkeit bzw. Mobilisierung der UnterstützerInnen angeht. Damit schafft er aber auch ein Gefühl der Stärke und Solidarität zwischen den HausbesetzerInnen und bewirkt so eine Geschlossenheit in der jeweiligen HausbesetzerInnenszene einer Stadt. Mit ihm stehen und fallen damit auch die Chancen für die BesetzerInnen ihre Häuser zu erhalten und ihre Projekte zu verwirklichen?

Gerade im BesetzerInnenrat treten allerdings auch die meisten Probleme auf, die zum Teil darin begründet sind, daß die einzelnen Häuser unterschiedliche Projekte durchführen wollen und unterschiedliche Vorstellungen, sowohl von ihrer praktischen Arbeit als auch vom Wie der Durchsetzung ihrer Projekte, gegenüber der Stadt haben. Ein leidiges Thema hierbei ist z.B. die Frage der Gewaltbereitschaft.

Häufig fehlt es auch an der gegenseitigen Akzeptanz der unterschiedlichen Gruppen untereinander, weil z.B. Gruppen nicht links genug sind oder in einigen Punkten Ansichten vertreten, die nicht mit der Mehrheit der im BesetzerInnenrat vertretenen Häuser konform gehen.

Vielfach kochen die einzelnen Häuser auch ihr eigenes Süppchen und beschäftigen sich mit eigenen Problemen, ziehen sich also in die Isolation zurück, anstatt Wert auf kollektives Handeln zu legen. Oft entstehen Probleme auch aus der Differenz zwischen Anspruchsdenken und Wirklichkeit, sowie in internen persönlichen Konflikten der BesetzerInnen untereinander, die in dem BesetzerInnenrat getragen werden, ohne Bezug zur eigentlichen Sache, wobei häufig das eigentliche gemeinsame Ziel, der Häuserkampf und die Schaffung von Freiräumen, völlig vergessen wird.

Zusätzliches Problem ist noch, daß die Arbeit des BesetzerInnenrates teilweise sehr zäh voran geht, daß einige Häuser wegen mangelndem Interesse nur sporadisch erscheinen, bis dann die ganze Sache vielleicht sogar völlig zum Erliegen kommt oder die Arbeit auf dem Rücken Weniger lastet. Dabei wäre der BesetzerInnenrat an sich auch ein geeigneter Szene-Treff für Diskussion und zur Organisierung von anderen Sachen und Aktion.

Eine Aufteilung in einzelne Arbeitsgruppen wäre dann überlegenswert. ●

Einige Leute aus der Vorbereitungsgruppe

HANF-ERNTE 1995

Blühende Republik

»Im Märzen der Bauer die Rößlein einspannt, er setzt seine Felder und Wiesen Instand...«, lautet die alte Volksweise. Zunehmend gesellen sich zu den Landwirten auch andere, der Feldarbeit sonst eher unverdächtige Elemente: Nur wer jetzt zur Schaufel greift, kann im Herbst seinen Joint rauchen.

Was für unsere Grundnahrungsmittel Gültigkeit hat, trifft auch auf »spezielle Genußmittel« zu: Frühling ist Saatzeit. Die Rede ist von Hanf in seiner feinsten Form, nämlich Cannabis. Bereits vor dem »Haschisch-Urteil« im April letzten Jahres haben Hobby-Gärtner dieses seit Menschengedenken genutzte Allround-Gewächs auch in unseren Breiten botanisch kultuviert. Der Vorteil: Selbst angebautes Gras ist nicht nur billiger, sondern auch ökologischer und bekömmlicher als die importierten Harz-Produkte. Der Anbau von Hanf wird daher immer mehr zum Volkssport, obwohl er offiziell in Deutschland nach wie vor genehmigungspflichtig ist. Ein Verstoß kann gemäß Paragraph 29 Betäubungsmittelgesetz geahndet werden. In der Praxis werden jedoch lediglich die Pflanzen konfisziert.

ÜBERALL ERHÄLTLICH:

Entgegen der lange Jahre weit verbreiteten Meinung gedeiht Hanf auch in hiesigen Breiten vorzüglich. Die Krux liegt allein in der genetischen Beschaffenheit des Samengutes. Auf diesem Gebiet sind, insbesondere in Holland, inzwischen durch Züchtung und spezielle Kreuzungen jedoch große Erfolge erzielt worden. Samen sind in »Headshops« oder über spezielle Versandfirmen (s. unten) legal erhältlich, da ihr Besitz straffrei ist. Gehandelt wird sowohl Saatgut für den Innenanbau (Kunstlicht) als auch für die Aufzucht im freien.

Hinsichtlich des Vorkeimens schwören Profis auf die »Wattemethode«: Hierbei werden die Samen zwischen zwei Lagen normaler Watte auf einen tiefen Teller gelegt, mit Frischhaltefolie abgedeckt (Treibhauseffekt) und an einem warmen, aber nicht heißen Ort plaziert. Wichtig ist, eine Luftzufuhr zu gewährleisten (durch Löcher, die in die Folie gestochen werden) und die Watte ständig feucht zu halten, am besten mittels Blumenspritze. Nach 2-3 Tagen bilden die keimfähigen Samen einen Wurzelansatz. Nun werden die Keimlinge schnellstens eingepflanzt (ca. 1-1,5 cm unterhalb der Bodenoberfläche) und zwar mit dem Wurzeltrieb nach oben.

TATORT HOBBYMARKT:

Für die Anzucht haben sich im Gartenhandel erhältliche Torftöpchen bewährt, da diese später ohne Umtopfen direkt in größere Behältnisse eingesetzt werden können. Über die rechte Beschaffenheit des Bodens kursieren vielfältige Theorien, Blumenerde, eventuell mit etwas Humus bereichert und zu einem Drittel mit feinem Sand vermichst, ergibt normalerweise einen ausreichenden Nährboden.

Da die wenigsten Anbauer hierzulande Cannabis im Freiland anpflanzen können, weichen sie in der Regel auf Töpfe aus. Die Wachstumsdauer – und damit der Ertrag – hängt maßgeblich davon ab, wie sich der Wurzelballen entwickeln kann. Es werden daher hauptsächlich große Behältnisse, ab 10l aufwärts, verwendet. Ins Freie dürfen die Pflänzchen erst, wenn kein Frost mehr droht. ●

Hans Hanf

Literatur und Samen sind z.B. erhältlich bei: Global, Postfach 1661, D-21306 Lüneburg

Aus: Schnüss, Das Bonner Stadtmagazin, Nr. 3/93

AUFRUF ZUR HANFSAAT 1995

Hanf: Schnellwachsender CO2-Speicher und Rohstoff für Kleidung, Papier, Öle, Brennstoff, Baustoffe, Nahrung, Arznei etc.

Hanf: Im Rahmen der Industrialisierung als Nutzpflanze völlig verdrängt.

Deshalb sät Hanf
um den Bemühungen zur Wiedereinführung des Hanfes (Canabis sativa) in Deutschland Nachdruck zu verleihen. Sät Hanfsamen ab April zu jeder sich bietenden Gelegenheit auf geeigneten Flächen (Verkehrsinseln, Kiesgruben, frisch geakkerte Flächen, Gärten, Parks, Mishaufen, Baustellen etc.)!

Aufruf kopieren und an Interessierte weitergeben! ●

PS: Die Samen nicht in Naturschutz/Landschaftsschutzgebieten und ähnlichen von Menschen nicht beeinflußten Flächen ausbringen. **Tips:** Kauft Hanfsamen in größeren Mengen in Märkten für Futtermittel.

Anonymer Aufruf aus FÖGA-Rundbrief 1/95

FREIWILLIG TÄTIGE IM SOZIALBEREICH UND IN ANDEREN BEREICHEN

UNBEZAHLTE ARBEIT

Freiwillig Ungleichheit befürworten

Noch haben wir in der Schweiz keinen Überblick darüber, wieviel Geld im Sozialbereich ausgegeben wird und welche Leistungen durch unbezahlte Arbeit erbracht werden. Wertvolle Instrumente und Grundlagen für eine wirksame und effiziente Gestaltung des Sozialbereiches, der Sozialplanung und -politik sind somit nicht vorhanden.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Isidor Wallimann u.a., Basel (CH) ● Die hier vorgestellten Resultate sind das Ergebnis einer erstmals durchgeführten nationalen (schweizerischen) Befragung und einer von der Hochschule für Soziologie in Basel durchgeführten Studie. Sie geben eine Übersicht über die auf nationaler Ebene geleisteten freiwilligen Arbeit, über die dort Tätigen und ihre Einsatzbereiche. 'Freiwillige Tätigkeit' bezieht sich hier auf jene Gratisarbeit, die im Auftrag einer öffentlichen Organisation geleistet wird. Nicht gemeint sind Nachbarschaftshilfe oder die von Frauen innerhalb der Familie gratis erbrachten Pflegeleistungen.

Die Kosten der Gratisarbeit im Sozialbereich

Das genaue Stundentotal der von Freiwilligen geleisteten Arbeit kann nur innerhalb einer gewissen Bandbreite beziffert werden. Dennoch, es ist beträchtlich. Aufgrund der beiden Studien liegt die durchschnittliche Einsatzzeit bei 8 Stunden pro Person und Monat. Nur ein relativ kleiner Teil der Bevölkerung zwischen 20 bis 85 Jahren ist freiwillig tätig, 23% laut nationaler Studie. Im Sozialbereich leistet etwa 10% der erwachsenen Bevölkerung Gratisarbeit. Auf die Kantone BL und BS übertragen, beträgt die Jahresleistung im Sozialbereich ca. 2,67 Mio Stunden. Die eigentliche Jahresleistung dürfte jedoch um bis zu 100% niedriger liegen. Denn die in der regionalen Studie befragten Organisationen geben an, ca. 7.500 Freiwillige zu beschäftigen. Bei einem Rücklauf von 59% ergibt die Hochrechnung, daß in den Kantonen Basel-Land und Basel-Stadt ca. 13.100 Freiwillige tätig sind. Die freiwillig Tätigen im Sozialbereich erbringen demnach in der Basler Region zwischen 0,72 Mio und 1,26 Mio Jahresstunden Gratisarbeit.

Bei der Berechnung des Frankenwert der entsprechenden Stundenleistungen wurde von folgenden Annahmen ausgegangen:

1) Die von Freiwilligen erbrachten Gratisleistungen könnten auch über den marktwirtschaftlichen Mechanismus eingekauft werden.
2) Sie verrichten qualifizierte und unqualifizierte Arbeiten. Für direkten und indirekten Lohnkosten ergibt sich so im Schnitt ein Stundensatz von 40 Fr.

Dieser Stundensatz ist aber nicht realistisch, da bei der freiwilligen Tätigkeit nicht mit der marktüblichen Produktivität gerechnet werden kann: Die freiwillige Tätigkeit entzieht sich einem Leistungsauftrag und aus arbeitsrechtlichen Gründen auch der Leistungskontrolle. Wann, wo, wieviel und wie regelmäßig Leistungen erbracht werden, wird von den Freiwilligen selbst bestimmt. Ein Stundenansatz von 40 Fr. erscheint eher hoch gegriffen. Wenn sich der Wert der freiwilligen Tätigkeit in der Region Basel nun zwischen 29 Mio bis 106 Mio Franken bewegt, dürfte er realistischerweise zwischen 29 und 50 Mio Franken liegen. Zum Vergleich: Die Gesamtausgaben des Basler Fürsorgeamtes betrugen 1991 28,1 Mio Fr.

Das Erscheinungsbild freiwilliger Tätigkeit

Freiwillig Tätige stammen aus privilegierten Verhältnissen. Die Unterschicht ist kaum vertreten. Aus Gründen der geschlechtsspezifischen Sozialisation und Arbeitsbiographien sind Frauen vorwiegend im Sozialbereich, Männer in andern Bereichen tätig. Die relativ privilegierte Situation der freiwillig Tätigen ist auf deren Einkommens- und Besitzverhältnisse, ihren Bildungstand und die ihnen zur Selbstbestimmung verfügbare Zeit zurückzuführen. Menschen mit einem geringeren Bildungstand erreichen in der Regel nicht dieselben Einkommen und Vermögen und haben keine Zeit, freiwillig tätig zu sein.

Die große Mehrheit der Privilegierten leistet natürlich keine freiwillige Gratisarbeit. Diejenigen, die es dennoch tun, besetzen in der Regel gute sozio-ökonomische Positionen und neigen wie jede Interessensgruppe dazu, ihre Privilegien zu erhalten oder zu verteidigen. Sie befürworten eher den marktwirtschaftlichen Mechanismus, der ihre Privilegien nützt. Eine Politik, die die Fehlleistungen des Marktes mit direkten Eingriffen in das Marktgefüge verhindern, oder durch eine existenzsichernde Verteilungspolitik nachträglich korrigieren will, wird von ihnen eher abgelehnt.

Soziale Probleme entstehen meist durch Armut und den Verlust an Privilegien. Nun erbringen ökonomisch gut Situierte freiwillig Dienstleistungen für ökonomisch Minderprivilegierte. 'Statushohe' helfen 'statustiefen' Individuen.

Gratisarbeit wird überraschenderweise in der mittleren Lebensphase geleistet. Gerade dann ist die Rollenvielfalt und -komplexität und damit auch die zeitliche Beanspruchung am größten. Menschen mit 'viel' Zeit sind demnach kein besonderes Rekrutierungspotential für die freiwillige Tätigkeit.

Als Motive der freiwillig Tätigen werden genannt: 'Anerkennung finden' und 'sozialen Kontakt haben'. Das Motiv 'soziale Kontakte haben', kann zur Überwindung eigener Isolation, Depression u.ä. dienen. In diesem Fall wird die freiwillige Tätigkeit zum Instrument, private Schwierigkeiten zu lösen. Der freiwillig Tätige kann so u.U. selbst Teil einer sozialen Problemgruppe sein. Ob bei einer solchen eigenen 'Problembetroffenheit' überhaupt adäquate Hilfe vermittelt werden kann, ist fraglich.

Die freiwillige Tätigkeit wird häufig als Mittel zum Zweck eingesetzt: zum Aufbau beruflicher Kontakte, von Bekanntschaften, Freundschaften, als Zugang zur Information oder Selbstpräsentation durch Massenmedien. Soziales Kapital dient dazu, angesichts von raren hohen Statuspositionen eine günstige Ausgangslage zu besetzen.

Privilegien sind schwer zu legitimieren. Die durch die freiwillige Tätigkeit gewonnene Ehre verschleiert gewissermaßen bestehende Ungleichheit und rechtfertigt privilegierte Positionen.

Die freiwillige Tätigkeit als sich verändernde Größe

In Zeiten zunehmender Knappheit werden die Bemühungen um soziales Kapital zunehmen. Freiwillig können dann nur diejenigen tätig werden, die trotz zunehmender Knappheit noch über genügend zeitliche und finanzielle Ressourcen verfügen. Ihr Einsatz muß sich aber auch weiterhin -lohnen- und seitens der Gesellschaft anerkannt werden. Nimmt mit der Knappheit auch die Ungleichheit zu, wächst einmal der Legitimationsdruck für bestehende Privilegien, zum anderen muß die Wertschätzung freiwilliger Tätigkeit ebenfalls wachsen, sonst wird sie nicht geleistet. Je mehr die Knappheit hingegen mit Gleichheit einhergeht, desto weniger freiwillig Tätige wird es geben. Freiwillige Tätigkeit zu ehren, heißt deshalb Ungleichheit zu befürworten.

Bei drastischer Zunahme von Ungleichheit und Knappheit werden immer weniger Menschen die für die Gratisarbeit notwendigen zeitlichen und finanziellen Ressourcen aufbringen können. Das Gesamtvolumen der freiwilligen Tätigkeit verringert sich. Immer mehr Menschen werden auf die Ansammlung von sozialem Kapital verzichten. Bei einer Verarmung der Mittelschicht versiegt die Quelle freiwillig Tätiger. Nur noch die Oberschicht kann sich Gratisarbeit leisten. Dieses Muster ist uns aus der Sozialgeschichte bekannt, sei es aus unserer eigenen Modernisierungsgeschichte oder derjenigen der heutigen Entwicklungsländer.

Der Geschichtsvergleich zeigt auch, daß freiwillige Tätigkeit bei großer Knappheit und stagnierender Ungleichheit schwindet. Für die realsozialistische Erfahrung gilt: Verteilung des Mangels bei gleichzeitiger Existenzsicherung. Bei Modernisierungsstrategien ohne existentielle Grundsicherung und Verteilung der Knappheit/Überschüsse bildet sich die freiwillige Tätigkeit nicht vollkommen zurück.

Wenn die freiwillige Tätigkeit zur Angelegenheit der Oberschicht wird, muß mit einer Polarisierung der politischen Haltung der verbliebenen Freiwilligen gerechnet werden. Einige Freiwillige werden aus karitativen Motiven weiterhin Gratisarbeit leisten, andere gehen aus dem Anspruch nach sozialer Gerechtigkeit in die Opposition und versuchen die politischen und ökonomischen Rahmenbedingungen der Gesellschaft zu verändern.

Die Elite wird gespalten und die freiwillige Tätigkeit als karitativ lückenfüllende Arbeit hinterfragt. Diesem Problem sollten sich die aus der Mittelschicht stammenden Freiwilligen stellen.

Ist freiwillige Tätigkeit notwendig?

Die freiwillige Tätigkeit sollte sich selbst abschaffen. Sonst kann ihr zu Recht vorgeworfen werden, sie ziehe Nutzen aus der Ungleichheit. Minderprivilegierte könnten mit den Rechten und Ressourcen ausgestattet werden, die ihnen eine sozial und ökonomisch unabhängige Existenz ermöglichen. Zurück zur eingangs aufgestellten Berechnung: 0,72 Mio. Jahresstunden Gratisarbeit entsprechen einem Beschäftigungsvolumen für 400 Arbeitslose. Das sind etwa 10% der im November 1992 registrierten Arbeitslosen der Stadt Basel.

Die Politik sollte den Weg der präventiven Umverteilung von Geld und bezahlter Arbeit statt der Kompensation durch freiwillige Tätigkeit beschreiten. Nach wie vor ist in Gesellschaften mit entwickelter Lohnarbeit der Zugang zum Arbeitsmarkt Grundlage jeglicher Existenzsicherung. Wird Existenzsicherung angestrebt, ist Arbeitszeit zu verteilen. Dadurch könnten auch beträchtliche aus der Finanzierung von Arbeitslosigkeit entstandene Folgekosten eingespart werden. Je nach Lebenslage ist zur Existenzsicherung eine den Arbeitsmarkt ergänzende finanzielle Umverteilung nötig.

Die Mittel- und Oberschicht kann zur Existenzsicherung Geld und/oder bezahlte Arbeitszeit abgeben. So können nach erfolgter Umverteilung viele der heute von Freiwilligen erbrachten Dienstleistungen direkt über den Markt eingekauft, bezahlt und damit auch kontrollierbar werden.

Ob der Einsatz von freiwillig Tätigen aus arbeitsmarkt- und sozialpolitischer Sicht klug ist, bleibt fraglich. Denn Freiwillige leisten wenig spezialisierte Arbeit. Sie erbringen Dienstleistungen, die in der Regel über den Markt mittels verschiedener Arbeits- und Auftragsverhältnisse eingekauft werden können. In Zeiten hoher Arbeitslosigkeit kann der Abbau von freiwilliger Tätigkeit – bei gleichzeitiger Umverteilungspolitik – sozialpolitisch und ökonomisch vorteilhafter sein als freiwillige Tätigkeit auszuweiten. Wenn überhaupt, ist freiwillige Tätigkeit nur dann sinnvoll, wenn Maßnahmen zur wirtschaftlichen und sozialen Existenzsicherung nicht gebraucht werden. ●

1995
punkt um
SPIEL KULTUR PÄDAGOGIK
Fortbildung *Management*
Führung im Team 20./21. April
Selbstmanagement im Arbeitsalltag (Bildungsurlaub) 24. bis 28. April
Europa - Förderung 8. Mai
Organisationsaufbau und -entwicklung 18. Mai
Marketing & Fundraising 5. Juni
Dies alles (und noch viel mehr) bietet punkt.um 1995.
Jetzt Fortbildungsprogramm anfordern:
Landesarbeitsgemeinschaft Kulturpädagogische Dienste NRW e.V. (LKD), Luisenstraße 22, 59425 Unna, Tel. 02303/69324, 65618 Fax 02303/65057

ARBEIT NEU BEWERTEN

UNBEZAHLTE ARBEIT

Für menschenwürdige Arbeitsverhältnisse

WAS HEISST HIER ARBEIT?

Wenn jemand von »Arbeit« spricht, z.B. davon spricht, »arbeiten zu gehen«, so ist immer Erwerbsarbeit gemeint, also bezahlte Arbeit. Das heißt umgekehrt, die Alltagssprache grenzt die unbezahlte Arbeit aus dem Bewußtsein aus. Was keinen Marktwert hat – die ganze Hausarbeit, die Konsumarbeit bishin zur Müllentsorgung, die Pflege- und Betreuungsarbeit und das politische Ehrenamt –, scheint nicht existent zu sein. Wenn jemand seine Stelle verliert, wird er als »arbeitslos« charakterisiert. Feministinnen sind da viel sprachgenauer. Sie bezeichnen sich als »erwerbslos«, denn sie haben erfahren, daß ihre unbezahlte Arbeit mit der Erwerbslosigkeit nicht aufhört, im Gegenteil, meist sogar zunimmt. Dieser aus dem Bewußtsein ausgegrenzte Teil der Arbeit macht mehr als die Hälfte der gesellschaftlichen Gesamtarbeit aus. Und eben dieser Teil wird ganz überwiegend von Frauen geleistet. Es ist unschwer zu erkennen, daß sowohl der Familienmann als auch der Unternehmer an dieser Unsichtbarmachung interessiert sind.(...)

Die Arbeitsbewertung ändern

Gleichzeitig mit der Änderung der (geschlechtshierarchischen: Anm. der Red.) Arbeitsteilung müssen die Bewertungen und die Organisation von Arbeit geändert werden. Änderungen der Arbeitsbewertung meint sowohl die Änderung der derzeitigen Entgeltungsstrukturen als auch die Änderung der Bewertung derzeit unbezahlter Arbeit. Das heißt aber nicht unbedingt »Lohn für Hausarbeit«, sondern zielt auch auf die Änderung von Anrechten aus dieser Form der Arbeit (kostenlos zur Verfügung stehende Infrastruktur, garantierte Grundsicherung u.a.). (...)

Neubewertung des Verhältnisses von bezahlter und unbezahlter Arbeit

Die Neubewertung des Verhältnisses von bezahlter und unbezahlter Arbeit setzt voraus, daß dieses Verhältnis zuerst einmal überhaupt zur Kenntnis genommen, reflektiert und die Ergebnisse in eine öffentliche Debatte eingebracht werden. Das geschieht bisher weder in der Wirtschaftspolitik noch in der Arbeitsmarktpolitik, weder in Zeitungen noch im Fernsehen, weder bei Gewerkschaften noch bei den Unternehmern. Das Verhältnis von bezahlter und unbezahlter Arbeit bestimmt sich erstens durch die Art und Weise, wie diese beiden Arbeitsformen aufeinander angewiesen sind, zweitens durch die jeweiligen unterschiedlichen quantitativen Anteile und drittens durch ihre qualitativ unterschiedlichen Gewichtungen bzw. Bewertungen untereinander, je nachdem ob profit- oder bedarfsorientierte Ziele in der Gesellschaft vorherrschend sind, und viertens durch die jeweiligen Arbeitsinhalte, die wiederum auf die Form der Arbeit Einfluß haben.

Es wird m.E. immer bezahlte und unbezahlte Arbeit

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

geben. Sie sollte aber unter Männern und Frauen gleichmäßig sowohl als bezahlte wie auch als unbezahlte Arbeit aufgeteilt werden. Wichtig ist, daß die Summe von bezahlter und unbezahlter Arbeit hinreichen muß für eine eigenständige Existenzsicherung jeder einzelnen Person. Das setzt voraus, daß die beiden Formen von Arbeit als zusammengehörig gehandelt werden. Ansätze zu solchen Überlegungen gibt es derzeit nur in der Diskussion um eine garantierte Grundsicherung für alle, die vor einigen Jahren noch relativ breit und mit unterschiedlichen Modellen geführt wurde (z.B., Opielka/Vobruba 1986), inzwischen aber selbst bei den Grünen auf die Absicherung spezieller Problemgruppen beschränkt wurde: die Alten, die Mütter und Erwerbslosen. Damit wird der Effekt, den eine solche Grundsicherung für alle in Verbindung mit anderen Infrastrukturmaßnahmen (Mehr-Ebenen-Ansatz) haben könnte, zunichte gemacht.

Makro-ökonomische und ökologische Effekte einer neuen Arbeitsbewertung

Derzeit wird Arbeit nach dem Prinzip »profitorientierte Kostenminimierung« bewertet, was z.B. dazu führt, daß viele Frauen sogar bei Vollzeit-Erwerbstätigkeit keinen angemessenen existenzsichernden Lohn erreichen. Dieses Bewertungsprinzip gibt auch kein Kriterium her, um sinnvolle und notwendige von überflüssigen oder schädlichen Produktionen zu unterscheiden. Würde dagegen die Bewertung eingesetzter Arbeitskraft gekoppelt mit demokratisch entwickelten Kriterien von sinnvoller und notwendiger Produktion und sinnvollen und notwendigen Dienstleistungen, würde dies sowohl ökonomisch als auch ökologisch zu ganz anderen Ergebnissen führen. Mit einer solchen Bewertungsstruktur ließen sich umwelt- und kulturzerstörende Entwicklungen zurückdrängen und überflüssige oder wenig nützliche und lebenszerstörende Arbeitsergebnisse vermeiden. Gegewärtig wird jedoch die Arbeit, die am notwendigsten für unser Überleben ist, am geringsten oder gar nicht bezahlt. Sie bietet also keine Basis für eine eigenständige Existenzsicherung.

Die Umkehrung dieser Wertung würde z.B. bedeuten, daß diejenigen, die erst noch beweisen müssen, daß ihre Marktangebote lebenserhaltend und sinnvoll sind, diese Entwicklungs- und Eroberungsarbeit unbezahlt leisten müßten: die Waffenschmiede, die Genforscher, die Spezialisten für künstliche Intelligenz oder für internationale Verschuldung usw. Das würde die männliche Technikbesessenheit mildern und den »Wachstum-Wachstum-über-alles-Chor« auf pianissimo bringen.

Die Neubewertung von Arbeit erscheint mir für die Neugestaltung von Arbeit insgesamt der wichtigste, kompizierteste und weitreichendste Punkt zu sein. Es tangiert alle gesellschaftlichen Breiche. Die Bewertung entscheidet nicht nur über das Was und Wie der Arbeit, sondern auch über die Verteilung.(..) Wir werden zu neuen Lernprozessen gezwungen sein, z.B. den öffentlichen Diskurs zu führen über das, was sinnvoll und notwendig ist. (..)●

Carola Möller

Auszug aus feministische Beiträge zur Theorie und Praxis, Nr. 29 (Trotz Fleiß kein Preis), Köln 1991, Über das Brot, das Euch in der Küche fehlt, wird nicht in der Küche entschieden, S. 16 ff)

KOMMENTAR:

Gipfelmanie 1995

Auch im Jahr 1995 zieht sie wieder, die Gipfelkarawane. Vom Weltsozialgipfel in Kopenhagen nach Berlin zum Klimagipfel, von dort nach Halifax, wo sich die großen Sieben treffen und weiter zur Weltfrauenkonferenz nach Peking. Zuletzt wird sie im Oktober in New York ankommen, wo sich die »international community« zur Feier des 50. Jahrestages der Vereinten Nationen vereint. Alles klar? Oder wird die notwendige Bearbeitung globaler Probleme zur bloßen Gipfelmanie pervertiert?

In rosigen Farben wie schon lange nicht mehr malte der »Wirtschaftsausblick« der OECD kurz vor Weihnachten die absehbare Zukunft der industrialisierten Welt. Zwar werde die Arbeitslosigkeit nur minimal zurückgehen. Doch könnten sich die kapitalistischen Industrieländer in den kommenden beiden Jahren starker Wachtums- und niedriger Inflationsraten gewiß sein. Gefahr drohe lediglich von der Geldpolitik, die einen gefährlichen Balanceakt zwischen der Skylla der drohenden Überhitzung und der Charybdis einer abgewürgten Konjunktur bewältigen müsse. Eine »goldene Gelegenheit« also, um die langfristigen Probleme anzugehen, wie die OECD-Ökonomen behaupten?

Nachdem die internationalen Umweltpolitiker das Abrücken von ihren großspurigen Versprechen in Rio 1992 mit den Sachzwängen der internationalen Rezession begründet haben, sollte man meinen, jetzt, im Zeichen einer ökonomischen Erholung, stünde auch einem ökologiepolitischen Aufschwung nichts mehr im Wege. Aber Pustekuchen! Wir sind mit einer anhaltend schleppenden Konferenzdiplomatie konfrontiert, die über wohlklingende Absichtserklärungen kaum hinaus kommt. Offensichtlich degradiert eine konjunkturelle Krise ökologische und soziale Belange in der politischen Sphäre zum Mauerblümchendasein. Im Rahmen eines konjunkturellen Höhenflugs passiert aber auch nicht viel mehr. Die allenthalben zu beobachtende politische Stagnation ist daher mehr als nur Ausdruck mangelnder wirtschaftlicher oder finanzpolitischer Handlungsspielräume.

Mit der Krise, die sich keineswegs in normalen periodischen Rezessionen erschöpft, hat sich die gesellschaftliche Dynamik weltweit vom Staat auf den Markt verschoben, mit weitreichenden Konsequenzen für das politische Koordinatensystem. Der »capitalisme généralisé« (Michel Beaud) zeigt wieder sein »normales« Gesicht. Auf dem Sozialgipfel zeigt sich besonders deutlich, wie diametral entgegengesetzt schon die Ausgangspunkte sind, von denen aus die Probleme identifiziert werden.

Während Sozialverbände und Nichtregierungsorganisationen (NGOs) den Sozialgipfel für einen Durchbruch zu einer neuen globalen Sozialstrategie nutzen wollen, was den Bruch mit dem neoliberalen Paradigma der Strukturanpassung voraussetzt, werden die »mainstream«-Ökonomen nicht müde zu fordern, daß die Malaise mit noch einer zusätzlichen Dosis von denselben Ingredienzien »bekämpft« werden müsse, die bereits zu ihrer Verschärfung beigetragen haben: also vor allem noch mehr Deregulierung der Wirtschaft, noch mehr »Flexibilisierung« der Arbeitsmärkte, noch mehr Anpassung an die »Sachzwänge« des Weltmarktes. Unter dieser Prämisse ist von Gipfelkonferenzen, so sympathisch ihre Themen auch formuliert sein mögen, kaum etwas zu erwarten.

Auch wer in dieser Situation umstandslos auf »die Zivilgesellschaft« setzt, wird sein blaues Wunder erleben. Denn in dem Maße, wie der Markt weltweit den Staat verdrängt, wird auch jener »vorstaatliche Raum« (als den Gramsci die Zivilgesellschaft definierte) zur reinen »Marktgesellschaft« (Elmar Altvater), in der die Vertreter des Kapitals allemal die Oberhand behalten.

Auf dem Sozialgipfel droht sogar ein Rollback: Die befürchtete Akklamationsveranstaltung könnte von interessierter Seite dazu benutzt werden, den seit 30 Jahren bestehenden Pakt für wirtschaftliche und soziale Rechte zu verwässern und so die Arbeit der ILO bzw. die Durchsetzung von elementaren Sozialstandards noch mehr zu gefährden. Auch ein nachträglicher sogenannter »Follow-up-Prozeß« ist nicht in Sicht, da dies die Verabschiedung von überwachenswerten Verpflichtungen voraussetzen würde, an deren Zustandekommen selbst die Propagandisten nicht so recht glauben.

Wer heute angesichts der Globalisierung der Ökonomie und der Globalisierung von Problemen der politischen Gestaltung zu ihrem Recht verhelfen will, ist deshalb mehr denn je auf den Aufbau von Gegenmacht, auch und vor allem im internationalen Raum verwiesen. Im Rahmen des Sozialgipfels wäre dies z.B. die Selbstorganisation von Betroffenen in regionalen Armutskonferenzen. Dies ist freilich leichter gesagt als getan. Doch gibt es hierzu keine Alternative: So mühsam es ist, die Probleme auf die lokale Ebene »herunterzubuchstabieren«, um Handlungsperspektiven vor Ort zu gewinnen, so notwendig ist es, auch umgekehrt, gleichsam von unten nach oben, die globale Ebene als Handlungsfeld zu erschließen. Dabei wird es zunächst darum gehen, die Fähigkeit zur gemeinsamen Absprache, Koordination und Zielbestimmung zu verbessern, um künftig einen neuen Weg der sozialen und ökonomischen Entwicklung mitbestimmen zu können.

Wenn NGOs und soziale Bewegungen die Gipfelkonferenzen in diesem Sinne als katalytische Punkte zu nutzen verstehen, können sie längerfristig mehr erreichen, als wenn sie sich mit einem »taktischen Realismus« (Rudolf Bahro) begnügen, der den Blick für die Ursachen der Probleme verschüttet. Den internationalen Konferenzdiplomaten sind ohne Zweifel ausgeprägte Züge von Gipfelmanie nicht abzusprechen. Aber zugleich zeugt die Existenz dieser Spezies eben auch davon, daß der weltweite Regelungsbedarf objektiv selten so groß gewesen ist wie heute.

Was heute (immer noch) am stärksten gegen den Kapitalismus spricht, ist die von ihm erzeugte Verbindung von ökologischen Krisen und sozialer Polarisierung. Doch nicht nur für die Welt von Kapital und Arbeit gilt: »Der Internationalismus hat die Fronten gewechselt. Solange die Linke auf diesem Gebiet nicht die Initiative zurückgewinnt, kann sich das gegenwärtige System sicher fühlen« (Perry Anderson).●

Rainer Falk (WEED)

(Leicht aktualisierte Fassung aus: Informationsbrief Weltwirtschaft & Entwicklung, Januar 1995. Bezug: WEED, Berliner Platz 1, D-53111 Bonn)

Diesen Kommentar haben wir der Februarausgabe von »Blätter des iz3w«, Nr. 203/95 entnommen.

Anzeige

GEGENSTANDPUNKT
Politische Vierteljahreszeitschrift 1-95

Die Moral auf dem Vormarsch - die Patrioten machen mobil
Woher kommt und wie geht Rassismus?
Wahlsieg der Republikaner in den USA
Der Fundamentalismus einer angegriffenen Weltmacht und ihr Rezept
Der islamische Fundamentalismus
Die PDS will ganz bundesdeutsch werden
Alltag im deutschen Klassenstaat
Die Erledigung der sozialen Frage heute
NATO-Osterweiterung
Die Fortschritte eines imperialistischen Zugriffsprogramms
Der Balkankrieg und seine Betreuer
Die NATO zwischen UNO-Abzug, wirksamer Einmischung und Kriegseintritt
Italien: Von der Regierungs- zur Dauerkrise
„Marktwirtschaft und Demokratie" in Rußland

ISSN 0941-5831 DM 20,- /Abo 80,-- Erhältlich im Buchhandel oder beim GEGENSTANDPUNKT-Verlag, Türkenstr. 57, 80799 München, Tel: (089) 272 16 04

INTERVIEW

UNBEZAHLTE ARBEIT

»Lust, sich einzumischen«

Soll politische Arbeit bezahlt werden oder nicht? Für basisdemokratische Einmischung des eigentlichen Souveräns in öffentliche Angelegenheiten plädiert unser Interviewpartner Jochen Esser, 44 Jahre, ehemals Vorstandsmitglied- und Bundestagskandidat von Bündnis 90/Die Grünen in Berlin.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

CONTRASTE: Jochen, bist du Experte für unbezahlte Arbeit?

Jochen: Nein, aber ich leiste seit über 20 Jahren unbezahlte Arbeit im politischen Bereich.

Was für unbezahlte Arbeit ist das?

Eigentlich ist es politisches Engagement. Die konkrete Arbeit besteht im Organisieren, Texte verfassen, der Vorbereitung und Teilnahme an Demonstrationen, Diskussionen, etc. Man kann das von zwei Seiten betrachten.

Die alten Griechen unterschieden – grob gesprochen – zwischen Arbeiten, Herstellen und Handeln. Arbeit waren die mehr reproduktiven, sich wiederholenden Tätigkeiten. Die Hausarbeit aber auch die Landwirtschaft gehören dazu. Herstellen hießen die Tätigkeiten, bei denen ein Gegenstand geschaffen wurde, sie umfassten handwerkliche Tätigkeiten aber auch die Kunst. Diese Tätigkeiten waren verachtet und wurden in der Regel von Frauen und Sklaven verrichtet. Der Polisbürger aber widmete sich dem Handeln, d.h. der Politik und den öffentlichen Angelegenheiten. Da die griechische Gesellschaft auf Sklavenarbeit fußte, konnte der freie Polisbürger natürlich bequem der Beschäftigung mit Politik nachgehen. So gesehen war und ist demokratisches Engagement gar keine Arbeit und kann nicht als unbezahlte Arbeit bezeichnet werden.

Andererseits leben wir heute in einer Arbeitsgesellschaft, in der sich alle über die Arbeit ernähren müssen und Politik zu einem speziellen Beruf innerhalb der gesellschaftlichen Arbeitsteilung geworden ist. Das demokratische, gesellschaftliche Engagement ist professionalisiert worden. Da kümmern sich dann die Berufspolitiker drum, der eigentliche Souverän, der Demos, ist zum Konsumenten dieses Servicebetriebes geworden, macht alle vier Jahre sein Kreuz und hält ansonsten die Klappe.

Das ist schwer zu entscheiden: Entweder du machst Politik zum Beruf und reduzierst das allgemeine demokratische Engagement auf die Auswahl des professionellen Personals bei Wahlen, oder du strebst die basisdemokratische Einmischung des Demos in die öffentlichen Angelegenheiten an, hältst also – griechisch gesprochen – am handelnden Polisbürger fest, dann bedeutet das in heutiger Terminologie, daß die Bürgerinnen und Bürger unbezahlte politische Arbeit leisten müßten.

Welchen Nutzen ziehst du aus deiner politischen Arbeit?

Ich habe vor 30 Jahren als Schülervertreter angefangen, der zunächst für nichts anderes gut war, als das Milchgeld in den Pausen einzusammeln. Dann erkannte ich, daß es auch darum ging, die Interessen der Schüler gegenüber dieser Administration zu vertreten; das waren ja auch meine Interessen. Der Wunsch, Einfluß zu nehmen, ist ja das Lebenselexier jeder zivilen Gesellschaft und gehört für mich im Sinne des genannten Polisbürgers einfach zum Menschenbild und zumindest meinem Selbstbild dazu. Sicherlich spielt auch Spaß an öffentlichen Auftritten mit. Die Lust, sich zu präsentieren, sich einzumischen und die Welt zu gestalten teile ich ja mit vielen Menschen, die bei allen möglichen Vereinen, bei Frauenprojekten, Umweltgruppen etc. tätig werden.

Vor dem Hintergrund der wachsenden Arbeitslosigkeit fordern viele Projekte eine Bezahlung ihrer unbezahlten Tätigkeiten. Was hältst du davon?

Bei einer politischen Partei geht das überhaupt nicht. Die bleiben auf ehrenamtliches und freiwilliges Engagement angewiesen. Auf der anderen Seite gibt es den gesamten Bereich der sozialen Arbeit, der ursprünglich aus dem Selbsthilfeaspekt der neuen sozialen Bewegungen entstanden ist. In den Betroffenenorganisationen wurde bemerkt, daß Selbsthilfeaktivitäten auch als vom Staat unterlassene Dienstleitungen angesehen werden können, die entsprechend bezahlt werden müßten. Das ist auch richtig so. Es ging damit aber eine ähnliche Veränderung einher, wie ich sie oben für die Politik beschrieben habe. Es ging nicht mehr um die Organisation von Betroffenen, sondern um die Entwicklung von Angeboten für Betroffene. Es steht nicht mehr der kollektive Zusammenhang im Vordergrund, sondern es entsteht auch in den Projekten das traditionelles Verhältnis zwischen professionellen DienstleisterInnen und KlientInnen, die das Angebot in Anspruch nehmen.

Es bleibt die Frage, ob der Staat jede Form gesellschaftlicher Selbstorganisation finanzieren kann und soll, z.B. jeden Fußballverein. Wollen wir die Bezahlung aller Tätigkeiten, die im weitesten Sinne gesellschaftliche Bedürfnisse befriedigen, was – konsequent zu Ende gedacht – in der totalen Kommerzialisierung aller menschlichen Beziehungen endet?

Während früher die Alternativbewegung auf die Herstellung kommunitärer Lebensverhältnisse ausgerichtet war, geht es heute eher in Richtung Durchkapitalisierung aller Lebensverhältnisse einschließlich des Verhältnisses zur Natur. Das hat den Realismus auf seiner Seite, führt aber z.B. dazu, daß im grünen Parteiprogramm die Natur zum Zweck des Umweltschutz mit Preisschildern in Form von Ökosteuern versehen wird.

Ich denke, wir müssen wieder lernen zu differenzieren, wo wir soziale Selbstorganisation zur Dienstleistung entwickeln wollen und wo nicht.

Von Regierungsseite werden erhebliche Gelder in den Hightech-Bereich gepumpt. Was aber fehlt, ist ein Entwicklungsfonds für soziale Dienstleistungen. Wie steht Ihr dazu?

Natürlich könnte man für eine Art Grundlagenforschung im Sozialbereich eintreten. Andererseits ist es innerhalb der von Dir angestrebten kapitalistischen Dienstleistungslogik auch legitim zu sagen, jeder soll sein Risiko selbst tragen. Wenn ich z.B. eine Dienstleistung anbiete, muß ich auch vorab auf eigenes Risiko investieren. Eine angenommene Dienstleistung erzielt anschließend genauso Einnahmen wie eine später anerkannte, zunächst aber auf eigene Rechnung entwickelte Erfindung oder Geschäftsidee.

Ich fürchte mit diesem Argument muß man rechnen, denn der Einfluß von Menschen aus dem Sozialbereich auf der politischen Ebene ist angesichts von Arbeitslosigkeit und Konkurrenz unter den Projekten nicht besonders groß. Das sind äußerst schlechte Voraussetzungen, um eine Vorfinanzierung in diesem Bereich durchzusetzen. Auch bei der Existenz eines solchen Topfes würde es Gruppen geben, die soziale Dienstleistungen ohne Anschubfinanzierung anbieten würden, wenn sie Aussicht auf einen gesicherten Arbeitsplatz hätten.

Zum garantierten Mindesteinkommen für alle. Es gibt Überlegungen, unbezahlte Arbeit hier anzurechnen. Dadurch soll der Übergang von unbezahlter in bezahlte Arbeit erleichtert werden.

Das halte ich für sinnvoll. Wir müssen uns aber darüber klar sein, daß dann wie in den USA minderbezahlte Tätigkeiten im konsumnahen und sozialen Bereich en masse entstehen. Hausmädchen- und Putzjobs werden sich ausbreiten, Leute werden dir für Minilöhne Einkaufstüten vom Supermarkt nach Hause tragen, Essen ins Haus liefern und auch im Bereich sozialer Betreuung tätig werden. Nur bei gleichzeitiger Einführung eines garantierten Mindestlohns ließe sich das vermeiden.

Wie ist die Arbeit der Projekte vor dem Hintergrund des alles beherrschenden kommerziellen Zeitgeistes heute zu bewerten?

Die Projekte liegen voll im Trend der allgemeinen gesellschaftlichen Entwicklung und ich weiß nicht, ob ich das gutheißen oder kritisieren soll, wie Du gesehen hast. Ich kann nur für mich persönlich sagen, daß ich es anders mache. Ich schreibe niemandem Rechnungen für Putzen, Kochen, Waschen oder kluge Ratschläge und habe auch nicht vor, demnächst damit anzufangen. Ich lese, schreibe und veröffentliche weiterhin ohne Honorar und mache weiter unbezahlt Politik, weil ich schlicht Dinge durchdenken, mich zu ihnen öffentlich äußern und sie verändern will, auch ohne Professor, Schriftsteller, Journalist oder Politiker zu sein. Es ist mir eben nicht gelungen, mein Hobby zum Beruf zu machen, und ich akzeptiere das. Wenn sich das unverhofft mal ändern sollte, würde ich natürlich nicht Nein sagen. ●

Das Interview führte Ricarda Buch, Red. Berlin

REZENSION:

Die ausgeblendete Grundlage der Ökonomie

Das vorliegende Buch ist das zweite der Frauengruppe Projektgruppe Ethik im Feminismus, die aus der Initiative von sechs Theologinnen entstanden ist und die sich ab 1991 in teilweise neuer personeller Zusammensetzung ein Projekt mit dem Arbeitstitel »Feministische Denkverbote« vorgenommen hat. Als eines dieser Denkverbote wurde die Ökonomie gewählt, eine Tagung dazu durchgeführt. Mit diesem Projekt sollen Frauen »gezielt in den Mittelpunkt unseres Denkens« gestellt werden.

Den Autorinnen geht es um eine Auseinandersetzung mit ökonomischem Denken, indem die -Weiberwirtschaft, die ausgeblendete Grundlage der Ökonomie- (Titel des ersten, gemeinsam geschriebenen Artikels) zur Sprache gebracht wird. Dies geschieht auf drei Arten: indem die Autorinnen davon schreiben, wie Weiberwirtschaft ausgeblendet wird, wie sich Frauen selber fremd vorkommen, wenn von Ökonomie die Rede ist, einerseits und andererseits, indem sie sich -selber- als Frauen zur Sprache bringen. Weiberwirtschaft wird in der Ökonomie zum Verschwinden gebracht, indem sie trivialisiert wird, als natürlicher, nicht ökonomischer Bestandteil der Ökonomie des -weißen, erwachsenen, besitzenden Mannes-, die ihrerseits zum Wichtigen und zum gesellschaftlichen Fortschritt überhöht wird. Gleichzeitig suchen die Autorinnen in der ökonomischen Erfahrung des ausgeblendeten -Anderen- nach antikapitalistischen und befreienden Elementen, die zu neuen ökonomischen Prinzipien führen könnten.

Was ist Weiberwirtschaft und wovon sprechen die Autorinnen, wenn sie -von uns selber- sprechen? -Jede von uns weiß, daß Frauen miteinander in Tauschverhältnissen stehen, die nur zum Teil über das angeblich universale Tauschmittel Geld vermittelt sind: wir geben Zuwendung im Tausch für Kinderbetreuung, für praktische Ratschläge, für Kochrezepte, für Mehl, für Geld, für Autobenützung, für Blumengießen in Ferienzeiten, für Geborgenheit ... Diese endlose Kette ist Weiberwirtschaft. Weiberwirtschaft ist noch viel mehr: eine Ökonomie, die wir mit Lust und Energie erforschen werden- (Seite 26). Nach dem Lesen dieser Sätze habe ich mich gefragt, ob das was zwar an anderer Stelle als Reduzieren der Frauen auf das traditionell Weibliche kritisiert wird, so nicht wieder reproduziert wird. Wie kommt es, habe ich mich gefragt, daß die Autorinnen, obwohl alle als Akademikerinnen tätig, nur einen Teil des eigenen Frauenlebens zur Sprache bringen? Weil der andere Teil, ihre Ausbildung nämlich und die damit verbundenen (Erwerbs)Tätigkeiten, die am Schluß unter der Rubrik -Zu den Autorinnen- aufgelistet sind, nicht zum Weiberleben, -zu unseren Erfahrungen, Bedürfnissen und Wünschen- gehört? Was denkt frau, wenn frau denkt?

Die Gruppe hat zwar ihre Arbeit zur Ökonomie mit einer Diskussion über Geld begonnen. In -einer intensiven Gesprächsrunde, von der eine Tonbandaufnahme samt Transkription, aber bisher noch keine Auswertung existiert- stellten die Autorinnen -einander zunächst die Fragen zum Thema Geld, die wir schon immer mal stellen wollten- (Seite 145). Von Geld ist im Buch jedoch kaum die Rede. Außer in einem Artikel ist etwas über das Spannungsfeld von Frauen, die gleichzeitig die Ökonomie der bezahlten und der unbezahlten Arbeit unter einen Hut bringen müssen/wollen, zu erfahren. Die Schweiz hat immerhin im Vergleich zu den Nachbarländern eine hohe Frauenerwerbsquote. Im Alter von 15 bis 62 Jahren sind rund siebzig Prozent der Frauen voll und in Teilzeit erwerbstätig (nach Definition des ILO ab sechs Stunden wöchentlich).

Trotz dieser Kritik finde ich das Buch mit seinen vielfältigen Artikeln auch mit den verschiedenen theoretischen Herangehensweisen sehr spannend und provokativ. Das Buch steht unter dem Motto -Für alle Frauen, die ihr Leben zur Sprache bringen-. Der hier beschriebene Teil des Frauenlebens ist denn auch sehr schön und sorgfältig zur Sprache gebracht. Es ist an dieser Stelle leider nicht möglich, die ausnahmslos interessanten Artikel zu würdigen. Eine besondere Qualität der Artikel scheint mir (mit wenigen Ausnahmen) zu sein, daß die verschiedenen feministischen Lebens- und Denkkonzeptionen, die den Rahmen der Artikel bilden (Geschlechterdifferenz, radikaler Konstruktivismus) auch für Laiinnen verstehbar sind. Die Autorinnen schaffen eine Transparenz, die für weitere Denkprozesse fruchtbar sein kann. ●

Mascha Madörin

Aus: WochenZeitung (WoZ) Nr. 6, 95

Weiberwirtschaft, Frauen-Ökonomie-Ethik. Mit Beiträgen von Heidi Bernhard Filli, Andrea Günter, Maren Jochimsen, Ulrike Knobloch, Ina Praetorius, Lisa Schmuckli, Ursula Vock. Exodus Luzern 1994, 191 Seiten, Fr 31,50.

Anzeige

Nicht täglich- aber gründlich

(203) Fluchtursachen

Themen Frühjahr '95
204 Südostasien
205 Demokratisierung
206 GATT/WTO

Die *blätter* sind die größte unabhängige entwicklungspolitische Zeitschrift im deutschen Sprachraum, erscheinen seit 1970 acht mal im Jahr mit einem Umfang von 60 Seiten und werden von der Redaktion des Informationszentrums Dritte Welt (*iz3w*) zusammengestellt.

Bestellung:
❍ Ich probiere das Einstiegsabonnement mit vier Ausgaben für 20 DM. Das Einstiegsabo verlängert sich automatisch zum Jahresabo wenn es nicht vier Wochen vor Ablauf gekündigt wird.
❍ Bitte schickt mir Eure Materialliste

informationszentrum dritte welt
Postfach 5328, 79020 Freiburg
☎ 0761/74003,Fax: 0761/709866

FORTSETZUNG VON SEITE 1: KANN DAS PROJEKT WELTINDUSTRIALISIERUNG WEITERGEFÜHRT WERDEN?

Vor dem Zeitalter der Knappheiten

... Und sogar diese Phase erscheint vor allem als Strategie, um die Industrialisierung anzukurbeln, die negativen Auswirkungen der Agrarreformen zu mildern und eine ausreichende Zahl von Menschen dazu zu bewegen, sich dauerhaft als LohnarbeiterInnen außerhalb der Landwirtschaft zur Verfügung zu halten. Sobald die Industrialisierung genügend Schwung hatte, wurden die Speenhamland-Bestimmungen aufgehoben; an ihre Stelle traten Armenrecht, Polizei und Gefängnisse, Utilitarismus und freie Märkte, Manchesterliberalismus und Sozialdarwinismus, zyklische Wirtschaftskrisen, Klassenkampf und revolutionäre Bewegungen.

Bevor der moderne Wohlfahrtsstaat entstand, hatte das kapitalistische System bereits seine imperialistische Phase erreicht und die in immer größerer Entfernung lebenden Agrargesellschaften fest im Griff; dank des dort abgezogenen Mehrwerts ließen sich sowohl die Industriegesellschaft im Zentrum ausweiten und eine städtische Lebenskultur auf breiter Basis schaffen als auch eine rudimentäre industrielle Produktion in der Peripherie aufbauen. Auch wenn der Klassenkampf und andere Konflikte dem Entstehen des Wohlfahrtsstaates und der mit ihm – besonders seit dem Zweiten Weltkrieg – verknüpften Sicherung eines Existenzminimums förderlich gewesen sein dürften, so wurde dieser doch ebenfalls durch den in der Peripherie einbehaltenen und von dort abgezogenen Mehrwert finanziert. Gleichzeitig ist aber die Hälfte der unter kapitalistisch-industriellen Bedingungen lebenden Weltbevölkerung weit von einem gesicherten Existenzminimum entfernt und macht sich bestenfalls gerade daran, erste rudimentäre Pläne für eine Sozialversicherung zu entwikkeln. Hinzu kommt, daß der weltweite Strukturwandel für die industriellen Produzenten des Zentrums alternative Standorte entstehen läßt, womit die -garantierten- Sozialleistungen des Wohlfahrtsstaates unterhöhlt werden. Dies normativen Erklärungen wie der Menschenrechtskonvention der Vereinten Nationen oder der europäischen Sozialcharta zum Trotz, welche seinerzeit vom modernisierten kapitalistischen Zentrum angesichts der Herausforderung des kapitalistischen Entwicklungswegs durch eine sozialistische Alternative propagiert worden waren.

WACHSTUM DER WELTBEVÖLKERUNG

Jede Form von Industrialisierung ist mit einem starken Bevölkerungswachstum verbunden. Die Weltbevölkerung hat sich zwischen 1750 und 1900 und erneut von 1900 bis 1950 ungefähr verdoppelt. 1800 sollte es immerhin noch weit über hundert Jahre dauern, bis sich die Weltbevölkerung verdoppelte. Heute braucht sie dafür nur noch 38 Jahre. Etwa 1,7 Mrd. Menschen bewohnten den Planeten im Jahre 1900. 1990 waren es 5,3 Mrd., und im Jahre 2025 wird die Bevölkerung 8,5 Mrd. betragen. Nur ungefähr ein Fünftel der Gesamtbevölkerung lebt im -voll- industrialisierten Teil der Welt (einschließlich Osteuropa). Die Ursachen für dieses immer rascher werdende Wachstum sind bekannt. Zwar sinken die Geburtsraten tendenziell, sie fallen aber nicht schnell genug, um den Zuwachs als Folge geringerer Säuglingssterblichkeit und einer allgemein höher werdenden Lebenserwartung auszugleichen. Dieser Zuwachs ist keineswegs der hochtechnisierten Medizin zu verdanken, sondern relativ einfachen Vorkehrungen wie einer besseren Ernährung und einer verbesserten Eindämmung bakterieller Verseuchung (Hygiene, Wasserversorgung, Lebensmittellagerung, Antibiotika). Beim gegenwärtigen Wissensstand wird nicht erwartet, daß Aids oder Krankheiten wie Cholera, Pest oder Tuberkulose – wenngleich sie im Zunehmen sind – die Wachstumsraten der kommenden Jahre entscheidend beeinflussen werden.

Eine der Wechselwirkungen der Industrialisierung besteht darin, daß die Geburtenrate mit zunehmender Urbanisierung und einem höheren Lebensstandard abnimmt. Die Erfahrungen voll industrialisierter Länder zeigen, daß sich das Bevölkerungswachstum tendenziell auf einem niedrigen positiven Prozentsatz stabilisiert, wobei in einigen wenigen Fällen die Rate sogar knapp negativ wird. Daraus wird abgeleitet, daß sich auch die gesamte Weltbevölkerung stabilisieren würde, wenn nur die ganze Welt industrialisiert, urbanisiert und wirtschaftlich entwickelt wäre. Der springende Punkt ist dabei natürlich die dahinter liegende Annahme, es sei möglich, den Lebensstandard der Industrienationen über die ganze Welt zu verbreiten, ohne Rücksicht auf die jeweilige Natur und Krisenanfälligkeit der Wirtschaftssysteme oder ökologische Überlegungen.

Die Erfahrung zeigt außerdem, daß die meisten Kampagnen zur Senkung der Geburtenrate nur in Gesellschaften mit einem ausreichend hohen Lebensstandard Erfolg haben. In relativ armen Gesellschaften mit einem niedrigen Lebensstandard können sie dann und nur dann erfolgreich sein, wenn gleichzeitig der sozialen und wirtschaftlichen Gerechtigkeit eine sehr hohe Priorität eingeräumt wird. Je mehr Menschen wirtschaftlich verwundbar werden – bedroht durch die Prozesse der Industrialisierung und Urbanisierung –, desto häufiger neigen sie zu einer hohen Geburtenrate, die wiederum das Bevölkerungswachstum begünstigt. Dieses Verhaltensmuster wird oft als Beispiel irrationalen Verhaltens gedeutet. Allerdings ist es so, und das wissen Entwicklungshelferinnen und Agrarspezialisten sehr wohl, daß – solange sie am Rande des Existenzminimums leben müssen – Einzelne und ihre Familien dazu neigen, Risiken zu begrenzen und nicht Gewinn und Akkumulation zu maximieren. Mit einer hohen Geburtenrate trachten sie danach, große existentielle Risiken auf mehrere Personen zu verteilen – was aus der Sicht der Betroffenen durchaus sinnvoll ist.

Zusätzlich ist es so, daß Frauen oft mehr Kinder gebären, als sie möchten bzw. als für das Überleben der Familie und deren Reproduktion nötig sind. Weil dies meist eine Folge der ungleichen Stellung der Geschlechter ist, könnte folglich die Geburtenrate teilweise auch durch Stärkung der Stellung der Frau in der Gesellschaft gesenkt werden. Zusammenfassend läßt sich festhalten, daß es ohne ausreichende Gleichheit auf der Mikro- wie auch auf der Makroebene kaum Hoffnung gibt, daß die Geburtenrate genügend reduziert werden kann, um das Bevölkerungswachstum stabil zu halten.

MIGRATION UND BESCHÄFTIGUNG

Seitdem als Folge der Industrialisierung der Anteil der Beschäftigten in der Landwirtschaft reduziert worden ist und es auf dem Lande nicht genügenden alternative Beschäftigungsmöglichkeiten gibt, ziehen die Menschen in die Städte. Zur Zeit leben rund 45 Prozent der Weltbevölkerung in städtischen Gebieten. In voll industrialisierten Ländern liegt der Prozentsatz bei 70, in Ländern, wo sich die Industrialisierung erst noch vollzieht, bei ungefähr 35 Prozent. Eine Ausnahme bildet Lateinamerika. Dort leben etwa 70 Prozent der Bevölkerung in Städten.

Im industrialisierten Zentrum sind nur etwa sieben Prozent der Bevölkerung im Agrarsektor beschäftigt. In den übrigen Teilen der Welt (um die vier Fünftel der ErdbewohnerInnen) arbeiten hingegen rund 60 Prozent der Bevölkerung in der Landwirtschaft. Das entspricht etwa dem Stand in Europa und den USA um die Mitte des 19. Jahrhunderts, als die Industrialisierung dort bereits vorangeschritten war. Allerdings betraf die Industrialisierung und Urbanisierung damals eine viel kleinere Bevölkerungszahl und vollzog sich über einen längeren Zeitraum als heute. Folglich umfassen die neuen und alten urbanen Zonen heute deutlich mehr Menschen als die Städte des 19. Jahrhunderts. Und wir haben noch nicht einmal damit begonnen, uns vorzustellen, was es bedeuten würde, nur schon die Hälfte der gegenwärtig noch im Agrarbereich lebenden Weltbevölkerung – vom weiteren Bevölkerungswachstum einmal abgesehen – in Wirtschaftsbereiche zu integrieren, wie sie üblicherweise in Städten konzentriert sind.

Bei der Transformation der Agrargesellschaft im 19. Jahrhundert wurden die Vertriebenen in die Industrie eingeschleust – soweit sie überhaupt eine Beschäftigung fanden. Der tertiäre, hauptsächlich Dienstleistungen umfassende Wirtschaftssektor entstand erst später. Heute ist das Gegenteil der Fall. In der formellen Wirtschaft wachsen vorzugsweise die Dienstleistungsbranchen. Zusätzlich gehört der riesige informelle Wirtschaftssektor seinerseits mehr zum tertiären als zum sekundären Sektor (Industrie). Dieses Muster scheint zu bestätigen, daß wir weit davon entfernt sind, eine wirklich weltumspannende Industriegesellschaft zu werden. Aus der Landwirtschaft verdrängt, sehen sich Menschen mit einem Leben konfrontiert, das ihnen wenig Perspektiven bietet und keinerlei Vision enthält. Dies im Gegensatz zu ihren LeidensgenossInnen des 19. Jahrhunderts, denen das Gefühl vermittelt werden konnte, an einem neuen Zeitalter teilzuhaben: Aufstieg neuer Nationalstaaten, industrielle Produktion, Freizügigkeit usw. Soweit sie an der internationalen Arbeitsteilung teilhaben, befinden sie sich meist in einer abhängigen Stellung und leiden unter ungleichen Tauschbedingungen. Und während der Lebensstandard der Entwicklungsländer weiter sinkt und die Armut zunimmt, fehlen der von Industrialisierung und Urbanisierung betroffenen Bevölkerung politische Mitsprachemöglichkeiten auf der internationalen Ebene.

Energie und andere Ressourcen

Bis heute hat jede Industrialisierung und Urbanisierung eine Zunahme des Energieverbrauchs bewirkt: Weil menschliche und tierische Kraft beim Produktions- und Verteilungsprozeß direkt oder indirekt ersetzt wurde, weil der Bereich des überflüssigen Konsums gesteigert wurde. Zudem sind Weltmärkte und mit ihnen eine weltweite Arbeitsteilung entstanden. Die Ausweitung des Welthandels und die weltweite Arbeitsteilung sind wiederum eine Voraussetzung für die Fortsetzung des Prozesses der Weltindustrialisierung, der seinerseits wiederum eine Steigerung des Energieverbrauchs hervorruft. Der Weltenergieverbrauch ist, obwohl stetig gestiegen, bis 1950 relativ tief geblieben. Zwischen 1950 und 1990 wuchs der Energieverbrauch jedoch um das Siebenfache, weit stärker als die Weltbevölkerung, die sich im gleichen Zeitraum nur verdoppelte. Den Hauptanteil an diesem Zuwachs haben Brennstoffe, vor allem Mineralöl und Erdgas. Der Anteil von Atom- und Wasserkraft am Weltenergieverbrauch liegt bei lediglich etwa 15 Prozent.

Wenn das Bruttosozialprodukt pro Kopf steigt, nimmt auch der Energieverbrauch zu. So kommt es, daß ein Fünftel der Weltbevölkerung etwa vier Fünftel der Weltenergie nutzt, vor allem in Form industrieller Brennstoffe. Die traditionellen Brennstoffe (Holz, Torf, Dung) liefern etwa fünf Prozent der Weltenergie und werden fast nur in den Ländern der Peripherie (zu 85 Prozent) verbraucht. Ausgehend vom derzeitigen Verbrauch schätzt man, daß die Vorräte an Mineralöl noch rund 40 Jahre, die von Erdgas noch rund 60 Jahre und die von Kohle noch rund 660 Jahre ausreichen werden. Kohle macht heute etwa ein Drittel der verbrauchten Energiemenge aus. ...

Fortsetzung nächste Seite

FORTSETZUNG VON SEITE 10:

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

... Das künftige Angebot an traditionellen Energiequellen (besonders Holz) hängt von mehreren Faktoren ab, so vom Bedarf an Trinkwasser, der Notwendigkeit, den Ausstoß von CO2 zu verringern, der Menge an saurem Regen, den durch die Zerstörung der Ozonschicht angerichteten Schäden usw.

Auf die Knappheit anderer Ressourcen (Wasser, Mineralien, usw.) kann hier nicht näher eingegangen werden. Wichtig ist jedoch, daß das für den Anbau pflanzlicher Rohstoffe und Nahrungsmittel zur Verfügung stehende Ackerland abnimmt. Jede Erweiterung kann nur auf Kosten von Wald- und Grasgebieten gehen und gefährdet andere Ressourcen, insbesondere Wasser, Humus usw. Für jede weitere Zunahme der landwirtschaftlichen Produktion bräuchte es folglich neue Anbautechniken, bessere Schädlingskontrollen, Bewässerung, Düngung, Pflanzenzüchtung und Gentechnik. In den letzten zehn Jahren nahm das Wachstum der Weltgetreideproduktion ab, und die Produktion pro Kopf stagnierte.

VIER DROHENDE ENGPÄSSE

Aus dem bisher Gesagten ergeben sich folgende drohende Engpässe: Bevölkerungswachstum, Knappheit des bebaubaren Bodens und der Energie, die ökologischen Grenzen. Die Crux liegt darin, daß wir uns noch nie mit einer Situation konfrontiert sahen, in der alle vier Faktoren so eng miteinander verknüpft waren. Gewiß, es gab schon früher Bevölkerungswachstum und -druck, gleichzeitig gab es aber noch brachliegende Agrarflächen. Gewiß, wir mußten auch schon früher die Versorgung großer Bevölkerungen sicherstellen, doch wir konnten dabei auf eine energieintensivere Landwirtschaft und Verbesserungen in der Pflanzenzucht zurückgreifen. Gewiß, es gab es auch schon früher ein Mehrbedarf an Energie, aber es ließen sich immer neue Ölquellen nur einige Meter unter dem Erdboden finden. Gewiß, es gab all diese Probleme auch schon früher. Aber haben wir sie als unüberwindbare Grenzen, als absoluter Mangel an Boden und Energie wahrgenommen? Sind wir je gleichzeitig mit diesen Problemen konfrontiert worden? Mit Sicherheit nicht. Sind wir mit den absoluten Grenzen des Boden- und Energieverbrauchs konfrontiert worden und gleichzeitig vor der realen Gefahr eines ökologischen Kollaps gestanden? Auch dies sicher nicht.

Der Kapitalismus, das derzeit weltweit vorherrschende politische und wirtschaftliche System, gedeiht auf der Grundlage wachsender Märkte. Wie läßt er sich aber längerfristig mit einem Null- bzw. negativen Wachstum vereinbaren? Die Antwort ist: Überhaupt nicht! Nicht nur hat der Kapitalismus große Schwierigkeiten, solche Situationen zu handhaben, und das sowohl wirtschaftlich wie politisch; aus denselben Gründen hat er auch Schwierigkeiten, sich überhaupt darauf einzustellen. So sind Märkte, wenn sie sich selbst überlassen werden, nicht fähig, mit längerfristiger Knappheit umzugehen. Hat beispielsweise der Ölpreis signalisiert, daß Mineralöl demnächst sehr knapp werden wird? Im Gegenteil, die Ölmärkte signalisieren – wenn überhaupt etwas – ein immer weiter wachsendes Angebot an Rohöl. Das Gleiche gilt auch für Boden, Holz und andere begrenzt vorhandene Naturschätze.

Die Fähigkeit des kapitalistischen Marktsystems, uns in den kommenden Jahrzehnten durch eine Phase zunehmender Knappheit und abnehmender Industrieproduktion zu lenken, ist sicher sehr begrenzt. Wenn es um die Rettung von Menschenleben geht, braucht es ein neues Primat der Politik über die Märkte, so wie es in fast allen Epochen der Menschheitsgeschichte – mit Ausnahme des bürgerlichen Zeitalters – der Fall war. In diesem Zusammenhang mutet es ironisch an, daß ausgerechnet in einer Zeit, wo eine politische Kontrolle über die Wirtschaft besonders notwendig ist, in Osteuropa – bei großen Verlusten an Produktionskapazitäten und -mitteln und unter enormen sozialen und wirtschaftlichen Umstrukturierungskosten – das Primat der Märkte wieder eingeführt wird.

SECHS SCHLUSSFOLGERUNGEN

Der Eintritt in ein Zeitalter ständig wachsender Knappheit und der -Entindustrialisierung- ist zugleich der Eintritt in ein Zeitalter zunehmender Konflikte mit einer großen Gefahr für Massensterben oder sogar Völkermord. Ob es dazu kommt, hängt davon ab, wie Knappheit kanalisiert wird, welche Gruppen davon betroffen werden und welche nicht, und mit welchen Mitteln Konflikte gelöst, gehandhabt oder unterdrückt werden. Vorausgesetzt, die hier dargelegte Analyse ist richtig oder zumindest plausibel, und setzt man sich als Ziel, der Menschheit zu helfen, diese enorme Herausforderung ohne oder zumindest mit nur minimalen Verlusten an Menschenleben bestehen zu können, müssen wir uns immer öfter Fragen wie diese stellen:

1. Wie pflegt das kapitalistische System zu reagieren, wenn es sich einem Null- bzw. negativen Wachstum nähert? Mit welchen wirtschaftlichen und politischen Mitteln wird dann über die Verteilung von Knappheit entschieden? Wie groß ist die Wahrscheinlichkeit, daß ein faschistisches oder ein anderes autoritäres politisches System versucht, Knappheit zu handhaben und gleichzeitig die Klassenverhältnisse zu bewahren? Wieviele Menschenleben wird es kosten, wenn die Verteilung der knappen Ressourcen den Märkten oder einer faschistischen bzw. autoritären Politik überlassen wird?

2. Was kann vom Verhalten von Genossenschaften und ähnlichen Formen der Selbsthilfe hinsichtlich des Managements von Mangelsituationen gelernt werden?

3. Inwieweit kann eine gesellschaftliche und demokratische Kontrolle über die Produktionsmittel Voraussetzung für eine verstärkte Solidarität und eine weniger ungleiche Verteilung der Knappheit (bzw. des Überschußes) sein? Dies unter dem Eindruck, daß heute auch eine relativ vollkommene Verteilung des Welteinkommens allein die Weltarmut nicht zum Verschwinden bringen könnte, noch viel weniger könnte im Falle einer verschärften weltweiten Knappheit das Überleben der Menschen garantiert werden.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

4. Inwieweit vermag eine regional ausgerichtete Selbstversorgung, verbunden mit einem demokratischen Zugang zu den Produktionsmitteln, die Migration zu bremsen, die Geburtenrate zu senken und die Menge des von der Peripherie ins Zentrum transferierten Mehrwerts zu senken sowie die drohenden Engpässen zu bewältigen?

5. Welches Niveau der industriellen Produktion ist notwendig, welche Errungenschaften des modernen sozialen und kulturellen Lebens müssen unbedingt aufrechterhalten werden, wenn das System tatsächlich und effizient werden soll und gleichzeitig die Engpässe zunehmen und die Bedürfnisse wachsen?

6. Welche Strategien der Konfliktlösung können bei Konflikten angewendet werden, bei denen alle Parteien etwas zu verlieren haben?

Dies sind nur einige der Fragen, welche vermehrt diskutiert werden müssen. Es könnten weitere wichtige Fragestellungen hinzugefügt werden. Vor allem muß auch das Repertoire an sozialwissenschaftlichen Theorien im Hinblick auf die künftigen Probleme neu bewertet werden. Viele der heute verwendeten klassischen und modernen sozialwissenschaftlichen Theorien haben ihre Wurzeln im späten 18. und im 19. Jahrhundert. Sie beschäftigen sich ausnahmslos mit dem dramatischen sozialen Wandel, wie er durch Öffnung, Erweiterung und Differenzierung der sozialen und wirtschaftlichen Systeme entstanden war, und sie werden sich deshalb sehr bald als völlig unangemessen erweisen. Wie in diesem Ausblick gezeigt, stehen wir vor Engpässen, die ebenfalls zu einem durchgreifenden sozialen Wandel führen werden, bedingt durch Knappheiten, eine Abschottung des Systems und bedingt durch ein Herunterfahren der industriellen Produktion, der Weltmärkte, der weltweiten Arbeitsteilung, der Urbanisierung usw. Dieser Wandel der Gesellschaft bedeutet nicht nur eine Kehrtwende um 180 Grad beim gegenwärtigen Weltindustrialisierungsprozeß, sondern er wird auch einem qualitativen Sprung gleichkommen. Ich bin überzeugt, daß dieser allumfassende, schnelle und dramatische soziale Wandel der nahen Zukunft schließlich auch zu einer neuen Form -klassischer- Sozialtheorie führen wird. ●

Übersetzung: Martha Baker und Oskar Scheiben

Dieser Text wurde zuerst in der WoZ Nr. 50/94 (die WochenZeitung, Postfach, CH-8031 Zürich) vom 16.12.94 veröffentlicht.

DER AUTOR

*Isidor Wallimann ist Dozent für Soziologie, Wirtschaftswissenschaften und Sozialpolitik an der Höheren Fachschule im Sozialbereich HSF in Basel und Lehrbeauftragter an der Universität Fribourg. Der Aufsatz basiert auf einem Vortrag, den der Autor am Center for Applied Social Theory an der Universität Kansas (USA) gehalten hat und der auf englisch in -Monthly Review- abgedruckt worden ist. Für Syracuse University Press bereitet er ein Buch vor mit dem Titel -The Coming Age of Scarcity: Preventing Mass Death and Genocide in the 21st Century-. ●

Anzeige

Schwarzer Faden

Vierteljahresschrift für Lust und Freiheit

Nr.52 (1/95) enthält u.a.:

★

Birgit Hogefeld
von Michael Wilk

☆

Politische Aktivistinnen für Volk und Vaterland. Organisierte Faschistinnen in der BRD
von Antje Schwarzmeier und Eike Wunderlich

★

Flüchtlingspolitik, humanitäre Hilfe und der Krieg um Kurdistan
von Ronald Ofteringer

★

Interview mit Murray Bookchin
zum "Lifestyle"- Anarchismus etc.
von Wolfgang Haug

✧

Weiter: **Interview mit Radio Panamericana** *von Boris Scharlowski;* **Feminismus in Argentinien** *von Maria Eva Izquierdo;* **Die Gleichheit von Architektur in Beton und Glas** *von Gregor Dill;* **Vorbereitungstreffen zum Autonomenkongreß** *von K.A.T.E.R.;* **Mail Order Kaiser - Brücken nach rechts** *von D. Schmidt;* **Gilde Freiheitlicher Bücherfreunde** *von Wolfgang Haug;* Rezensionen *von Peter-Paul Zahl, Ralph Christoph und Bernd Hüttner* zu Paul Parin, den Zapatistas und Karl-Heinz Roth. Ein Nachruf auf Ada Heckroth *von Marianne Kröger* etc.

ABONNIERT!
(5 Nrn a. 68 S.): 30.-
Einzelpreis: 7.-

Anares-Föderation (Hg.):
Bibliographie
lieferbarer anarchistischer Bücher 1995/96
128 S., 6.-DM
erscheint im Februar 1995

SF ★ Redaktion/Trotzdem
PF 1159, 71117 Grafenau
Fax 07033-45264

DIE BANANENKAMPAGNE ERHÄLT KONKURRENZ

Follow-up zum 'Forum Banane'

Als Auftaktveranstaltung der bundesdeutschen Bananenkampagne fand vom 20. bis zum 22. Januar bei Hildesheim das Forum Banane II statt. Neben einer Bilanzierung vorhergegangener Bemühungen wurde die Diskussion um soziale und ökologische Standards für einen gerechteren Handel mit Bananen vertieft und konkrete Aktionen beschlossen.

Von Boris Scharlowski, BanaFair (Gelnhausen) ● Unerwarteter Konkurrenz sah sich die deutsche Bananenkampagne beim Forum Banane II ausgesetzt. Denn unter dem Titel »Wir wollen unsere leckere Banane wiederhaben!« ist nun auch der Kölner Express (pünktlich zum Tagungswochenende) mit einer eigenen Bananenkampagne gestartet. Selbstverständlich ganz im Sinne des deutschen Fruchthandels lanciert das nicht gerade für journalistische Feinarbeit bekannte Blatt eine an die EU gerichtete Briefaktion. Die für ihre aufmunternde Wirkung bekannte Frucht sorgte einmal mehr für Erheiterung unter den TeilnehmerInnen. Die Veranstaltung stellte das Follow-up für das Forum Banane I vom Oktober 1993 dar. Dort war neben einer entwicklungspolitisch orientierten Überarbeitung der Gemeinsamen Marktordnung Banane (GMO) der EU und einer Ausweitung des alternativen Bananenhandels die Initiierung einer Kampagne zum Thema Banane beschlossen worden.

Nach etwas mehr als einem Jahr konnte nun das Forum II als offizieller Auftakt der bundesdeutschen Bananenkampagne gefeiert werden. Möglich war dies aufgrund des Einsatzes durch das Trägerkomitee bestehend aus der Arbeitsgemeinschaft Gerechter Bananenhandel (gebana) Deutschland (BanaFair und Liberación), der AG3WL, der Agrarkoordination des BUKO, FIAN, Pro Regenwald und Südwind. Zwei bei BanaFair und Liberación angesiedelte Stellen werden – neben Eigenmitteln – nun vom Ausschuß für entwicklungsbezogene Bildung und Publizistik (abp) gefördert.

Die Kampagne nimmt ihre Arbeit zu einem Zeitpunkt auf, an dem dringender Handlungsbedarf angezeigt ist. Rund eineinhalb Jahre nach Inkrafttreten der GMO zeichnet sich ein ambivalentes Bild in den Produzentenländern ab. Zum einen boomt die Produktion in einigen lateinamerikanischen Staaten (Costa Rica, Ecuador...). Dennoch profitieren fast ausschließlich die multinationalen Produzenten, die Produktion der

Verpackungsbetrieb für mittelamerikanische Bananen im Kölner Früchte-Großmarkt

nationalen und der kleineren Produzenten dagegen ist deutlich gesunken. Ihre Bananen dienten den Multis bisher als Puffer bei erhöhter Nachfrage aus den KonsumentInnenländern. Bereits im Vorfeld des Inkrafttretens der GMO hatte eine unkontrollierte Expansion des Bananenanbaus den Druck der Multis auf die Kleinproduzenten, ihr Land zu verkaufen, erhöht. Viele von ihnen gaben auf und stehen jetzt arbeitslos auf der Straße. Gerade bei den weiblichen Arbeitskräften potenziert sich die Situation. Auch wenn – eines der wenigen positiven Ergebnisse der GMO – der unkontrollierte Anbau durch Nachfragerückgang deutlich verringert wurde, sind die ökologischen Folgen der Bananenwirtschaft nach wie vor verhehrend.

Kaum anders die Situation in den AKP(Afrika, Karibik, Pazifik)-Staaten. Auch wenn die GMO offiziell zum Schutze dieser Länder angetreten ist, beklagen viele einen Rückgang der Einnahmen durch den Bananenexport. Auch hier haben die KleinproduzentInnen die größte Last zu tragen. Dennoch bedeutet die GMO für sie, deren strukturelle Besonderheiten häufig zu einer teureren Produktion als in Zentralamerika führen, den einzigen Schutz vor der wirtschaftlichen Übermacht der multinationalen Konzerne.

Angesichts dieser Situation hoffen die Organisationen der KleinproduzentInnen und die Gewerkschaften der PlantagenarbeiterInnen auf Unterstützung aus Europa.

In diese Richtung konnte im ersten Jahr des Bestehens des Trägerkomitees einiges in die Wege geleitet werden. Zum Jahrestag des Inkrafttretens der GMO wurde an die Abgordneten des europäischen Parlaments eine Stellungnahme abgegeben. BanaFair und Liberación initiierten mit anderen europäischen NROs die Gründung des European Banana Action Networks. Weiterhin konnte BanaFair akute Hilfestellung bei den Streiks auf den Geest-Plantagen in Costa Rica (vgl. CONTRASTE 118/119) leisten und den kontinuierlichen Austausch mit den Organisationen der Betroffenen sowie die langfristig angelegte Projektarbeit fortsetzen. Außerdem erstellte Südwind eine Bananenstudie zu den Auswirkungen der GMO, Pro Regenwald nutzte die Zeit für die Entwicklung einer Bananenausstellung. Doch die Forderungen der Betroffenenorganisationen richten sich auch direkt an die EU. So fordern sie u.a. seit längerem einen erleichterten Marktzugang für Bananen, die ökologische und soziale Mindeststandards erfüllen.

Allerdings bereitet die Entwicklung von international gültigen Mindeststandards nach wie vor Schwierigkeiten. Orientierung werden hier die Forderungen der Gewerkschaften der bananeros/as und der Produzentenorganisationen sowie die ILO-Konventionen zu internationalen Arbeitsstandards geben. Allerdings – wie im Inputreferat von Michael Windfuhr von FIAN ausgeführt – oszilliert die Funktion von Präferenzklauseln grundsätzlich zwischen einem durchaus sinnvollen Instrument zur Stützung nachhaltiger Entwicklung und einem handelsprotektionistischen Werkzeug.

Dabei ist die politische Konstellation derzeit nicht ungünstig. Die Forderung nach der Berücksichtigung von Mindeststandards erhält bereits durch eine Entschließung des europäischen Parlaments, die EU-Handelspräferenzen um eine Sozialklausel zu ergänzen, im Rahmen der EU Rückendeckung. Empfehlungen des Langer-Reports zur Förderung des fairen Handels stellen ein weiteres wichtiges Instrument dar. Wichtige politische Schritte in diese Richtung könnte durch die Zuteilung der Einfuhrquoten an alle Erzeugerländer (statt wie bisher an die Importeure) und durch eine Zollbefreiung für fairer erzeugte Bananen unternommen werden.

Neben ihrem Auftrag zu Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit wird sich die Bananenkampagne in Zukunft verstärkt auf die Durchsetzung entwicklungspolitisch sinnvoller Mindeststandards konzentrieren müssen. Dabei ist weiterhin eine enge Kooperation mit den Betroffenen in den Erzeugerländern von substanzieller Bedeutung. Das Angebot einer Siegelung fairer erzeugter und gehandelter Bananen durch TransFair International steht im Raum, doch nicht für sofort. Allerdings wird solch ein Vorstoß durch ähnliche Initiativen von Max-Havelaar Holland und Schweiz derzeit forciert. Zeit für die Kampagne, sich nach weiteren gewichtigen Koalitionspartnern umzusehen. ●

Kontakt:
Bananenkampagne c/o BanaFair, Langgasse 41, D-63571 Gelnhausen. Tel.: 06051.16350.
c/o Liberación, Vahrenwalderstr. 219a, D-30165 Hannover. Tel.: (05 11) 96387-18.

Spenden an:
Verein zur Förderung entwicklungspädagogischer Zusammenarbeit e.V.: 'Bananenkampagne' Konto: 6317 97-306, Postbank Hannover, BLZ 250 100 30.

Beide Fotos: Marcin Rutkiewicz/transparent

TAGUNG: KOOPERATION IN DER LANDWIRTSCHAFT

Mehr als eine Tugend in der Not?

»Kooperationen in der Landwirtschaft – Voraussetzung für das Überleben in schwierigen Zeiten«, unter diesem Thema stand die diesjährige Landwirtschaftstagung der Evangelischen Akademie Loccum bei Hannover am ersten Februarwochenende.

Von Bernd Hüttner, Bremen ● Von Bernd Hüttner, AG Stadt-Land Ökologie, Bremen. Es sollte ein Überblick über die Chancen und Risiken verschiedenener Kooperationsformen gegeben und konkrete Beispiele vorgestellt und erörtert werden. Dritter Schwerpunkt war, inwieweit Kooperationen dazu beitragen können, »betriebswirtschaftlichen Problemen gerecht« zu werden. Quer zu diesen Fragestellungen liegen die menschlichen Voraussetzungen und Probleme der Kooperation und die Erfahrungen, die mit Kooperationen in der Umstrukturierung der ehemaligen DDR-Landwirtschaft gemacht wurden.

»Kooperation in der Landwirtschaft« meint die festgelegte und vertraglich definierte Zusammenarbeit mehrerer Landwirte. Mehrere Stufen sind möglich: vom gemeinsamem Eigentum einer Maschine bis hin zur Betriebsfusion. Dabei finden verschiedene Rechtsformen der Personen- und der juristischen Gesellschaft Verwendung. Kooperationen haben in Form der »Maschinenringe« eine lange Tradition.

Diethard Rost (Universität Halle-Wittenberg) definierte im ersten Hauptreferat Kooperation vor allem als Mittel gegen den Strukturwandel. Durch sie könne die Arbeitsproduktivität gesteigert, das Arbeitskraftvolumen besser ausgeschöpft und die Betriebsgröße und der Tierbestand erhöht werden. Rost wies auf den signifikanten Unterschied in der Agrarstruktur zwischen den neuen und den alten Bundesländern hin: in den neuen Ländern bewirtschaften juristische Personen – das sind 22 % aller Betriebe – 60 % der landwirtschaftlichen Nutzfläche. Der Anteil an Pachtfläche beträgt 98 %. Die durchschnittliche Betriebsgröße beträgt über 1.700 Hektar (im Westen sind nur ca. 8 % aller Betriebe größer als 50 Ha, sie bewirtschaften 32 % der Fläche). Die ostdeutschen Betriebe sind durch die hier vorherrschende Rechtsform der juristischen Person und die immense Altverschuldung weniger kreditwürdig und dadurch benachteiligt, ferner sind oftmals Fremdarbeitskräfte beschäftigt. Die Familienbetriebe im Westen können Krisen besser überstehen, da sie durch das persönliche Eigentum nicht permanent Gewinn erwirtschaften müßen. Das heißt mit anderen Worten: sie können einige Monate auf Einkommen verzichten, da sie ja zum Ausgleich das Eigentum an der Fläche haben.

Herbert Zickfeld (Fachhochschule Kiel) befaßte sich mit den kulturellen und sozialen Problemen und Chancen der Kooperation. Das größte Problem ist der Umgang mit zwangsläufig auftretenden Konflikten zwischen den Kooperierenden und wie diese produktiv und ohne persönliche Verletzungen gelöst werden können. Hier hat – nach Zickfeld – die Landwirtschaft in den Bereichen Konflikttraining, Management und Organisation einen großen Nachholbedarf.

Am zweiten Tag wurden mehrere Kooperationen aus Niedersachsen und die Agrarerzeugergemeinschaft Berkholz aus der Uckermarck (im Osten des Bundeslandes Brandenburg) vorgestellt. In letzterer haben sich 10 WiedereinrichterInnen zusammengeschlossen, die 5 Betriebszweigkooperationen gebildet haben. Sie bewirtschaften zusammen 1.050 Hektar Land, besitzen 400 Kühe und haben 13 Fremdarbeitskräfte angestellt. An diesen Beispielen und in den Diskussionen der Arbeitsgruppen wurden die Unterschiede sehr deutlich: während sich in denen neuen Bundesländern die durch die LPGs kooperationserfahreneren Landwirte und Landwirtinnen in großen Einheiten zusammenschließen, ist Kooperation in den alten Ländern (bislang) eher die Ausnahme. Hier schließen sich Betriebe aus sehr individuellen Situationen heraus zusammen. Kooperation ist oft nur eine Möglichkeit, die hohen Pachtpreise zu umgehen, oder bei Beginn der Kooperation ist schon festgelegt, daß Arbeitskraft abgebaut werden muß und ein Beteiligter in den Nebenerwerb geht. Ab 1. Januar 1997 entfällt für alle juristischen Personen der neuen Länder das landwirtschaftliche Steuerprivileg. Sie werden dann als Gewerbebetriebe behandelt. Diese Perspektive führt schon heute zu einem Übergang von Genossenschaften zu GbR-Gesellschaften.

Auffällig an der Tagung, an der über 150 Interessierte aus der praktischen Landwirtschaft und der Agrarbürokratie teilnahmen, war, daß die politischen Rahmenbedingungen kaum problematisiert wurden. Das industrielle Paradigma von Wachstum, Konzentration und Erhöhung des Kapitaleinsatzes wurde nicht in Frage gestellt. Dies läßt sich auch am Wandel der Maschinenringe, der Urform landwirtschaftlicher Kooperation, ablesen. Deren Anzahl geht zurück, die Zahl der NutzerInnen und der Grad der Institutionalisierung steigt. Hintergrund: Landwirtschaftliche Maschinen sind heute so kostenintensiv (so kostet ein Zuckerrüben-Vollernter über 500.000 DM), daß kollektive Nutzung ein »Muß« ist. Gleichzeitig wird immer mehr Maschinenarbeit über Lohnunternehmer abgewickelt. Hier zeigt sich das Resultat der Wachstumsschraube: durch steigende Betriebsgrößen sind größere Maschinen notwendig, dies stellt dann einen weiteren Wachstumsgrund dar.

Landwirtschaft soll, obwohl sie eine besondere Form des Wirtschaftens mit der Natur ist, und gesamtgesellschaftlich wichtige Aufgaben etwa in der Pflege der Kulturlandschaft erbringt, ein ganz normales Gewerbe werden, das sich der weltmarktvermittelten Standortlogik stellt. Die arbeitserleichternden Effekte der Kooperation – Vertretung, Urlaub – wurden als angenehmer Nebeneffekt angesehen, Auslöser ist aber meist der Wachstums- und Rationalisierungswunsch. So wird ein eigentlich wünschenswertes Mittel zur Linderung der bäuerlichen Arbeitsbelastung zu einer Reaktion auf den Wachstumszwang, der die Aufspaltung von Landschaft und Landwirtschaft in intensiv genutzte Nutzflächen und ökologischere Restregionen weiter vorantreibt.

Leider nicht Thema der Tagung, wie auch der ganzen Diskussion um Kooperation, waren weitere Möglichkeiten der Kooperation, wie etwa zwischen Landwirtschaft und Naturschutz oder die vertikale Kooperation zwischen Erzeugung und Vermarktung, wie sie sich vor allem im ökologischen Landbau herausgebildet hat.

Zu der Tagung wird demnächst ein Dokumentationsband mit allen Beiträgen erscheinen. Zu den vergangenen Tagungen sind noch erhältlich: Loccumer Protokolle 4/91 – Aktuelle Probleme der Landwirtschaft im vereinigten Deutschland; 2/92 – Wieviel Landwirtschaft will sich unsere Gesellschaft noch leisten?; 5/93 – Die Honorierung ökologischer Leistungen der Landwirtschaft; 4/94 – Frauen und Männer im ländlichen Raum. Umfang zwischen 190 und 300 Seiten, Preis 10 bis ca. 20 DM, bei: Ev. Akademie Loccum, Postfach 2158, 31545 Rehberg-Loccum. Vor allem die letzten beiden sind zu empfehlen, da sie weit kritischer sind, als die 1995er-Tagung.

Wer sich für den Umstrukturierungsprozeß der DDR-Landwirtschaft näher interessiert, sei auf die Broschüre »LPG – Was nun? Agrarkonzentration im Osten Deutschlands – Die Neugestaltung des ländlichen Raumes« der Reisenden Hochschule Hannover hingewiesen, die den Prozeß bis Mitte 1992 hervorragend darstellt (204 S., 12 DM, bei D. Haensch, Universität Hannover, Schneiderberg 50, 30167 Hannover). ●

WEIBERWIRTSCHAFT E.G.:

Ein Gewerbehof ganz weiblich

Ein ganz weiblicher Gewerbehof, die WeiberWirtschaft, das ist eine 1989 gegründete Genossenschaft von Frauen. Bereits 1987 wird auf dem ersten Frauenarbeitskongreß in Berlin eine Studie zur Situation von Existenzgründerinnen präsentiert, jedoch vergeblich dem Senat schmackhaft zu machen versucht. Er beschränkt zunächst seinen Handlungsbedarf auf das Zitieren.

Foto: Ricarda Buch

Von Dorothee Wendt, Berlin ● Da nehmen interessierte Frauen die Sache selber in die Hand und suchen als Verein geeignete Räumlichkeiten für ein Existenzgründerinnenzentrum. Mehrere Kaufversuche in West-Berlin scheitern. Der massenhafte Firmenbankrott aufgrund mangelnder Konkurrenzfähigkeit zur sogenannten harten Währung und offene Vermögensfragen bei der Rückübereignung der DDR an die BRD verschaffen der WeiberWirtschaft im Oktober 1992 über die Treuhand Geeignetes – das Gelände der Berlin Kosmetik in Berlin-Mitte.

Wer jedoch Schrilles oder gar Radikales in diesem selbstverwalteten Gründerinnenzentrum vermutet, sucht danach auf dem Gewerbehof an der Anklamer Straße vergeblich. Stattdessen präsentiert der erste offene Laden ganz normale Wäsche für die Frau wie für den Herrn. Und damit nicht genug findet sich in den darüberliegenden Etagen des im Herbst letzten Jahres bezogenen Vorderhauses sämtliches, was für eine postmorderne Dienstleistungsgesellschaft steht. Neben Reiseagentinnen kann jedefrau und jederman sich von Versicherungsmaklerinnen, Unternehmens- und Steuerberaterinnen, bis hin zu Rechtsanwältinnen oder Presseagentinnen beraten lassen. Die Eröffnung des Fitnesscenters wird von den Unternehmerinnen mit Vorfreude erwartet. Einzig eine Druckerei im zweiten Hof verweist auf den Vorsatz der Genossenschaftlerinnen der WeiberWirtschaft, auch und gerade handwerkliches und produzierendes Gewerbe anzusiedeln. Die Baufirmen, die den Gewerbehof ökologisch sanieren, hingegen beschäftigen kaum Frauen, ganz zu schweigen von der Baubeauftragung eines Frauenbetriebes. Das Sanierungsvolumen, so die Erklärung, ist für kleinere Unternehmungen, wie sie derzeit von Frauen betrieben werden, zu groß und darüber hinaus gibt es kaum Frauenbetriebe im Baugewerbe.

Gibt es in dieser großen und lauten Baustelle noch etwas spezifisch Weibliches – mithin auf eine andere Wirtschaftsform verweisendes?

Männliche Angestellte waren auch damals kein Kriterium, beschreibt Monika Damm, zuständig für Öffentlichkeitsarbeit, die Tradition zu anderen der Frauengenossenschaft. »In Berlin beispielsweise gab es, um 1910, eine genossenschaftliche Frauenbank nur von Frauen. Deren Slogan war 'Frauenkapital eine werdende Macht'.« Bei der Entstehung der WeiberWirtschaft waren »von Anfang an Frauen dabei, die beispielsweise die Ökobank mitgegründet haben,« erklärt Monika Damm die heutige Sicht, »die Genossenschaft ist eine demokratische Rechtsform und vom Charakter eher so aufgebaut, daß man solidarisch versucht, zum Nutzen aller Mitglieder zu handeln.« Darüber hinaus ist die Genossenschaft »auch ganz praktikabel, weil wir in dieser Rechtsform Eigenkapital aufbauen können. Es können im Prinzip jeden Tag Frauen beitreten und Geld einlegen.« Und wahrlich: Kapital haben die weit über 800 Mitglieder der Genossenschaft weiterhin nötig, um die ökologische Sanierung der rund 5.500 qm Nutzfläche und den Neubau eines Wohnhauses realisieren zu können.

ALTERNATIV UND PROFESSIONELL

Die Unternehmerinnen, die hier mehr oder weniger in der Anfangsphase stecken, betonen unisono, daß gerade der solidarische Umgang untereinander das Arbeiten angenehm macht. Angela Entrich, Inhaberin von Entes Strumpf- und Wäscheladen, hätte sich ohne diese Unterstützung wohl nicht getraut, den Schritt in die Selbständigkeit zu wagen. »Ich erfuhr 1990 über ein Plakat in der U-Bahn von der WeiberWirtschaft und wurde Mitglied. Als ich 1992 erneut arbeitslos wurde, nutzte ich die Gelegenheit.« Zu ihrer Überraschung wirkte sich der Kontakt zur WeiberWirtschaft positiv auf die kreditgebende Bank aus. »Der Bänker fand, da mein Geschäftskonzept stimmte, die Zusammenarbeit besonders reizvoll.« Andere Erfahrungen machten Dagmar Schledermann und Sylvia Scherr, die Chefinnen des Reisebüros Worldwide Business Travel. »Viele Banken reagierten eher distanziert und waren über die WeiberWirtschaft schlecht informiert, dachten beispielsweise, daß wir nur für Frauen offen stünden.« Da war die Angst vor »pöbelnden Lesben«. Doch die Beiden brauchten keine teuren Anschaffungen. »Wir haben das meiste über unser Sparbuch angeschafft«, beschreibt Dagmar Schledermann die Existenzgründung. Für Sylvia Scherr war es auch ein Experiment, sich mit der WeiberWirtschaft einzulassen. »Ich hatte zunächst gedacht, so 'ne Genossenschaft ist was Abgehobenes, nichts für uns.« Dagmar Schledermann wirft ein, »hier werden jedoch keine Luftschlösser gebaut« und Sylvia Scherr ergänzt, »ganz im Gegenteil findet eine gelungene Mischung von Alternativität und Professionalität statt.« Sie haben hier ihre Steuerberaterin und Versicherungsexpertinnen gefunden. Auch die Mietpreise und Konditionen sind erschwinglich und sprechen für den Namen der WeiberWirtschaft.

Die Fair Ladies Versicherungsmaklerinnen, Inge Schassberger und Gerda Plate, versprechen sich auch Werbeeffekte. »Je mehr Nutzerinnen hier im Gewerbehof einziehen, umso mehr wird auch der Name WeiberWirtschaft bekannt.« Der Kontakt unter den Unternehmerinnen bleibt jedoch nicht auf den Austausch von Fachwissen beschränkt. »Ich habe keine Angst, daß hinter meinem Rücken getuschelt wird,« betont Gerda Plate das gegenseitige Vertrauen. Inge Schassberger bringt es auf die Formel, »wir Mieterinnen sind die WeiberWirtschaft.« Ein bisschen Gefühlssache spielt für Dagmar Schledermann auch mit, »wir können uns leiden.«

Die Frage, ob Treffen unter den Mieterinnen von einem Gremium organisiert würden, belächelt Inge Schassberger. »Nur zwei gewählte Vertreterinnen zur Auswahl neuer Mieterinnen sind institutionell verankert, sonst läuft das nach Bedarf.« Gerade kürzlich waren sie aufgrund solch einer Initiative gemeinsam übers Wochenende weggefahren. »Wir Mieterinnen lassen hier keine hängen,« steht für Siglinde Klöpfer, Inhaberin der Druckerei Querformat, fest. »Gerade überlegen wir, ob und wie wir einen Solidaritätsfonds zur gegenseitigen Unterstützung einrichten können.« Siglinde Klöpfer, bereits seit Ende 1993 in der Anklamer Straße ansäßig, spricht fast schwärmerisch vom Umgang im Lösen der ganz alltäglichen Probleme. »Klar gibt es unterschiedliche Interessen zwischen Mieterinnen und Vermieterinnen«, doch trotz der widrigen Umstände – gerade beschert ihr die Baustelle totalen Wasserausfall – »verschwinden bisweilen die Grenzen« und ziehen hier alle Frauen an einem Strang.

LOBBYARBEIT FÜR FRAUEN

Neben dem »guten Feeling« ist es Inge Schassberger wichtig, »am Kunden orientiert« ihr Geschäft zu betreiben. Gerade weil im herkömmlichen Versicherungsgeschäft einzig die Anzahl der verkauften Policen zähle, war sie dereinst ausgestiegen; jetzt »fragen wir die Kunden, was sie wirklich brauchen und was sie bezahlen wollen oder können.« Sie sind froh, daß die WeiberWirtschaft im Ostteil Berlins ihre Pforten geöffnet hat, denn »die Frauen im Osten sind wenig aufgeklärt und der Abschluß einer Versicherung meist noch Sache des Mannes.« Jedoch ist diese Einschätzung eher wage, noch kommen hauptsächlich Männer und Frauen aus dem Westteil der Stadt.

Dagmar Schledermann und Sylia Scherr haben es sich auf die Fahnen geschrieben, »Lobbyarbeit für Frauen zu machen.« »Wir suchen Hotels heraus, von denen wir wissen, daß da keine Anmache abläuft. Auch wissen viele Frauen gar nicht, daß es beispielsweise Liegewagen der DB speziell für Frauen gibt«, beschreibt Dagmar Schledermann ihr Anliegen.

Ebenso spezifisch ist die Betreuung der Kinder von Mitarbeiterinnen und KundInnen in einer ortsansässigen Kindertagesstätte. Sie soll nach den Sanierungsarbeiten Ende 1995 zum Einsatz kommen. Das gibt es in männlich dominierten Betrieben selten – nur auf Druck der Arbeiterinnen.

Weniger bekannt ist, daß die WeiberWirtschaft mit Senatsgeldern ökologisch saniert wird. Eine Brauchwasseranlage und ein Blockheizkraftwerk sind installiert und Schulungen sollen die Mieterinnen befähigen, umweltbewußt zu wirtschaften. »Wir zahlen gerne ein wenig mehr,« erklärt Inge Schassberger, »wenn wir dafür sicher sein können, daß hier kein Asbest im Bau steckt oder langfristig Heizkosten gespart werden.« Viele ökologische Maßnahmen seien erst in der Planung, so betont Siglinde Köpfer und hofft, den Umweltauflagen ihrer Branche genüge zu tun, doch über alternative Druckfarben oder Reinigungsmittel denkt sie derzeit nur nach. Derzeit druckt sie beengt in einer vorübergehenden Werkstatt, ihre endgültige Druckerei mit Gründach befindet sich noch im Umbau.

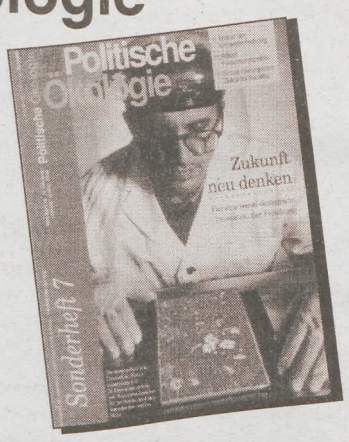
Auf dem Gelände sind bisher 20 Unternehmerinnen tätig und längst ist nicht alles vermietet. Und wo Kommunikation stattfindet, bleiben Konflikte nicht aus. So erwartet Monika Damm mit Spannung die Verteilung der Wohnungen. »Ob es da ein gerechtes Verfahren geben wird, wage ich zu bezweifeln«, überlegt sie. Auch überlegen »Vorstand und Aufsichtsrat gerade, ob die Unternehmerinnen nicht auch spezielle Angebote für die anderen Genossenschaftlerinnen, die hier ihr Geld zur Verfügung stellen, anbieten sollten.«

Besondere Probleme sieht Monika Damm auch darin, Frauenbetriebe im handwerklichen oder produzierenden Gewerbe zu finden. »Es werden zwar immer mehr Frauen in diesen Bereichen ausgebildet, doch ist es schwierig, danach eine Anstellung zu finden. Hier müßte man gesamtgesellschaftlich nachdenken, wie Existenzgründungen von Frauen besonders gefördert werden könnten.« Monika Damm wünscht sich, daß in der WeiberWirtschaft »langfristig auch Ausbildungsplätze entstehen« und sie ein gewisses Vorbild werde. Siglinde Köpfer weiß nicht, was die WeiberWirtschaft groß machen soll, um Frauenbetriebe hier anzusiedeln. Die Mietpreise jedenfalls können es auf keinen Fall sein, »die sind für Gewerberäume hier auf keinen Fall zu teuer.« Für sie steht fest, daß es »Frauen nicht extra schwer haben, sich selbständig zu machen, sie trauen sich nur nicht.«

Die WeiberWirtschaft steckt noch in der Anfangsphase, mit viel Enthusiasmus, der sich hoffentlich hält, und großen Hoffnungen und Wünschen, die sich erst in der Realität beweisen müssen. Weitere Nachfragen versprechen jedenfalls schon heute, spannend zu werden. ●

Anzeige

Politische Ökologie



Jetzt lesen!

Zukunft neu denken

Für eine sozialökologische Innovation der Forschung

Hrsg: Deutscher Naturschutzring (DNR) e.V.

Welche Rolle kann Forschung für eine ökologische Modernisierung spielen? Braucht die offizielle Forschungspolitik neue Leitbilder? Wie müßte solch ein sozial-ökologisches Leitbild aussehen und in der Forschung konkret umgesetzt werden.

Jetzt für DM 14,80 überall in der **Bahnhofspresse** erhältlich oder direkt bestellen bei:

ökom GmbH
Waltherstr.29, Rgb.
80337 München
Tel.: 089/544 184-0
Fax: 089/544 184-99

FRAUEN-COMPUTER-SCHULE:

Das neue Kursprogramm ist da!

Das neue Programm der Frauen-Computer-Schule München, das von Mai bis August allein 88 Kurse anbietet, kann ab sofort unter Telefon (089) 167 55 89 bei Angelika Huber und Elisabeth Seidel angefordert werden.

Spezielles gibt es für Grafikerinnen auf DOS und Macintosh. Dazu gehört auch ein vom Arbeitsamt geförderter DTP-Kurs, der vom 24. Juli bis 25. August dauert. Teilnehmen können maximal acht Frauen. Baldige Anmeldung ist erforderlich. Die Förderbedingungen werden zur Zeit großzügig ausgelegt.

Für Sachbearbeiterinnen oder Sekretärinnen, die wieder in den Beruf einsteigen wollen, gibt es außerdem einen Halbtageskurs mit den Schwerpunkten Textverarbeitung, Tabellenkalkulation und Datenbank. Auch hier gilt: bei nur elf PC-Plätzen bitte so schnell wie möglich entscheiden.

Besonders beliebt sind die kombinierten Kurse mit DOS, Windows und Word für Windows (=Winword). Das Angebot wurde von Tages- und Vormittagskursen auf Kurse, die abends von 18-21 Uhr und nachmittags von 14-17 Uhr stattfinden, ausgedehnt.

Weiter spielen Kurse für den EDV-Einstieg eine wichtige Rolle. Als Basis für den selbständigen Umgang mit dem PC, vor dem Kauf eines Computers oder als Ergänzung zum »reinen Anwendungswissen«. ●

dp

NATIONALISMUS

Wege der Staatenbildung in der außereuropäischen Welt

Emotionen kommen hoch, wenn es um den früher totgeglaubten Nationalismus geht. Eine sachliche Information zu diesem brisanten Thema, die das politische Verständnis erweitert, liegt mit diesem Buch vor. Nach einer einführenden theoretischen Diskussion und einer aussagekräftigen Einführung in die Entwicklung des Nationalismus in Europa, führen die einzelnen Beiträge das nationale Erwachen u.a. in der Türkei, Japan, Schwarzafrika sowie den spirituellen Nationalismus unter Gandhi vor Augen. Während der Nationalismus in Europa als Gespenst erscheint, trägt er in der »Dritten Welt« oft emanzipative Züge, die sich gegen bestehende koloniale bzw. imperialistische Abhängigkeiten wenden. Diese ideologische Kluft – »böser« Nationalismus in Europa, »guter« in der Dritten Welt, an der sich die Linke die weltanschaulichen Zähne ausbeißt, wird freilich auch in diesem seriösen Werk nicht aus der Welt geschaffen.

Die Autoren definieren den Nationalismus als Teil des gesellschaftlichen Modernisierungsprozesses mit einem umfassenden Loyalitätsanspruch, der ihn vom mittelalterlichen Bewußtsein mit seiner regionalen und klassenspezifischen Bindung unterscheidet. So gesehen erscheint der Nationalismus in Europa als modernen Zeiten angepaßter »Rückfall« in »jene Einheit von Gruppenidentität und religiösem Bewußtsein, die alten, kleinräumigen Gesellschaften eigen waren«. (S. 10) Den Autoren ist zuzustimmen, daß die vielzitierte nationale Identität etwas geschichtlich gewordenes und nichts naturwüchsiges ist. Das ändert aber nichts an der Tatsache, daß auch in Europa ethnisches und nationales Selbstverständnis nicht willkürlich beeinflußbar ist und Veränderungen der ethnisch-nationalen Struktur nur innerhalb relativ enger Grenzen möglich sind. Die Zusammenhänge zwischen Ethnizität, Nationalismus und Staatenbildung erscheinen in diesem Zusammenhang als ein sehr komplexer, letztlich nur schwer faßbarer historischer Prozeß. Erhellend ist es da für interessierte LeserInnen, daß in diesem Buch die Heterogenität der nationalistischen Bewegungen in der »Dritten Welt« auf ihre jeweiligen Ursprünge zurückgeführt und sodann vergleichend betrachtet wird. ●

Roman Schweidlenka

Ernst Bruckmüller u.a. (Hg): Nationalismus. Wege der Staatenbildung in der außereuropäischen Welt. Verlag für Gesellschaftskritik, Wien 1994, 250 Seiten, DM 43,– /sFr 44.30/öS 298,–

ARBEITSHILFEN SOZIOKULTUR:

Zwei neue Bücher in der Reihe

Projektförderung und Soziokultur

Die Finanzierung soziokultureller Zentren wie anderer freier Kultureinrichtungen durch öffentliche Geldgeber ist noch immer völlig ungenügend. Angesichts unzureichender betrieblicher Absicherung werden Zuschüsse für befristete Projekte zum wichtigsten förderungspolitischen Instrument. Und dies gerade in den Bereichen, wo Soziokultur im eigentlichen Sinne ihre kulturellen, sozialen und politischen Aufgaben erfüllt, so z.B. in der Kinder- und Jugendarbeit, in der Organisation von Kunst- und Theaterwerkstätten, bei Vorhaben mit und für Migranten. Hier ist die Abhängigkeit von Projektfördermaßnahmen am höchsten, die Planungssicherheit für die laufenden Arbeiten am geringsten.

Die Autoren machen den Versuch, die verschiedensten Facetten einer solchen Förderung und ihre Auswirkungen zu untersuchen: Richtlinien verlangen »innovative Ansätze«, »Modellhaftigkeit« und »überregionale Bedeutung« – was bedeuten diese Anforderungen an Kulturprojekte für den »Alltag« eines Zentrums? Verurteilt Projektförderung zum Erfolg um jeden Preis? Steht der Aufwand der Beantragung und Abrechnung eines Projekts in einem rechten (auch betriebswirtschaftlichen) Verhältnis zum praktischen Nutzen? Welchen Einfluß üben Erwartungen der Geberseite auf die inhaltliche Arbeit aus?

Die Autoren behandeln das Thema aus der Sicht der Akteure vor Ort, beziehen aber auch Erfahrungen von MitarbeiterInnen aus Fonds, Stiftungen und Verwaltungen sowie KulturberaterInnen ein.

Das vorliegende Buch ist auch als Hinweis auf die Veränderbarkeit einer eingeschliffenen Praxis zu verstehen. Neben die Analyse wichtiger Strukturmomente des Nexus Soziokultur / Projektförderung tritt die Ermunterung, neue oder andere Verfahren der finanziellen Sicherung soziokultureller Einrichtungen zu kreieren. Ein Appell, der sich zuerst an die Akteure der Soziokultur selbst wendet. Aber: Zeitgemäße und zukunftssichernde Finanzierungsinstrumente in der öffentlichen Kulturpflege, die stabilisieren und gleichzeitig Projekten Raum geben, können nur zusammen mit Politik und öffentlicher Verwaltung entworfen werden. ●

Bomheuer, Spiekermann, Stüdemann, »Arbeitshilfen Soziokultur: Projektförderung und Soziokultur«, Bundesvereinigung soziokultureller Zentren e.V. (Hg.), 150 Seiten, Essen 1994, ISBN 3-924379-28-9, 18 DM.

Netzwerk Soziokultur

Mit diesem Buch stellen sich die selbstverwalteten soziokulturellen Zentren und ihre Landesarbeitsgemeinschaften erstmals gemeinsam einer breiteren Öffentlichkeit vor. Ob in Schleswig-Holstein oder Bayern, ob in Mecklenburg-Vorpommern oder in Sachsen, soziokulturelle Einrichtungen gehören inzwischen selbstverständlich zur kulturellen Infrastruktur vieler Städte und Gemeinden.

Allerdings sind sie, als noch relativ junger Bereich des kulturellen Lebens in der BRD, momentan besonders von Einsparungen und Mittelkürzungen betroffen. Folgerichtig beschäftigen sich mehrere Beiträge mit den materiellen Problemen soziokultureller Arbeit vor Ort. Darüber hinaus werden die Ergebnisse einer bundesweiten Untersuchung der Zentren präsentiert sowie einige inhaltliche Schwerpunkte der Zentrumsarbeit exemplarisch diskutiert. ●

Netzwerk Soziokultur, Arbeitshilfen Soziokultur, Bundesvereinigung soziokultureller Zentren e.V. (Hg.), 136 Seiten, Essen 1994, ISBN 3-924379-37-8, 16 DM.

Bezug der beiden Bücher über den Buchhandel oder direkt bei: Bundesvereinigung soziokultureller Zentren e.V., Wilhelm-Nieswandt-Allee 104, D-45326 Essen.

dp

ARBEITSHILFE

Kreative Problemlösung

»Kreativ zu sein« – gepaart mit Eigeninitiative und Selbstverantwortung – nicht nur im beruflichen Alltag, sondern auch bei der Gestaltung des privaten und öffentlichen Lebens als entscheidendes Plus. Der soeben erschienene »Ratgeber für kreative Problemlösung« stellt methodische Anregungen für die erfolgreiche Ideenfindung vor und behandelt alle sonstigen Schritte, die zu einem nachhaltigen »Kreativitätserfolg« notwendig sind.

Autor Reinhard Sellnow nennt beispielsweise die erforderlichen Verfahrensregeln und präsentiert leicht einsetzbare Hilfsmittel, um zunächst das Ausgangsproblem und die Zielperspektive zu präzisieren und eine wirkungsvolle Umsetzung anzubahnen. Denn neue Ideen tragen nur so weit, wie der anschließende Prozeß der Auswahl, Bewertung und praktischen Operationalisierung der besten Vorschläge ernstgenommen und konsequent gestaltet wird. Zudem müssen die verkrusteten individuellen Denkgewohnheiten aufgebrochen und die geistigen »Trampelpfade« verlassen werden. Die Beteiligten müssen sich Freiräume für schöpferische Phantasie und Spontaneität schaffen – z. B. durch geeignete soziale und institutionelle Rahmenbedingungen.

Der Ratgeber weist mit einer ganzheitlichen, prozeßhaften Betrachtungsweise, von der Bestandsaufnahme und Problemerklärung über Phantasie- und Ideenphase bis zur Realisierungsprüfung und planvollen Verwirklichung nicht nur den Weg zu neuen Ideen, sondern zu Veränderungen in der Alltagswirklichkeit. Viele praxisorientierte Anregungen machen die Arbeitshilfe zu einem nützlichen Wegweiser für den Kreativitätsworkshop oder die Projektentwicklung im Team. ●

dp

Sellnow, Reinhard: Die mit den Problemen spielen ... Ratgeber zur kreativen Problemlösung, Arbeitshilfen für Selbsthilfeund Bürgerinitiativen Nr. 10, Bonn 1994. 80 S., ISBN 3-928053-38-8; zu beziehen über die Stiftung Mitarbeit, Bornheimer Str. 37, D-53111 Bonn, Tel. (02 28) 63 00 23, Fax 69 54 21.

COMIC

Sin City

»Die Hölle? Du kennst die Hölle nicht. Hölle heißt nicht, verprügelt werden, abgestochen oder vor eine bepisste Jury gezerrt werden. Hölle heißt, jeden verdammten Morgen aufzuwachen und nicht zu wissen, warum man existiert, warum man überhaupt atmet.«

Diese knallharten Sätze stammen nicht aus einem Roman von Mickey Spillane, dem »hard guy« der amerikanischen Krimis der 40er Jahre, sondern aus Frank Miller's neuestem Comic »Sin City«, der jetzt bei Carlsen auf deutsch erschienen ist. Genau wie Spillane hat auch Miller eine Vorliebe für explizite Gewaltdarstellungen, was beiden den Vorwurf der Gewaltverherrlichung einbrachte. Aber zwischen Miller (geb. am 27.1.1957) und Spillane liegt rund ein halbes Jahrhundert und so gibt es naturgemäß einige Unterschiede.

Zum Beispiel, daß der Täter in diesem rasanten Krimi ein geisteskranker Serial-Killer a là Hannibal Lecter (»Das Schweigen der Lämmer«) zu sein scheint. Doch damit soll nicht zuviel verraten sein, denn das lesen dieses Comics sei doch jedem angeraten.

Kurz gefaßt geht es in »Sin City« darum: Marvin, ein Mann in Form eines Wandschrankes und gerade aus der Haft entlassen, wacht eines Morgens neben einer toten Prostituierten auf. Nun bricht die Hölle für ihn los: Die Polizei auf den Fersen, versucht er den Mörder des Mädchens zu finden, in die er sich so wahnsinnig und spontan verliebt zu haben scheint...

Kein besonders origineller Plot im Krimi-Genre, zugegeben. Doch das interessante an der Story ist, daß Marvin selbst auch nicht alle Tassen im Schrank zu haben scheint. Damit ist er also nicht unbedingt besser dran als sein Widerpart.

Dieser Umstand und die hervorragende Grafik von Frank Miller, sowie die harten, trockenen Dialoge machen »Sin City« zu einem der interessantesten Comics der letzten Zeit.

Inzwischen liegt in den USA eine zweite »Sin City«-Story vor, die im Juni unter dem Titel »Eine Frau, die man tötet« in Hamburg erscheint. ●

Jörg Petersen

Sin City, Band 1: Engelschuft; Text & Zeichnung: Frank Miller, 80 Seiten; DM 24,90; Carlsen Verlag Hamburg.

STIFTUNGSFÜHRER

Waren Projekte, denen es um eine Starthilfe für ihr Projekt ging, bei der Suche nach passenden Geldgebern bisher auf Stiftungshandbücher angewiesen, deren praktischer Informationsgehalt äußerst mäßig war, so bietet nun ein neues praxisorientiertes Nachschlagwerk Abhilfe.

Der »Maecenata Stiftungsführer« stellt 1.111 der wichtigsten bundesdeutschen Förderstiftungen vor. Vom »Ernst-Abbe-Fonds« bis zur »Dierks-von-Zweck-Stiftung« sind neben Rechtsform und Anschrift auch kurze Angaben zum Stiftungszweck, zu den jährlichen Ausgaben und zum Antragsverfahren aufgeführt. ●

dp

Maecenata Stiftungsführer – 1.111 Förderstiftungen, Verlag Maecenata, München 1994, 291 S., ISBN 3-9803947-0-00.

ZUR INSZENIERUNG DER MUSEEN

Reproduzierte Zeiten

»Reproduzierte Zeiten« ist der Titel einer eben erschienenen Publikation des Museumspädagogischen Dienstes Hamburg, die sich nicht nur an MuseumspädagogInnen richtet. Unter dem Motto »Der Kopf lernt jetzt die Füße kennen« enthält das Buch Aufsätze, überarbeitete Beiträge und Erweiterungen der gleichnamigen museumspädagogischen Fachtagung, die Ende 1991 in Hamburg stattfand.

Was ereignet sich, was ergibt sich daraus, daß Museen zugleich inszenieren und inszeniert werden? Was daraus, daß Museen nicht nur Historisches wahrnehmbar machen, sondern selbst historisch verfaßt und öffentlich verantwortet sind? Die Beiträge setzen mit ihren Fragestellungen hier an und erörtern die Aktualität der Museumsinszenierung aus der Sicht der Kunstpraxis, der Museumspädagogik und des Ausstellers.

Bestellt werden kann die 150-seitige Publikation für 28,90 DM beim LKD-Verlag, Luisenstr. 22, D-59425 Unna; Tel. (0 23 03) 6 93 24, Fax 6 50 57. ●

dp

STOP ZEGG !!

Irdische Informationen zu einem kosmischen Projekt

Seit Februar 1995 gibt es eine umfassende Broschüre (36 Seiten) mit kritischen Informationen zum »Zentrum für experimentelle Gesellschaftsgestaltung« (ZEGG) in Belzig bei Berlin.

Die Broschüre enthält u.a. Darstellungen der Entstehungsgeschichte des ZEGG, eine Kritik am sexistischen Frauenbild sowie eine Auseinandersetzung mit der dahinterstehenden Natur- und Gesellschaftsideologie.

CONTRASTE wird Auszüge aus der Broschüre in den nächsten Ausgaben dokumentieren, hier zunächst das Vorwort der »Rosaroten PantherInnen«:

»Es ist immer schwierig, am Ende wieder den Anfang zu finden. Jetzt, nachdem wir diesen Reader endlich fertig haben, überlegen wir uns, wie wir überhaupt auf die Thematik ZEGG gestoßen sind. Erste Auslöser für unsere Beschäftigung mit ZEGG waren – für einen Teil von uns – die zahlreichen Plakate und ähnliche Werbematerialien, mit denen das ZEGG massiv für sich warb.

Bei genauer Sichtung der Materialien stießen wir auf den massiven Sexismus, den das ZEGG mit seiner Ideologie der »Freien Liebe« propagiert. Auch die Beteiligung des ZEGG an der Verteidigung des im Kölner Kinderladenprozeß wegen sexuellen Mißbrauchs Angeklagten fiel uns negativ auf.

Genauso gerieten sie durch Gegenveranstaltungen, in denen kritisch über sie informiert wurde, in unser Blickfeld. Dazu kam noch, daß einzelne Menschen aus unseren Bekanntenkreisen, die z.T. auch politisch aktiv waren, sich mehr und mehr für ZEGG interessierten und daran mitwirkten. Dies führte dazu, daß sie sich aus anderen Zusammenhängen mehr oder weniger rauszogen, wenn das nicht schon vorher der Fall war.

Für einen anderen Teil von uns war ZEGG aber auch schon länger Thema. Zum Beispiel, weil sie es geschafft hatten, in einer Kneipe in Berlin-Moabit einen als Literaturkreis getarnten regelmäßigen Werbeabend aufzuziehen und es dagegen Proteste gab.

Nach intensiver Beschäftigung mit ZEGG machten wir dann Anfang 1994 zwei Infoveranstaltungen dazu (die erste im gemischten Zusammenhang, die zweite nur für Frauen).

Da auf diesen Infoveranstaltungen reges Interesse bestand, mehr darüber zu wissen, und viele auch über ähnliche Erfahrungen wie wir berichteten, wollten wir unsere Infos nochmals in Form dieses Readers zusammenschreiben.

Ihr könnt die einzelnen Beiträge unabhängig voneinander lesen, deshalb werdet ihr aber auch feststellen, daß sich einzelne Informationen wiederholen. Das hier ist also das Ergebnis!!!

Was ist das ZEGG?
ZEGG bedeutet: Zentrum für experimentelle Gesellschaftsgestaltung

Nach seiner Selbstdarstellung ist das ZEGG:
Ein Versuch, neue Formen des Zusammenlebens zu entwikkeln und so die Erde zu heilen

Nach unserem Eindruck ist das ZEGG:
Ein Mittelding zwischen reaktionärem Religionsersatz und der New-Age-Version des Club Méditerrané.« ●

Die Broschüre ist erhältlich über: Rosarote PantherInnen, c/o AG Sekten beim AStA FU Berlin, Kiebitzweg 23, D-14195 Berlin. Bitte pro Exemplar 3 DM plus 3 DM Porto in Briefmarken und/oder Scheinen beilegen oder den Betrag auf das Konto Nr. 6336285681 bei der Berliner Bank (BLZ 100 200 00), Kontoinhaberin A.I.M. überweisen; Stichwort ZEGG, eigenen lesbaren Namen und Adresse bitte nicht vergessen.

dp

ALPENWEIBER

»Alpenweiber in BeWEGung« entstand aus einer Tagung, die im Herbst 1993 stattfand, und an der über 50 Frauen aus den Alpenländern Schweiz, Italien, Österreich und Deutschland teilnahmen. Sie dachten gemeinsam über die Perspektiven von Frauen im Alpenraum nach. Der Hintergrund der Frauen ist dabei äußerst unterschiedlich, er reicht von den ökofeministischen Soziologinnen Maria Mies und Claudia von Werlhof über Künstlerinnen bis Bäuerinnen. Theoretischer Leitfaden ist die These, die männliche Aufklärung zerstöre die Natur und beinhalte die Ausbeutung von Frauen und Natur. Die moderne Landwirtschaft und Industrie samt ihren natur- und kulturzerstörenden Auswirkungen sei die Folge dieses Prozeßes. Dagegen gelte es, die bewahrenden Denk- und Handlungsweisen von Frauen (wieder) zu entdecken. Eine große Rolle spielt dabei die weibliche Spiritualität.

Die dokumentierten Vorträgen sind vier Blöcken zugeordnet: »Matriarchat anstelle von Herrschaft«, »Verwandtschaft statt Staat«, »Natur als Kultur« und »Agrarkultur statt Landwirtschaft«, in denen Frauen über ihre konkrete Situation berichten oder wissenschaftliche Beiträge beisteuern: Ruth Spielmann betrachtet die Bedeutung matriarchaler Denkweisen für die »Alpenweiber«, Claudia von Werlhof referiert die Archäologie des Patriarchats; Erfahrungen aus Kommunen, Direktvermarktung, Subsistenzversorgung in Zürich oder aus der Umstellung des eigenen Milchviehbetriebes auf biologischen Landbau kommen ebenfalls zur Sprache.

Bemerkenswert an dem Band ist die Thematisierung des Verhältnisses von Frauen und Agrarkultur, da ansonsten die Theorie und Praxis des ökologischen Umbaus von Landwirtschaft und Kulturlandschaft meist geschlechterunspezifisch diskutiert wird – obwohl die entscheidenden Anstöße zu einer anderen, gesünderen Ernährung oder zur Umstellung des Bauernhofes nicht selten von Frauen kommen. Die positiven Zuschreibungen für Frauen, die in den Beiträgen verwendet werden, sind oft nur die Übernahme männlicher: Frauen seien z.B. näher an der Natur und würden spirituelle Werte in sich tragen. Ist dies nicht ein vereinfachender Biologismus, den es zu überwinden gilt? Ebenso die Einnahme des Standortes des Opfers und der »Verantwortung« durch Frauen; auch wenn dies zur Erkenntnis der eigenen Lage hilfreich ist, ist es als Ausgangspunkt für Aktivitäten nicht ausreichend, da Frauen sich nicht unbedingt auch noch die Verantwortung für die Rettung »der« Natur aufhalsen lassen sollten. ●

Bernd Hüttner

Ruth Spielmann (Hrsg.): Alpenweiber in BeWEGung, 160 S., 29 sFr, 1994; bei: Verlag Notizie Della Calanca, CH-6546 Cauco/GR Schweiz

JOBS

Neustadt/Weinstraße: Das selbstverwaltete Wespennest-Kneipenkollektiv, Mitglied der Wespe e.V., sucht dringend Vollzeit-MitarbeiterIn, der/die sich zutraut, verantwortlich mit den Problemstellungen des Betriebs und Kollektivs umzugehen. Kochen, Putzen und Service gehören zum Arbeitsfeld.
Wespennest
Kneipe und Kulturkollektiv
Friedrichstr. 36
D-67433 Neustadt/W.
☎ (0 63 21) 3 47 85

Hast Du Interesse im Rahmen eines gut funktionierenden Teams in unserem **Selbstverwalteten Betrieb** mitzuarbeiten? Wir sind seit 14 Jahren im Bereich Solartechnik und **Regenwassernutzung** mit Erfolg tätig und zählen jetzt ca. 50 MitarbeiterInnen. Falls Du Erfahrungen in der **Wasserinstallationstechnik oder ähnlichem** hast, ist unsere Regenwasserabteilung die richtige Adresse für Dich. Dort erwarten Dich vielseitige Tätigkeitsfelder, wie Planung, Beratung, Verkauf u.a. Wir sind eine GmbH und erwarten zum späteren Zeitpunkt Deinen Einstieg als GesellschafterIn. Bewerbungen schickst Du an: Alois Wilhelm, Wagner & Co Solartechnik, Ringstr. 14, D-35091 Cölbe.

Wir suchen Offset-Drucker für feste Einstellung. Selbständiges Arbeiten erwünscht. Bewerbungen bitte schriftlich an:
Umweltzentrum Bielefeld
August-Bebel-Str. 16-18
D-33602 Bielefeld

JOBSUCHE

In welcher netten kleinen Schneidereiwerkstatt (gern selbstverwaltet) darf ich (19, Abi) ab Herbst eine Ausbildung machen?
Annette Chapligin
Umweltstation/Beckmannsfelder Weg
D-26969 Iffens
☎ (0 47 35) 3 18

Herstellungsleiter Fachverlag sucht neue Tätigkeit mit mehr Sinn in Verlag, Druckerei, Papierverarbeitungsbetrieb oder auch in kultureller, sozialer Institution.
☎ (07 11) 640 67 44

PROJEKTE

Finkenburg: Große Land-WG zwischen HB u. Verden mit Mosterei, Töpferei, biolog. Baustoffhandel i.Gr. und Perspektiven sucht nette, engagierte Menschen (mögl. mit Kind um die 5 Jahre), die in ein ökologisches & selbstverwaltetes Projekt einsteigen wollen.
☎ (0 42 04) 14 97

»Solidargemeinschaftshof-Projekt« der »Bremer Commune« sucht an biologischen Landbau interessierten, nicht etablierten Menschen. Sie (er) hat die Möglichkeit, eigene Ideen im Bereich der Lebens- und Arbeitsgemeinschaft umzusetzen.
Alma Remmers, Fleetstr. 9, D-28219 Bremen
☎ (04 21) 396 18 97

autonomie
kongreß-ini mehringhof gneisenaustr.2a 10961 berlin
konto: th.köhn volksbank berlin10090000km.123456789
Ostern'95
Berlin
Humboldt - Uni
Unter den Linden
14.-17. April
Autonomiebegriff
Unterschiede
Differenzen
Solidarisierung
Perspektiven
kongress

Ich weiß nicht, wo mein Geld geblieben ist!

Vielleicht geben Sie für manche Dinge, auf die Sie verzichten könnten, mehr Geld aus als Sie wollen. Unser Tip: Ein Haushaltsbuch verschafft Überblick über Ihre Finanzen!

Weitere Informationen zum Umgang mit Geld und Anregungen und Tips zum Umweltschutz gibt es beim ConsumentenBund e.V. -Bund umweltbewußter Verbraucher- Gürzenichstr.7, 50667 Köln; bitte 7.-- DM Kostenbeitrag in Briefmarken beilegen! Spendenkonto: 406 416 - 504, Postbank Köln (BLZ 370 100 50).

Täglich links:
Die Tageszeitung junge Welt

Jetzt im Test-Abo:
Die ganz neue Art Tageszeitung

Ja *ich bestelle die "junge Welt"*
für 4 Wochen zum Test-Preis von 15 DM (nur Vorkasse/Scheck, Briefmarken, bar).
Name .....
Str./Nr. .....
PLZ/Ort .....
Unterschrift .....
Das Test-Abo darf einmalig wahrgenommen werden. Wird der Bezug nicht vor Ablauf der 3. Testwoche gekündigt, wandelt sich das Test-Abo in ein reguläres Abonnement um. Ich kann diese Bestellung innerhalb von 7 Tagen nach Absendung (Poststempel) schriftlich widerrufen bei: Junge Welt-Vertrieb, Am Treptower Park 28-30, 12435 Berlin
Datum/ 2. Unterschrift .....
Coupon und 15 DM einsenden an: Junge Welt, Postfach 39, 12414 Berlin

Plakatmappe: Stadtguerilla

Plakate der letzten 25 Jahre. 14 verschiedene Plakate (teilweise vierfarbig/DIN A3). Der Überschuß kommt der Solidaritätsarbeit für die politischen Gefangenen zu. Pro Exemplar 30 DM plus Versandkosten 10 DM (nur gegen Vorkasse bar/Scheck). **Bestellungen über:**

CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg

RADIO VON UNTEN
Das alternative Medienmagazin

berichtet seit acht Jahren jeden Monat, in regelmäßigen Rubriken über:

Freie Radios in Ost und West, Musikpiraten, Gegenöffentlichkeit, Alternativpresse, politische Untergrundsender, Radio-Technik und vieles mehr

Einzelheft (48 S.) 5 Mark
Jahresabo (12 Hefte) 49 Mark
Probeheft (3 Mark) in Briefm.

Verlag Rainer Pinkau
Weender Str. 30
37073 Göttingen
Tel.: 0551-55121, Fax: 44871

KLEINANZEIGEN

Ausfüllen: Den Text gut lesbar eintragen (38 Anschläge/Zeichen ergeben eine Satzzeile)
Kosten: Privat bis zu 5 Zeilen **5 DM** (jede weitere Zeile 1 DM)
Gewerblich bis zu 5 Zeilen **30 DM** (jede weitere Zeile 5 DM)
Private Stellengesuche sind kostenlos!
Chiffregebühren: 9 DM
Bezahlt werden kann mit Scheck, Geldscheinen, nicht mit Briefmarken und nicht mit Bankeinzug. **Im voraus muß allerdings immer das Geld hier sein.** Quittungen nur bei ausreichend frankiertem Rückumschlag. **Aufträge ohne Geld & Absender landen ausnahmslos im Papierkorb!** Ausnahme: Bestellwert ab 50 DM. Da gibt's nämlich ne Rechnung.
Termin: jeweils zum **15. des Monats**

Einsenden an:
CONTRASTE e.V.
Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg

SCHNIPSEL

Inländische Fluchtalternative Westtürkei
Mythos und Realität

Ein Bericht zur Situation kurdischer Flüchtlinge in der Westtürkei, entstanden im Rahmen einer Delegation vom 18. bis 29. März 1994 in den türkischen Teil Kurdistans und nach Istanbul. Er dokumentiert sorgfältig recherchierte Einzelfälle von Verhaftungen, Mißhandlungen und Folter, benennt Gesprächspartner, Tathergang und Zeugen.
Widerlegt wird eine Standardbegründung zur Ablehnung von kurdischen Flüchtlingen.

Herausgegeben von: AKTION 3.WELT Saar
Weiskircher Str. 24
66674 Losheim
Tel. 0 68 72 / 69 82 Fax: 78 26
(Preis: Pro Expl. 4,- DM + Porto, ab 10 Expl. 2,- DM + Porto. Bei Bestellwert bis 20,- DM Vorauskasse)

... und nie davon träumt, Zahn oder Messer zu sein
graswurzel revolution
FÜR EINE GEWALTFREIE, HERRSCHAFTSLOSE GESELLSCHAFT

In der gewaltfrei-anarchistischen Monatszeitung ist zu lesen

★Keine Tränen für **Tschetschenien**? Jelzins russisch-nationalistische Machtpolitik und der tschetschenische Nationalismus★ **Soldaten und Mörder.** Ein Schulaufsatz ★Aufruf zur **Schienendemontage** am CASTOR-Kran ★ Bericht von der **WRI-Konferenz** in Brasilien ★Neokonservative Modernisierungsversuche: **Schäubles Politikkonzept** ★Auseinandersetzung mit dem Vorwurf, gewaltlos-anarchistische Einflüsse in der Friedensbewegung hätten die Solidarität mit den vom Krieg in Ex-Jugoslawien Betroffenen verhindert★Ulcus Molle Info. 25 Jahre Literarisches Infozentrum Bottrop ★**Auschwitz: 50 Jahre nach der Befreiung** Jacques Semelin´s Schlußfolgerungen aus dem Genozid für heute★ **Buchbesprechungen** Semelin: Ohne Waffen gegen Hitler; Judentum und ArbeiterInnenbewegung; Deutsche Linke, Judentum, Zionismus und der Staat Israel u.v.a.m.

Graswurzelrevolution-Sonderheft Anarchismus und gewaltlose Revolution heute, 92 S., 8 DM.

Schnupperabo (4 Ausgaben, danach jederzeit kündbare Umwandlung in Abo) 10 DM gegen Vorkasse.
Jahresabo (10 Ausgaben) 35 DM.

Kirchstr. 14, 29462 Wustrow, Tel.: 05843/1403

tilt – Leser wissen mehr über Wehrpflicht, Zwangsdienste, Militär
In tilt 1/95 u.a.:
~ Schwerpunkt Zivilschutz: "Volk ohne Schutzraum?"
~ Schnellverfahren gegen Totalverweigerer
~ Transnational: Russisch KDV-Roulette
~ Zividschungel: Urlaubstips für ZDLer
Jahresabo (4 Ausgaben): 20,–DM * Geringverdiener: 16,– DM
Denk-Stein Verlag * c/o Uwe Erdmann * Alt-Moabit 55c * 10555 Berlin

FORUM
entwicklungspol. Aktionsgruppen

Heft 6 DM, Doppelheft 9 DM
MiniAbo 15 DM
(+ Porto, gegen Rechnung)
JahresAbo 50
Soli-/InstitutionenAbo 70 DM
ForderAbo ab 100 DM

Schwerpunktthemen:

185/86 Frauen - drinnen und draußen
187 Si por Cuba!?
188/189 Gentechnik stoppen!
190 Spiritualität und Politik

Redaktion FORUM
Buchtstr. 14/15, 28195 Bremen
Tel. 0421-32 51 56, Fax 33 78 177
PGA Hamburg, Sonderkonto FORUM
BLZ 200 100 20
Konto 66 69-209

IMPRESSUM

CONTRASTE

Monatszeitung für Selbstverwaltung
erscheint 11mal im Jahr.
ISSN 0178-5737
Herausgeber ist CONTRASTE,
Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie e.V.
Postfach 10 45 20
69035 Heidelberg
☎ (06221) 16 24 67
CONTRASTE wird von ca. 40 MacherInnen geschrieben, zusammengestellt, redigiert, gesetzt, gedruckt... und was alles zum Herausgeben dazugehört.

Die Informationen fliessen zusammen über die Regional- und Fachredaktionen. Endredaktion, Herstellung, Vertrieb und Anzeigenverwaltung erfolgt über CONTRASTE in Heidelberg.

Wer einen Beitrag in CONTRASTE veröffentlichen will, schickt ihn an die Heidelberger Endredaktion.

In Heidelberg sitzt die Stammbelegschaft, während in den Regional- und Fachredaktionen ausschließlich ehrenamtliche Leute am Werke sind.

Vertriebs-, AbonnentInnen- oder sonstige Beschwerden bitte auch in Heidelberg vorbringen.

Alle an einer aktiven Mitarbeit Interessierten können dies im Heidelberger Büro kundtun und erhalten dann regelmäßig die internen Redaktionsrundbriefe und Einladungen zu den viermal jährlich stattfindenden Redaktionstreffen.

Redaktionen :
10117 Berlin, Friedrichstr. 165, ☎ (030) 229 17 58 (auch Fax); 23701 Eutin, Redaktion Norddeutschland, Volker Nadolni, Janusstr. 11, ☎ (04521) 52 12, Fax 29 33; 27367 Sottrum, **Redaktion Bremen**, Götz Paschen, Everinghausen 42 (statt Telefon: Postkarte; 37073 Göttingen, Thomas Hardwig, Leinestr. 29, ☎ (0551) 770 40 26; 67433 Neustadt/Weinstr., Elisabeth Voß, Friedrichstr. 36, ☎ (06321) 3 27 54, Fax (06321) 3 47 01; 69035 Heidelberg, Postfach 10 45 20, ☎(06221) 16 24 67; 90429 Nürnberg, Kurt Regenauer, Imhoffstr. 22, ☎ (0911) 26 77 68; 06844 Dessau, Peter Schneider, Kurt-Weill-Str. 31, ☎ (0340) 37 93 (auch Fax); 01277 Dresden, Büro für Freie Kulturarbeit e.V., Reinhard Lichtenhahn, Schandauer Str. 64, ☎ (0351) 396 30 71 (auch Fax); Niederlande, 1019AT Amsterdam, ID-Archiv, ISSG, Cruquisweg 31, ☎ (003120) 668 58 66

Fachredaktionen :
Autonome Frauenseite: 10117 Berlin, Ricarda Buch, Friedrichstr. 165, ☎ (030) 229 17 58; **Alternative Energie/Technik:** 10999 Berlin, Wuseltronik, Christian Lutz, Paul-Lincke-Ufer 41, ☎ (030). 618 50 71 · Fax (030) 618 50 75; **Grafische Betriebe:** 10999 Berlin, Constantin Bartning, Paul-Lincke-Ufer 44a, ☎ (030) 611 68 03; **Genossenschaften:** 79102 Freiburg, Burghard Flieger, Erwinstr. 29, ☎ (0761) 70 90 23; **Handwerk:** 69035 Heidelberg, Andreas Küstermann, Postfach 10 45 20, ☎ (06221) 16 60 78; **Jugendumweltbewegung:** 37073 Göttingen, Peter von Rüden, Rasmus Grobe, Güterbahnhofstr. 10, ☎ (0551) 48 71 03, Fax (0551) 48 71 04; **Sozialpolitik:** 80337 München, AG SPAK, Dieter Koschek, Adlzreiterstr. 23, ☎ (089) 77 40 77 (Fax); **Naturkost:** 49008 Osnabrück, Herrmann Cropp, Postfach 18 11, ☎ (05402) 73 73; **Information und Datendokumentation:** 63329 Egelsbach, Erich Engelter, Mainstr. 23, ☎ (06103) 4 27 42
V.I.S.D.P.: Dieter Poschen, über CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Für Beiträge, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, übernimmt der/die Autor/in die Verantwortung.
Eigenverlag; alle Nachdruckrechte bei CONTRASTE e.V., Heidelberg
Anzeigenverwaltung: Dieter Poschen, c/o CONTRASTE e.V., ☎(06221) 18 34 02; Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 3/92
Herstellung:
Zündsatz GbR, Gaisbergstr. 97, 69115 Heidelberg;
Bildredaktion: Ute Berthold
Druck: Caro-Druck, Kasseler Str. 1A, 60486 Ffm

Mailbox:
CONTRASTE-LINK-N.cl.sub.de

Endredaktion:
☎ (06221) 18 34 02
Vertrieb:
☎ (06221) 16 24 67
Telefax:
☎ (06221) 16 44 89

ALTERNATIVE ÖKONOMIE

EUZ

Bildungsurlaube:

Ökologie und Ökonomie
In diesem Bildungsurlaub werden die politischen, betrieblichen und persönlichen Aspekte für zukünftiges ökologisches Wirtschaften erörtert. Dazu werden wir Gespräche mit Verantwortlichen aus Betrieben, Gewerkschaften und Umweltverbänden führen. Alternative Wirtschaftsmodelle werden der weltweiten Wachstumsdynamik und ihrer Konsequenz, der Umweltzerstörung gegenüber gestellt.
Termin: 27. bis 31. März 1995

Prima Klima?!
Neues aus der Atmosphäre – Sind wir noch zu retten?
Wir werden uns mit der Entstehung von Schadstoffen befassen, Schwefel, Chlor und andere Elemente erforschen, über Ozonlöcher und andere Konsequenzen diskutieren. Erkundungen und Expeditionen zum KlimaStädteBündnis, zu ökologisch arbeitenden Betrieben und Initiativen machen uns über lebbare Alternativen schlau. Was können wir tun, um unsere Lebensgrundlagen zu erhalten?
Termin: 27. bis 31. März 1995
Anmeldung & Information:
Energie- und Umweltzentrum (EUZ)
D-31832 Springe-Eldagsen
☎ (0 50 44) 3 80
Fax 46 40

SCHREINEREIENTREFFEN

Serie, Produktion, Vertrieb & Verbunddiskussion
vom 28. bis 30. April 1995 in Wuppertal
Anmeldung & Information:
Schreinerei Riegoletto
Fröbelstr. 8
D-42117 Wuppertal
☎ (02 02) 30 78 84

JUGEND & UMWELT

Anders leben – Anders arbeiten
Die vorgezeichneten Bahnen befriedigen vor allem junge Leute immer weniger. Ökologische Krise, Ausbeutung der meisten Menschen auf der Erde, Benachteiligung von Frauen und Mädchen, Hierarchien in der Gesellschaft und Konsumorientierung sind prägend für unsere Industriegesellschaft. Auf diesem Seminar wollen wir lebbare Alternativen vorstellen. Kommunen, selbstverwaltete Betriebe, freie Schulen sind Ansätze für eine neue herrschaftslose Gesellschaft, wie sie in libertären Theorien beschrieben wird. Ein EinsteigerInnen-Seminar für junge Leute. Kostenpunkt 30 bis 45 DM nach Selbsteinschätzung.
Termine: 24. bis 26.3.95 in Saasen (Gießen) und 23. bis 25.6.95 in Lutter (Nds.). Genaue Infos und Anmeldung: Verdener Umweltwerkstatt, Herrlichkeit 1, D-27283 Verden, Fax (0 42 31) 8 10 48.

LKD

Telefonmarketing
Alle, die das Telefon als Marketinginstrument effektiver nutzen wollen, haben Gelegenheit am 27./28. März 1995 in Unna ein Seminar der Landesarbeitsgemeinschaft Kulturpädagogische Dienste NRW e.V. (LKD) zu besuchen.

Buchführung für Non-Profit-Organisationen
Kenntnisse im Aufbau und in der ordnungsgemäßen Führung der Buchhaltung vermittelt am 29. März 1995 in Unna ein Seminar der LKD.
Information & Anmeldung:
LKD, Luisenstr. 22,
D-59425 Unna
☎ (0 23 03) 6 93 24
Fax 6 50 57.

FRAUEN

FRAU UND ARBEIT

Buchführung für Vereine
27.-29.3.95
Welche Öffentlichkeitsarbeit braucht der soziale Bereich?
Sponsoring als Möglichkeit, finanziell gefährdete Projekte zu erhalten
24.3.95 (Tagesseminar, Anmeldung erforderlich)
Information & Anmeldung:
Frau und Arbeit e.V.
Grindelallee 43
20146 Hamburg
☎ (0 40) 44 49 60

CONTRASTE-REGISTER

Register Nr. 1-100

9 Jahre CONTRASTE. Sach-, Personen- und AutorInnen-Register.
Gegen DM 50,– (Vorkasse) zu beziehen über:
CONTRASTE e.V.
Postfach 10 45 20
69035 Heidelberg

KRIMINALPOLITIK

Strafjustiz, Privatisierung und Profit
In den USA vollzieht sich seit vielen Jahren eine ganz bestimmte Entwicklung im Strafsystem – die Privatisierung. Begonnen mit den unterschiedlichsten Diversionsprojekten im Jugendstrafrecht wird sie nun auch bei der Versorgung mit Haftplätzen durch private Unternehmen realisiert.
Wie in den meisten gesellschaftlichen Bereichen schwappt das amerikanische System auch auf Europa herüber. In der BRD z.B. ist die Privatisierung im JGG in Form von ambulanten Maßnahmen zu einer gängigen jugendrichterlichen Sanktionsform geworden. Untersuchungen zeigen aber auch, daß es in einigen europäischen Ländern bereits Tendenzen zur Privatisierung von Gefängnissen gibt. Einfallstore sind hier die Untersuchungshaftanstalten und die Abschiebeknäste.
Privatisierung der Gefängnisse heißt, daß lediglich der Sicherheitsaspekt zählt, daß es auf das effektive Wegsperren und Verwahren ankommt. Im Rahmen dieser Tagung vom 5. bis 7. Mai 1995 an der Universität Bremen werden Kriminologen über die unterschiedlichsten Aspekte und Tendenzen der Privatisierung informieren, um mit den TeilnehmerInnen gemeinsam über die zu erwartenden Folgen und Auswirkungen einer solchen kriminalpolitischen Entwicklung zu diskutieren.
Veranstalter sind der Kriminalpolitische AK in der AG SPAK und die Bundesarbeitsgemeinschaft der freien Initiativen in der Straffälligenhilfe. Weitere Informationen und Anmeldung über: AG SPAK, Marga Mitterhuber, Kirchstr. 3, 72661 Grafenberg, Tel./Fax (0 71 23) 3 18 16.

RAT & PLAN

Der Schritt in die Selbständigkeit
Dieses Seminar wird Ihnen vermitteln, wie Sie die Gründung eines eigenen Unternehmens planen können. Die Themen: Gründungsplanung, Finanzierung, Gründungsformalitäten, Steuern, Rechtsformen u.a.m.
Termine: 15.3./16.3./17.3.95
jeweils 18 bis 21 Uhr

Controlling
Metoden und Techniken
Wer Controlling nicht als »Kontrolle«, sondern als Steuerung seines Unternehmens versteht, braucht Methoden und Hilfsmittel, nach denen er steuern kann. Das Seminar stellt eine Auswahl solcher Methoden vor. TeilnehmerInnen sind Personen, die in ihren Betrieben grundlegende Entscheidungen zu treffen haben oder diese vorbereiten.
Termin: 8.4.95, 10-17 Uhr

Zeit- und Selbstmanagement
Viele Führungskräfte fühlen sich gehetzt. Der Berg der zu erledigenden Aufgaben ist immer größer als geplant. Sie tragen Zeit-Schulden mit sich herum! Was Sie nicht schaffen, das schafft Sie! In diesem Seminar lernen Sie Mittel und Wege kennen, wie Sie sich, Ihre eigene Arbeit und letztlich Ihren Betrieb besser organisieren können.
Einführungsabend: 4.4.95, 18-21 Uhr
Workshop: 24.4.95, 10-17 Uhr

Umwelt-Audit
Last oder Chance für kleine Unternehmen?
Im April tritt die EU-Öko-Audit-Verordnung in Kraft. Schon heißt es, daß Behörden und Großunternehmen zukünftig von ihren Zulieferern eine Umwelt-Zertifizierung verlangen werden. Welche Kosten und welcher sonstige Aufwand kommen auf einen Betrieb zu? Das Seminar gibt einen Überblick über die EU-Richtlinie, informiert über den Stand der Umsetzung und zeigt mögliche Wege auf, wie auch kleine Unternehmen die Chancen wahrnehmen können, die mit dem neuen Verfahren verbunden sind.
Termin: 25.4.95, 18-21 Uhr
Inormation & Anmeldung:
Rat & Plan GbRmbH
Am Felde 2
D-22765 Hamburg
☎ (0 40) 390 81 10
Fax 390 81 86

PÄDAGOGIK

Fortbildung für JugendkunstschulpädagogInnen
Maßgeschneidert für Fachkräfte an Jugendkunstschulen ist eine Fortbildung der Akademie Remscheid und des Bundesverbandes der Jugendkunstschulen und Kulturpädagogischen Einrichtungen e.V. (BJKE). Vom 24. bis 28. April 1995 können sich MitarbeiterInnen dieser kulturpädagogischen Einrichtungen in dem dreiphasigen Grundkurs qualifizieren und professionalisieren. Die dreitägige Veranstaltung wird durch mindestens zwei weitere Werkstattkurse ergänzt.
Die ausführliche Ausschreibung und Anmeldeformulare sind bei der Akademie Remscheid, Küppelstein 34, D-42857 Remscheid, Tel. (0 21 91) 7 94-0 erhältlich.

Rhetorik als Praxistraining
Alle, die im beruflichen Alltag überzeugen wollen, sind eingeladen, vom 24. bis 25. April 1995 eine Fortbildung der Landesarbeitsgemeinschaft Kulturpädagogischer Dienste NRW e.V. (LKD) in Unna zu besuchen.
Die Kosten betragen 305 DM incl. Übernachtung und Arbeitsmaterial. Aufgrund der begrenzten TeilnehmerInnenzahl werden Interessierte gebeten, sich frühzeitig anzumelden: LKD, Luisenstr. 22, 59425 Unna, Tel. (02303) 6 93 24, Fax 6 50 57.

SOMMERCAMP

Anarchistisches Sommercamp in Hamburg
Die Anarchistische Föderation Hamburg (AFH) plant für die Zeit vom 22. bis 30. Juli 1995 ein Sommercamp auf einem Campingplatz in der Nähe von Hamburg. Eingeladen sind alle AnarchistInnen, die für den Sommer noch keine Pauschalreise gebucht haben.
Leute, die Lust haben daran teizunehmen, jetzt oder später mehr Infos zu bekommen oder sich aktiv an den Vorbereitungen zu beteiligen, sollten sich an die AFH, c/o Libertäres Zentrum
Lagerstr. 27
D-20357 Hamburg
wenden.

Zum Verbleib bei der/dem BestellerIn
Ich habe am ..... die Zeitung CONTRASTE zum jährlichen Bezugspreis von 80,-DM abonniert. Ich weiß, daß ich das Abonnement innerh. von 7 Tagen schriftlich widerrufen kann. Dazu genügt eine Postkarte an:
CONTRASTE-Vertrieb, Postfach
10 45 20, 69035 Heidelberg

SCHON BESTELLT ?

BUNTE SEITEN 1995
Marktplatz der ökologisch verantwortungsvollen und politisch engagierten Betriebe und Projekte. Erstmalig als Handbuch und stark erweitert, werden sie voraussichtlich Ende März/Anfang April erscheinen. Für 30 DM (im Abo 20 DM) gegen Vorkasse erhältlich über die CONTRASTE-Redaktionsanschrift.

NEUE RECHTE

Neue Rechte
19. bis 12.5.95 in Mainz
Die Götter des New-Age – Spiritualität & Faschismus
9. bis 11.6.95 in Darmstadt
Infos & Anmeldung:
Jugendumweltbüro Mainz
Postfach 1647
D-55006 Mainz
☎ (0 61 31) 23 67 66

KULTUR

7. Kulturbörse Freiburg
Forum für Kleinkunst vom 22. bis 23. März 1995 im Bürgerhaus Freiburg
Programm & Infos:
Kulturamt Stadt Freiburg
Münsterplatz 30
D-79098 Freiburg
☎ (07 61) 201 21 15
Fax 201 21 99

REGIONALENTWICKLUNG

Veranstaltungungsreihe:
Regionalentwicklung aus sozial-ökonomischer Sicht

Wohnen: Zwischen individueller Gestaltung und soziokultureller Prägung
Wie wohnen wir, wie möchten wir wohnen, wieviel eigene Gestaltungsmöglichkeiten haben wir noch? Wo wir 2/3 des 24-Stunden-Tages zubringen, haben wir oft nur die »Wahl« des Mobiliars. Trotzdem zahlen viele die Hälfte ihres Einkommens für Miete.
ExpertInnen diskutieren neue Qualitäts-Standards, die politischen Träger eher die Quantitäten: »Mensch x qm Grundbedarf = Anzahl der benötigten Wohneinheiten + 50% als Risiko und Beisteuerungsrest.«
Für Experimente bleibt wenig Raum – gerade diese zu diskutieren ist uns an diesem Tag wichtig.
Termin: 22.3.95, 10 bis 18 Uhr
Ort: Kulturzentrum Lagerhaus, Schildstraße, Bremen
Kosten: 18 DM (E: 12 DM)

Frauen und soziale Ökologie zwischen Verantwortung und Vereinnahmung
Unter »Sozialer Ökologie« verstehen wir die Berücksichtigung gesellschaftlicher Verhältnisse für den Umgang mit Natur, insbesondere die Berücksichtigung unserer Arbeitsweise für unser Naturverständnis und unseren Naturumgang. Hier gilt es zu fragen, ob Frauen aufgrund ihrer Arbeitsformen eigentlich ein anderes Naturverständnis oder einen anderen Naturumgang haben. Oder »bleibt« ihnen etwa nur die Verantwortung für die ökologischen Folgewirkungen diverser Produkte, z.B. die richtige Müllsortierung und Entsorgung?
Termin: 25.4.95, 10 bis 18 Uhr
Ort: AG Stadt Land Ökologie, Donandtstr. 4, Bremen
Kosten: 18 DM (E: 12 DM)
Infos & Anmeldung:
AG Stadt Land Ökologie
Donandtstr. 4
D-28209 Bremen
☎ (04 21) 349 17 24
Fax 346 90 41

Kommunen entdecken die Landwirtschaft
Aus Städten und auch Dörfern über Jahrzehnte vertrieben, wird Landwirtschaft wieder zum Thema und zur Aufgabe kommunaler Politik. Die Triebfedern sind unterschiedlich. Im eher (groß-)städtischen Raum schärft das Interesse an Klimastabilisierung, Gewässer- und Bodenschutz, Landschaftserhaltung oder an der Bereitstellung einer besseren Lebensmittelqualität den Blick für den Nutzen innerstädtischer Landwirtschaftsflächen – allein in Hamburg sind es noch 18.000 Hektar – und die Art ihrer Bewirtschaftung. Im ländlichen Raum – in Landkreisen und Dörfern – stehen hierbei stärker Fragen der Sicherung von Arbeitsplätzen und regionaler Wirtschaftsförderung oder des Artenschutzes im Vordergrund.
Das Engagement von Initiativen. und einzelner Verbraucher, aber auch Interessen der Kommunen an der Verbesserung von Umwelt- und Lebensqualität führen zu dieser Wiederentdeckung. In vielen Städten erinnern noch Straßennamen an eine enge Beziehung von Städtern und Bauern, doch es geht heute nicht nur darum, diese »romantisch« wieder zu entdecken und zu beleben, sondern sie auch neu zu qualifizieren. Durch kommunale Förderung von Produktion und Vermarktung, aber auch durch die Berücksichtigung agrarpolitischer Ziele bei der Stadtplanung (von den Bebauungsplänen über städtische Beschaffungspolitik bis zur Schulpolitik) gilt es nicht nur den Bestand bäuerlicher und gärtnerischer Betriebe zu sichern und sie umweltverträglich zu qualifizieren, sonder ein Stück Agrarkultur in der städtischen Lebenswelt – die längst ja auch das Dorf bestimmt – als zukünftige Lebensqualität neu zu entdecken.
Termin: 22. bis 24. März 1995
Anmeldung & Information:
Evangelische Akademie
D-73087 Bad Boll
☎ (0 71 64) 79-0
Fax 7 94 40

UTOPIE

Zukunftswerkstätten:
»Männer-Utopien«/Frauen-Utopien
N.N./Erich Landrocker
18./19.3.1995
Synthetische Utopien und Traumwelten
N.N.
25./26.3.1995
Detailierte Infos:
Utopie-Projekt Münster
c/o Umweltzentrum, Scharnhorststr. 57
48151 Münster

JUGEND & UMWELT

Zehn Tage Grundlagen für wirkungsvolle Aktion:
Kurs Projektarbeit
Politische Arbeit von unten kann erfolgreich sein. BürgerInneninitiativen, Umweltverbände, Jugendgruppen und andere selbstorganisierte Initiativen können Veränderungen in der Gesellschaft durchsetzen – aber oft fehlen notwendige Erfahrungen. Wirksames Engagement darf nicht konzeptlos sein.
Der Kurs Projektarbeit soll gebündelt in zehn Tagen Grundlagenwissen für erfolgreiche Projekte vermitteln: Was ist ein sinnvolles Projekt; wie setze ich mir erfolgversprechende Ziele; Direkte Aktion; politische Arbeit: Verwaltungen; Pressearbeit; Rechtliches; gemeinsam arbeiten; Entscheidungsfindung in der Gruppe; Moderation; ... Nur einige der Themen, die auf dem Seminar behandelt werden.
Der Kurs Projektarbeit richtet sich an alle, die sich in selbstorganisierten Projekten aktiv für politische und gesellschaftliche Veränderungen einsetzen wollen. Die Teilnahme kostet 150-200 DM nach Selbsteinschätzung. Fahrtkosten mit DB in Niedersachsen werden erstattet – andere Bundesländer nach Absprache. Termin: 10. bis 19. März 1995. Anmeldung: Verdener Umweltwerkstatt, Herrlichkeit 1, D-27283 Verden, Fax (0 42 31) 8 10 48.

Homöopathie contra Pharmakonzerne
Beides soll auf dem Seminar Platz haben: Tips zur Homöopathie, also auch konkret anwendbares Wissen. Zum anderen geht es um die Politik der Pharmakonzerne wie Bayer, Hoechst, BASF und anderen. Termin: 21. bis 23.4.95. Informationen bei der Projektwerkstatt im Kreis Gießen, Ludwigstr. 11, D-35117 Reiskirchen-Saasen, Tel. (0 61 01) 56 51.

Direkte Demokratie
Das Seminar hat zwei Inhalte: Zum einen geht es um die Möglichkeiten, die es heute schon gibt (Volksentscheide, Bürgerbegehren sowie Beteiligungsrechte usw.) und wie man sie nutzt. Zum zweiten soll erläutert werden, wie direkte Demokratie funktioniert und welche Möglichkeiten es gibt, sich für diese stark zu machen. Termin: 28. bis 30.4.95. Information unter Projektwerkstatt, Anschrift s.o.

CONTRASTE

JETZT ABONNIEREN: Ich/Wir abonniere/n CONTRASTE zum fortlaufenden Bezug zum jährlichen Bezugspreis von 80,— DM bzw. 650 ÖSh (incl. Versand). Das Abonnement verlängert sich automatisch um weitere 12 Monate, wenn es nicht mindestens **3 Wochen vor Ablauf schriftlich** gekündigt wird.

Name:

PLZ, Ort, Straße:

Gruppe/Betrieb/Beruf:

Datum: Unterschrift:

Zahlungsweise (zutreffendes bitte ankreuzen)

— **Einzugsermächtigung:** Ich erkläre mich damit einverstanden, daß die Abonnementgebühren von meinem Konto abgebucht werden.

Kontoinhaber:

Geldinstitut:

Konto-Nr.: BLZ:

Diese Einzugsermächtigung wird ungültig, wenn ich sie schriftlich widerrufe.

Datum: Unterschrift:

— **Gegen Rechnung.** Ich zahle sofort nach Erhalt der Rechnung. **Bitte keine Vorauszahlung auf unser Konto !**

— **Ein Verrechnungsscheck liegt dieser Bestellung bei.**

Diese Bestellung kann **innerhalb von 7 Tagen schriftlich** widerrufen werden.
Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Davon habe ich Kenntnis genommen.

Datum: Unterschrift:

Coupon ausgefüllt an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg, einsenden.